

Von: [REDACTED] [GS-WBF](#)
An: [REDACTED] [EFV](#); [REDACTED] [EFV](#)
Cc: [REDACTED]
Betreff: Stellungnahme WBF zum Entlastungspaket 2027
Datum: Mittwoch, 8. Januar 2025 20:24:01
Anlagen: [Anlage 1- WBF BRA EFD Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027.docx](#)
[Anlage 2 - WBF total Erläuternder Bericht .docx](#)
[Anlage 3 - WBF Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt.docx](#)
[Anlage 4 - WBF Eingabe neue Vorschläge.docx](#)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum titelvermerkten Geschäft und stellen Ihnen die konsolidierte Rückmeldung des WBF zu. Zusätzlich zum Überblick über die Anträge sowie generelle Hinweise in diesem Mail finden Sie detaillierte Textänderungsvorschläge in den beigefügten Anhängen, welche auch die Anträge und teilweise die Hinweise dieses Mails aufnehmen. Zu allen Vorschlägen und Massnahmen liegen detaillierte Herleitungen unserer Einheiten vor. Diese können bei Bedarf gerne angefordert werden. Die redaktionellen Anpassungen des SBFI im erläuternden Bericht werden Ihnen voraussichtlich morgen nachgeliefert. Zusätzlich finden Sie in Anhang 4 einen Antrag auf Aufnahme von weiteren Massnahmen in den Mantelerlass. Es handelt sich dabei um im Rahmen der Aufgabenüberprüfung (Auftrag Eigenbereich) evaluierten Massnahmen, welche einer vernehmlassungsrelevanten Gesetzesänderung bedürfen.

Anträge zu Antrag, erläuterndem Bericht und Fragebogen (Anlagen 1, 2 und 3)

Kapitel 1 Ausgangslage

Bisherige Kürzungen der ungebundenen Ausgaben

Für eine korrekte Gesamtsicht über die Beiträge der verschiedenen Bereiche zur Bereinigung des strukturellen Defizits ist die Abbildung der bereits erfolgten und im Finanzplan weitergeführten Kürzungen auf schwach gebundenen Ausgaben notwendig.

- **Die im ungebundenen Bereich in den Voranschlägen 2024 und 2025 bereits vollzogenen Querschnittskürzungen sollen transparent gemacht werden.**

Jahr 2026

In der Darstellung des strukturellen Defizits fehlt das Jahr 2026. Die Massnahmen der Ziffer 1.5, welche keine Gesetzesanpassung bedingen, wirken hingegen teilweise bereits im Jahr 2026.

- **Daher soll das strukturelle Defizit in Ziffer 1.1 wie auch die Entlastungswirkung durch die Massnahmen der Ziffer 1.5 bereits für das Jahr 2026 ausgewiesen werden.**

Massnahmen ohne Gesetzesanpassungen

Diese werden in Ziffer 1.5ff dargestellt. Im Entwurf zum «Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage» haben die Teilnehmenden hingegen nur die Möglichkeit, sich zu den Massnahmen mit Gesetzesanpassungen zu äussern. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass sich die Vernehmlassungsteilnehmenden auch den zu Massnahmen ohne gesetzliche Anpassungen äussern. Dies dürfte erfahrungsgemäss die Auswertung der Vernehmlassung erleichtern und die Transparenz erhöhen.

- **Der Fragebogen soll daher um die Massnahmen ohne Gesetzesanpassung erweitert werden.**

Berechnung Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich

Der ETH-Bereich weist uns auf die falsche Berechnung der Mehrerträge aus der Massnahme der Stärkung der Nutzerfinanzierung hin. Die Berechnung enthält zwei wesentliche Fehler. Die verwendete Berechnungsbasis von 50.5% Ausländern enthält auch die Doktorierenden, welche keine Studiengebühren bezahlen. Korrekt ist ein Ausländeranteil von 44.2%. Zweiter Fehler in der Berechnung ist die Gleichsetzung von Ausländern und Bildungsausländern. Die Differenzierung gemäss ETH-Gesetz erfolgt nicht zwischen inländischen und ausländischen Studierenden, sondern zwischen Bildungsinländern und Bildungsausländern. Dadurch verringert sich der Anteil Studierenden, welche von einer Vervierfachung der Studiengebühren betroffen wären auf 37%. Der so neu berechnete Mehrertrag beträgt anstelle von 78 Mio «nur» 68 Mio.

- **Der Betrag dieser Massnahme ist auf 68 Mio zu korrigieren.**

Die ETH macht zudem darauf aufmerksam, dass sie von mehreren Massnahmen gleichermassen betroffen ist und sich ihr Beitrag gemäss Vorschlag daher auf 125 Mio / Jahr beläuft: *1.5.6 Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich; 1.5.8 Kürzung des Bundesbeitrags für den SNF; 1.5.9 Kürzung der Ressortforschung; 2.5 Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen; 2.6 Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse*. Dies wird einschneidende Verzichtsmassnahmen zur Folge haben.

Zu klären ist zudem, wie in den drei Massnahmen «Stärkung der Nutzerfinanzierung ETH (1.5.6), kantonale Hochschulen (2.4) und internationale Mobilität (1.5.7)» (Stichworte: Studiengebühren und Erasmus-Assoziierung) der inhärente Widerspruch zu den Beschlüssen des BR im EU-Kontext vom 20.12.2024 umgegangen werden soll. Dies betrifft möglicherweise auch noch andere Massnahmen ausserhalb des BFI-Bereichs und sollte gesamtheitlich definiert werden.

Kapitel 2 Grundzüge der Vorlage / Kapitel 3 Erläuterungen der einzelnen Artikel

Bundesbeitrag Innosuisse

Bei Innosuisse wird der Bundesbeitrag um 10% gekürzt. Hingegen ist es nicht notwendig und behindert den Auftrag der Innovationsförderung durch Innosuisse, zusätzlich die Instrumente und Vergabe der Fördermittel durch die dezentrale Einheit Innosuisse zu beschränken.

- **Auf die Begrenzung der Förderbeiträge auf 50% ist zu verzichten.**

Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule

Es fällt auf, dass ausschliesslich bei der Massnahme *Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule* von den durch den Bundesrat festgelegten Eckwerten abgewichen wird. Dies ist störend. Denn auch bei anderen Massnahmen ist mit grossen Widerständen zu rechnen und stellen sich diese bei näherer Betrachtung als einschneidender als im Entscheidzeitpunkt vermutet oder mit unerwünschten Wirkungen einhergehend dar.

Zudem erachten wir die Ausführungen zur Massnahme *2.36 Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule* im erläuternden Bericht im Vergleich zu anderen Massnahmenbeschreibungen als allzu umfassend. In der vorgeschlagenen Umsetzungsform dürfte diese Massnahme nicht zu mehr zu grossem Widerstand führen. Die Erläuterungs- und Begründungsdichte sollte bei den Massnahmen vergleichbar sein.

Präzisierung Subventionsgesetz

Bei der Präzisierung des Subventionsgesetzes bezüglich der Eigenleistung von 50% resp. der Ausnahmen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit, reichen wir einen mit dem EDA koordinierten angepassten Text ein.

Zollkontingentsversteigerung

Wir weisen darauf hin, dass für die Versteigerung von weiteren Zollkontingenten zusätzliche personelle Ressourcen in der Grössenordnung von 2,5 FTE erforderlich sind, was im Antrag an den Bundesrat transparent auszuweisen ist. Zusätzlich möchten wir betreffend die Ausweitung der Kontingentsversteigerungen darauf hinweisen, dass es keine Importkontingente gibt, sondern lediglich Zollkontingente gemäss der Agrareinfuhrverordnung resp. dem Zolltarifgesetz. Hinsichtlich der Änderung des Subventionssatzes beim Beitrag für regionale Biodiversität und Landschaftsqualität muss transparent gemacht werden, dass die daraus resultierende Entlastung nur wirksam wird, wenn das Parlament auch eine Senkung des Kredits Direktzahlungen beschliesst.

Kapitel 4 Auswirkungen

Im erläuternden Bericht zu den Auswirkungen auf den Bund, die Kantone, die Wirtschaft und Gesellschaft etc. ist vor dem Hintergrund des Umfangs und der Wirkung des Massnahmenpakets unseres Erachtens zu kurz und wenig aussagekräftig. Drei Beispiele:

- Im BFI-Bereich kommt es, wie das SBFI in seiner Stellungnahme vom 30.10.2024 und den Faktenblättern ausgeführt hat, zu zahlreichen direkten und indirekten Lastenverschiebungen vom Bund zu den Kantonen.
- Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Wirtschaft fehlt die Darstellung der Ergebnisse der Regulierungsfolgenabschätzung.
- Auch haben die Massnahmen im BFI-Bereich Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und Gesellschaft, etwa im Bereich Bekämpfung des Fachkräftemangels. Die Erläuterungen zur Vernehmlassung sollten u.E. diesbezüglich transparenter Auskunft geben.

Neue Vorschläge (Anlage 4)

Wir schlagen aufgrund der durchgeführten Aufgabenüberprüfung folgende vernehmlassungsrelevante Ergänzungen des Mantelerlasses des EP27 vor:

- SECO Verzicht Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik
- SECO Verzicht auf Bundesbeteiligung Landesausstellung
- BLW Massnahmen im Bereich Verwertung von Früchten
- BFK Verzicht Holzdeklaration
- BFK Aufhebung Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen
- Pü Grundlagen für Gebührenerhebung und eigenes Budget

Die konkreten Anträge und deren Begründung finden Sie in der Anlage.

Für Fragen und ergänzende Informationen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

[REDACTED]
[REDACTED]

Ressourcen

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Generalsekretariat WBF

Bundeshaus Ost, 3003 Bern

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

www.gs-wbf.admin.ch

Bern,

An den Bundesrat

**Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27);
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

1 Haushaltslage

Der Bundesrat hat am 20. September 2024 die Eckwerte der Vernehmlassungsvorlage zum Entlastungspaket 2027 (EP27, vormals Aufgaben- und Subventionsüberprüfung) festgelegt.

Der Voranschlag 2025 mit IAFP 2026-2028 vom 21. August 2024 zeigt für die Finanzplanjahre ab 2027 strukturelle Defizite von rund 2,5 Milliarden Franken. In der Zwischenzeit hat sich die Lage weiter verschlechtert. Der Bund wird – anders als ursprünglich geplant – einen Teil der 13. AHV-Rente mitfinanzieren, was je nach Entscheid des Parlaments 0,5 bis 1 Milliarde Franken zusätzlich kosten wird. Auch will das Parlament den Ausbau der Armee beschleunigen; aus beiden Kammern liegen Anträge dazu vor. Die vom Parlament vorgeschlagenen Gegenfinanzierungen sind entweder unsicher (OECD-Mindeststeuer, Globalpauschalen Asyl) oder sie greifen dem EP27 vor, mit dem eigentlich die bereits bestehenden Defizite bereinigt werden sollten (insb. internationale Zusammenarbeit und alle Querschnittskürzungen inkl. Ressortforschung).

Die Defizite in den Jahren 2027 und 2028 könnten damit auf 3 bis 4 Milliarden steigen. Das genaue Ausmass hängt von laufenden Parlamentsentscheiden ab. Der Bundesrat wird zudem im Februar bei der finanzpolitischen Standortbestimmung entscheiden müssen, wie er mit den Aufstockungsaufträgen zum Finanzplan umgehen will.

Tabelle 1. Strukturelle Defizite im Bundeshaushalt

in Mrd. CHF	FP027	FP2028
Strukturelle Defizite im Finanzplan vom 21.08.24	2,5	2,6
<i>AHV-Schätzfehler</i>	-0,1	-0,1
<i>Bundesbeitrag AHV</i>	+0,5-0,9	+0,5-0,9
<i>Rascherer Ausbau der Armee</i>	+0,6-1,2	+0,6-1,4
Bereinigungsbedarf neu	+3,5-4,5	+3,6-4,8
<i>p.m. Entlastungsvolumen EP27</i>	3,5	4,4

Daneben sind weitere namhafte Mehrbelastungen im Bereich der Europapolitik möglich, insbesondere bei einer Assoziierung an Horizon Europe und Erasmus sowie mit dem zukünftigen Beitrag an ausgewählte Länder der EU. Auf der Einnahmeseite liegen im Parlament zwei gleichlautende Vorstösse vor, die eine Verlängerung des Sondersatzes Hotellerie verlangen. Dies würde beim Bund ab 2028 zu Mindereinnahmen von rund 200 Millionen Franken pro Jahr führen.



2 Präzisierungen und Abweichungen vom BRB 20. September 2024

Das Entlastungsvolumen ist im Vergleich zum BRB vom 20. September 2024 praktisch gleichgeblieben. In einzelnen Bereichen gab es Schätzkorrekturen, verschiedene Massnahmen wurden konkretisiert.

	2027	2028
Entlastungsvolumen gemäss BRB vom 20.09.2024	3'581	4'321
<i>Veränderungen des Entlastungsvolumens bei den Einnahmen</i>		
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule	0	-40?
Erhöhung Versteigerung Import <u>Zoll</u> kontingente	47	47
<i>Veränderungen des Entlastungsvolumens bei den Ausgaben</i>		
Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	-65	0
Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe (nur für die Jahre 2027-2029, dafür 2030: -40 MCHF)	10	10
Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf den Richtwert (Doppelzählung)	-8	-12
Kürzung der Ressortforschung um 10 Prozent (insb. Doppelzählungen)	-5	-4
Entflechtung zwischen Bund und AHV (Schätzkorrektur)	-4	145
Divers (Schätzkorrekturen, Berücksichtigung verpflichtete Anteile auf VK)	-40	-2
Entlastungsvolumen gemäss Vernehmlassungsvorlage	3'516	4'445

Insbesondere die Konkretisierungen bei den einnahmenseitigen Massnahmen haben Folgen auf die Entlastungswirkung. Ausgabenseitig haben die Verschiebung der Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge um ein Jahr sowie die Präzisierung der Berechnung des AHV-Beitrages die grössten Auswirkungen.

Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule: Die Herausforderung bei dieser Massnahme bestand darin, einen Steuersatz bzw. Steuersätze festzulegen, welche die Kapitalbezüge gegenüber den Rentenbezügen nicht mehr privilegieren, aber den Anreiz zur Vorsorge dennoch aufrechterhalten. Vorgesehen ist ein progressiver Steuertarif: Die Sätze auf Kapitaleinkünften von bis zu 100 000 Franken sind mit 0,1 bis 1,0 Prozent milde ausgestaltet. Oberhalb dieser Schwelle nehmen die Grenzsteuersätze zunächst auf 3 Prozent, oberhalb von 250 000 Franken auf 5 Prozent, oberhalb von 1 Million Franken auf 7,5 Prozent und oberhalb von 10 Millionen Franken auf 11,5 Prozent zu. Diese Tarifgestaltung hat zur Folge, dass die typischerweise tieferen Bezüge aus der Säule 3a weiterhin zu sehr gemässigten Sätzen besteuert werden. Die erwarteten Mehreinnahmen für den Bund liegen mit 160 Millionen um 60 Millionen tiefer als im September kommuniziert.

Erhöhung Versteigerung ~~Zoll~~Zollkontingente: Mit der Versteigerung zusätzlicher Zollkontingente für den Import von ~~von~~ Landwirtschaftsprodukten fallen die erwarteten Erträge um 47 Millionen höher aus als bisher geschätzt. Neu sollen grundsätzlich alle Zollkontingente versteigert werden, andere Verteilmethoden sollen nur noch in Ausnahmefällen zugelassen sein.



Priorisierung bei Subventionen für Klimapolitik: Mit dem Beschluss des Bundesrates, jüngste Volksabstimmungen nicht in Frage zu stellen, sollen die neuen Finanzhilfen (Impulsprogramm Heizungsersatz, Förderung neuartiger Technologien zur Dekarbonisierung) in geplantem Umfang geleistet werden. Diese sollen jedoch statt über den allgemeinen Haushalt über die Zweckbindung der Erträge aus der CO₂-Abgabe. Weil die heutige Zweckbindung von 1/3 der Erträge dafür nicht ausreicht, soll diese befristet bis 2031 auf maximal 41 Prozent erhöht werden. Dazu ist nebst dem bereits bekannten Verzicht auf das Gebäudeprogramm auch eine Reduktion der Subventionen für die Geothermie-Nutzung (max. 30 Mio. pro Jahr) und der Einlage in den Technologiefonds (max. 25 Mio. pro Jahr) nötig. Die restlichen aus der CO₂-Abgabe finanzierten Subventionen (indirekt genutzte Geothermie, kommunale und regionale Energieplanung, Produktion erneuerbarer Gase, Nutzung von Solarthermie als Prozesswärme) sollen aufgehoben werden.

Landschaftsqualitätsbeiträge: Die Subventionssätze werden wie geplant auf 50 Prozent reduziert. Aufgrund eines komplexeren, schon länger geplanten Systemwechsels (Zusammenlegung der Landschaftsqualitätsbeiträge mit den Vernetzungsbeiträgen) wird die Massnahme aber ein Jahr verzögert, ab 2028, umgesetzt.

Förderung alternative Antriebssysteme: Auf die Förderung alternativer Antriebssysteme soll nur im Ortsverkehr verzichtet werden (Zuständigkeit Kantone und Gemeinden), hingegen soll der Bund die Umrüstung im Regionalen Personenverkehr wie geplant und befristet bis 2030 unterstützen können. Dafür werden pro Jahr 30 Millionen vorgesehen. Zur Gegenfinanzierung wird auf die Rückerstattung der Mineralölsteuer an den RPV bereits ab 2027 verzichtet (statt wie bisher geplant erst ab 2030). Die Entlastungswirkung fällt in den Jahren 2027 bis 2029 an (jeweils 40 Mio. pro Jahr).

Ressortforschung: Bei der Ressortforschung waren gewisse Kredite betroffen, die bereits durch andere Massnahmen vollständig gestrichen wurden. Zudem wurde die Intramuros-Forschung ausgeklammert. Das Entlastungsvolumen geht dadurch um 4-5 Millionen zurück.

Entflechtung zwischen Bund und AHV ab 2027: Die Massnahme wurde präzisiert; das höhere Entlastungspotenzial bei der AHV im 2028 ist auf eine technische Änderung zurückzuführen, Strukturbrüche sollen ausgeklammert werden. Im vorliegenden Fall führt die Aufhebung des Sondersatzes Hotellerie ab 2028 zwar zu Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer (Strukturbruch), nicht aber zu einem höheren Bundesanteil an der AHV.

Kultur: Die Kürzungen der Ausgaben im Kulturbereich wurden präzisiert. Das EDI schlägt eine Gesetzesanpassung in Bezug auf die Auslandschweizerschulen vor: Die Finanzierung der sechs Schweizerschulen in Europa soll eingestellt werden.

Subventionsgesetz: Das EFD wurde am 20. September beauftragt, eine Anpassung des Subventionsgesetzes auszuarbeiten, so dass Finanzhilfen in der Regel 50 Pro-



zent der Kosten der unterstützten Aufgabe nicht übersteigen. Ausnahmen sind in begründeten Fällen zwar möglich, insbesondere wenn die Finanzhilfen befristet sind und degressiv ausgestaltet werden. Dieser Grundsatz wird mit dem EP27 in verschiedenen Bereichen umgesetzt (Innotour, Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug, Förderung von Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr, Landschaftsqualitätsbeiträge, Förderung alternativer Antriebssysteme).

3 Zusammenspiel Voranschlag 2025 und EP27

Bei der Beratung des Voranschlags 2025 dürfte das Parlament diverse Aufträge an den Bundesrat richten, den Finanzplan 2026-28 anzupassen. So wird es voraussichtlich die Ausgaben der Armee erhöhen und jene für die internationale Zusammenarbeit senken wollen. Voraussichtlich wird das Parlament auch diverse Massnahmen aus dem EP27 bereits im Voranschlag 2025 umsetzen.

Kommentiert : aktualisieren

Der Bundesrat wird sich im Januar 2025 darüber unterhalten müssen, welche Auswirkungen die Beratung des Voranschlags auf das EP27 hat. Dort, wo das Parlament gewisse Kürzungen vorzieht, wird das EFD vorschlagen, diese grundsätzlich an die Vorgaben anzurechnen und nicht kumulativ umzusetzen. Dies betrifft namentlich die Internationale Zusammenarbeit, die Massnahmen im Eigenbereich sowie die Ressortforschung. Sollte das Parlament beispielsweise die vom Nationalrat beantragten Kürzungen von 250 MCHF p.a. bei der Entwicklungshilfe beschliessen, so wird das EFD beantragen, im EP27 auf die Massnahme bei der Entwicklungshilfe (Stabilisierung auf dem Niveau 2025) ganz zu verzichten. Die Kürzungen von 250 MCHF pro Jahr sind wesentlich höher (1,5 Mrd. CHF 2025-30), als was der Bundesrat im EP27 vorgesehen hatte (878 MCHF 2026-30). Der Bundesrat wird aber in den konkreten Fällen sowieso noch eine Diskussion führen müssen, wie er mit den Aufträgen zum Finanzplan umgehen will.

Befürchtungen, das Entlastungspaket könnte überdimensioniert sein und es werde zu viel gekürzt, sind aus heutiger Sicht unberechtigt. Es ist nicht auszuschliessen, dass das EP27 nicht genügt, um den Haushalt vollständig ins Gleichgewicht zu bringen. Sollte das Parlament sowohl bei der Armee als auch bei der Finanzierung der 13. AHV-Rente die teuersten Lösungen wählen, besteht das Risiko, dass weitere Entlastungsmassnahmen notwendig werden. Das EFD wird dem Bundesrat im Rahmen der Erarbeitung des Voranschlags 2026 gegebenenfalls die nötigen Anträge stellen.

4 Umgang mit einem allfälligen Referendum

Der Mantelerlass soll per 1. Januar 2027 in Kraft treten können. Das ist wichtig, weil nur so auch die gebundenen Ausgaben (ca. 65 Prozent der Ausgaben und Investitionen) einen Beitrag leisten können. Dieser Zeitplan ist mit ordentlichen Verfahren nur umsetzbar, solange kein Referendum gegen die Vorlage ergriffen wird. Kommt ein Referendum zustande, käme die Vorlage – wenn sich die parlamentarische Beratung über 3 Sessionen erstreckt – erst 2027 vors Volk; zu spät für ein schuldenbremsekonformes Budget 2027.



Das EFD wird zusammen mit den Finanzkommissionen Lösungswege diskutieren, wie dies verhindert werden kann. In Frage kommen eine dringliche Beratung des Paketes oder eine dringliche Inkraftsetzung gezielter Massnahmen. Der Bundesrat wird aber in jedem Fall eine Eventualplanung zu vorliegendem Paket vorbereiten müssen.

5 Vernehmlassung

Das Vernehmlassungsverfahren wird gestützt auf Art. 3 Abs. 1 VIG durchgeführt. Die Vernehmlassung dauert bis am 29. April 2025.

6 Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die aktuellen Finanzpläne zeigen Defizite von rund 3 Milliarden (inkl. Finanzierungsvorlage des Bundesrates zur 13. AHV-Rente). Unter Berücksichtigung der Parlamentsbeschlüsse zur Armee und AHV dürften diese um bis zu 1,5 Milliarden steigen. Die Vorlage bringt Entlastungen in der Höhe von 3,5 Milliarden (2027) und 4,4 Milliarden (2028).

Der Bundesrat will die Ausgaben im Eigenbereich 300 Millionen kürzen (schrittweise: 100 Mio. 2026, 200 Mio. 2027 und 300 Mio. ab 2028), 180 davon beim Personal. Die Kürzung der Personalausgaben soll zu mindestens 100 Millionen bei der Besoldung und den Anstellungsbedingungen umgesetzt werden.

Die Versteigerung von weiteren Zollkontingenten bedingt zusätzliche personelle Ressourcen in der Grössenordnung von 2,45 FTE.

7 Ämterkonsultation

Im Rahmen der Ämterkonsultation begrüsst wurden alle Generalsekretariate, die Bundeskanzlei inkl. VIRK, das BJ und das EPA. **Es verbleiben folgende Differenzen:**

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Karin Keller-Sutter

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Vernehmlassungsvorlage und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Fragenkatalog (d, f, i)
- Darstellung der Änderungen im Vergleich zum geltenden Recht (d, f, i)
- Orientierungsschreiben an die Vernehmlassungsadressaten (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten
- Medienmitteilung (d, f, i)



Zum Mitbericht an:
alle anderen Departemente und BK



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Bern, 8.1.2025[Datum] / Input WBF

Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt

Erläuternder Bericht
zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens



BK-D-BB8A3401/1090

Übersicht

Der Bundeshaushalt gerät zunehmend aus dem Gleichgewicht. Die Ausgaben für die Altersvorsorge steigen wegen der Demografie und der Einführung der 13. AHV-Rente stark an und die Armeeaussgaben sollen deutlich erhöht werden, weil sich die sicherheitspolitische Lage in jüngerer Zeit verschlechtert hat. Aber auch in anderen Bereichen plant das Parlament einen Ausbau und es sind weiterhin hohe Ausgaben für die Schutzsuchenden aus der Ukraine notwendig. Die Ausgaben wachsen deshalb wesentlich schneller als die Einnahmen, so dass die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse ohne Gegenmassnahmen nicht mehr eingehalten werden können. Um die Schuldenbremse einzuhalten, sind ab 2027 namhafte Korrekturen im Umfang von 3 bis 4 Milliarden Franken pro Jahr notwendig. Mit dem vorliegenden Entlastungspaket unterbreitet der Bundesrat dem Parlament Massnahmen, mit denen das Ausgabenwachstum reduziert und der Haushalt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Die Massnahmen setzen primär auf der Ausgabenseite an, enthalten aber auch einen einnahmenseitigen Teil. Der Bundesrat hat sich bei der Definition des Pakets auf die Aufgaben- und Subventionsüberprüfung einer externen Expertengruppe abgestützt. Alle Aufgabengebiete leisten einen Beitrag, und auch die Verwaltung trägt zur finanziellen Bereinigung bei. Ohne dieses Paket wären namentlich der Ausbau der Armee und die 13. AHV-Rente nicht finanzierbar. Es müssten Steuererhöhungen im Umfang von rund 1 Mehrwertsteuerprozent beschlossen werden.

Ausgangslage

Während der Covid-Pandemie hat der Bund neue Schulden im Umfang von rund 30 Milliarden Franken aufgenommen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu mildern. Kurz nach der Pandemie folgte der Angriff Russlands auf die Ukraine, der die sicherheitspolitische Lage in Europa wesentlich veränderte und den Haushalt aufgrund der nötigen Repriorisierung vor neue Herausforderungen stellt. Gestützt auf den Finanzplan 2026-2028 vom 21. August 2024 und die jüngeren Entwicklungen sind trotz einer soliden Einnahmenentwicklung für die Jahre ab 2027 strukturelle Finanzierungsdefizite im Umfang von 3 bis 4 Milliarden Franken pro Jahr zu erwarten. Das entspricht rund 3,5 Prozent der Einnahmen des Bundes. Die verfassungsmässige Schuldenbremse fordert den Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen. In der aktuellen Finanzplanung kann sie nicht eingehalten werden, weshalb Korrekturen notwendig sind. Diese sollen primär auf der Ausgabenseite ansetzen, weil die Defizite im Wesentlichen auf ein zu hohes Ausgabenwachstum zurückzuführen sind. Auch mussten Bevölkerung und Wirtschaft in den vergangenen Jahren u.a. mit der Mehrwertsteuer-Erhöhung zugunsten der AHV und der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung bereits namhafte Steuererhöhungen tragen, die den Umfang des vorgeschlagenen Entlastungspakets deutlich übersteigen. Im Hinblick auf eine solide Finanzierung der AHV werden voraussichtlich selbst bei einer Erhöhung des Rentenalters mittelfristig weitere Erhöhungen der Lohnbeiträge oder der Mehrwertsteuer notwendig. Bei einem Verzicht auf das vorliegende Entlastungspaket müssten die Steuern noch weiter erhöht werden, um die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können.

Inhalt der Vorlage

Der Bundesrat hat sich bei der Erarbeitung des Entlastungspakets auf die Vorarbeiten einer externen Expertengruppe abgestützt. Diese hat sämtliche Aufgaben und Subventionen des Bundes systematisch überprüft. Die Expertengruppe hat die einzelnen

Subventionen daraufhin überprüft, ob deren Ziel effizienter erreicht werden könnte, ob zu starke Ausgabenbindungen bestehen, und ob die Aufgabenteilung mit den Kantonen verbessert werden könnte. Sie hat zugleich darauf geachtet, in allen Aufgabengebieten des Bundes Vorschläge zu unterbreiten, weil die Ausgewogenheit zwischen den Aufgaben bei Entlastungsprogrammen wichtig ist.

Der Bundesrat ist den ausgewogenen Vorschlägen der Expertengruppe über weite Strecken gefolgt. Einzelne Massnahmenvorschläge hat er aus Rücksicht auf die Kantone und jüngere Volksentscheide indessen nicht weiterverfolgt. Es resultiert ein Paket von rund 60 Massnahmen, wovon mehr als die Hälfte Gesetzesänderungen erfordert. Diese Gesetzesänderungen werden in einem Mantelerlass zusammengefasst, zu dem die vorliegende Vernehmlassung durchgeführt wird. Jene Massnahmen, die keine Gesetzesänderungen erfordern, wird der Bundesrat im Rahmen des Voranschlags und des Finanzplans im ordentlichen Budgetverfahren zur Diskussion stellen.

Das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt setzt primär auf der Ausgaben- seite an. Über 90 Prozent des Entlastungsvolumens entfallen auf die Ausgabenseite, rund 300 Millionen Franken trägt die Einnahmenseite bei, dies primär in Form der Auf- hebung oder Milderung von Steuerbefreiungen oder -vergünstigungen. Dennoch han- delt es sich nicht um ein eigentliches-generelles Sparprogramm, da die Ausgaben des Bundes trotz des Entlastungspakets mittelfristig weiterhin mit mehr als 2 Prozent pro Jahr wachsen werden. Es wird vielmehr eine Priorisierung und Umverteilung zwischen den Aufgaben des Bundes vorgenommen. So werden insbesondere zugunsten der so- zialen und militärischen Sicherheit zahlreiche Bereiche des Bundes und auch die Bundesverwaltung langsamer wachsen als ursprünglich geplant.

Insgesamt stärkt das Entlastungspaket 2027 den Staat, indem es ihn wieder auf eine solide finanzielle Basis stellt und – je nach Beschlüssen des Parlaments – auch finan- ziellen Handlungsspielraum für künftige Herausforderungen schafft. Auch wird die Effi- zienz der staatlichen Aufgabenerfüllung gestärkt. In verschiedenen Bereichen wird auch die Kostenwahrheit verbessert, indem die Nutzniessenden einen grösseren Teil der verursachten Kosten selbst tragen. Das trägt zu effizienten ökonomischen Ergeb- nissen bei. Weiter ist das Entlastungspaket 2027 auch eine Gelegenheit, die erste tie- fergreifende Aufgabenüberprüfung nach Artikel 5 RVOG seit einigen Jahren durchzu- führen. Und schliesslich kann in einigen Bereichen die Einhaltung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wieder sichergestellt werden, was weitere Effizienzpo- tenziale verspricht. Angesichts dessen, dass die Kantone Empfänger von rund 30 Pro- zent der Ausgaben des Bundes sind, ist es unvermeidlich, dass auch sie von den Ent- lastungsmassnahmen betroffen sind. Der Bundesrat hat aber darauf geachtet, den Kantonen bei der Umsetzung möglichst grossen Spielraum zu lassen und die Aufga- benteilung zwischen Bund und Kantone nicht grundsätzlich zu verändern. Die Über- prüfung der Aufgabenteilung soll im Rahmen des Projekts «Entflechtung 2027» statt- finden.

Kommentiert [REDACTED]: Frage, ob diese in dieser Vorlage ausreichend beschrieben sind.

hat formatiert: Hervorheben

Kommentiert [REDACTED]: Es gibt auch Beiträge, welche ab- geschafft werden sollen und damit nicht mehr wachsen können. Für ganze Bereiche dürfte die Aussage aber immer noch stimmen.

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	8
1.1	Handlungsbedarf und Ziele	8
1.2	Bereinigungskonzept des Bundesrates	9
1.3	Verworfenen Varianten	13
1.4	Übersicht der Massnahmen und Struktur des VNL-Berichtes	15
1.5	Massnahmen ohne Gesetzesänderung	19
1.5.1	Einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030	19
1.5.2	Kürzungen im Eigen- und Transferbereich des EDA	19
1.5.3	Verschiebung der Zuständigkeit für das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum in Genf	21
1.5.4	Verzicht auf Abgeltung an diplomatische Gruppe der Genfer Polizei	21
1.5.5	Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen	22
1.5.6	Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich	22
1.5.7	Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich internationale Mobilität Bildung	23
1.5.8	Kürzung des Bundesbeitrags für den SNF	24
1.5.9	Kürzung der Ressortforschung	24
1.5.10	Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung	25
1.5.11	Kürzung der Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung	26
1.5.12	Kürzung der Beiträge für Hauptstrassen	27
1.5.13	NAF: Kürzung der Einlagen	27
1.5.14	Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr	28
1.5.15	Kürzung bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich	29
1.5.16	Kürzung der Qualitäts- und Absatzförderung	30
1.5.17	Kürzung der Finanzhilfen für Schweiz Tourismus	30
1.5.18	Kürzung der Mittel von Innotour	31
1.5.19	Kürzung des Beitrags an Prüfkosten Produktesicherheit	31
1.5.20	Kürzungen bei EnergieSchweiz	32
1.5.21	Kürzung der freiwilligen Beiträge an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und an die übrigen internationalen Organisationen ausserhalb der IZA	33
1.5.22	Massnahmen im Eigenbereich	34
1.6	Vorlage in parlamentarischer Beratung: Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung	34
1.7	Verhältnis zur Legislaturplanung und zur Finanzplanung sowie zu Strategien des Bundesrates	35
1.8	Erledigung parlamentarischer Vorstösse	35
2	Grundzüge der Vorlage	36
2.1	Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte	37
2.2	Verzicht auf Beitrag an das Auslandangebot der SRG	37
2.3	Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen	38
2.4	Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen	39
2.5	Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen	40
2.6	Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse	40

2.7	Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz	41
2.8	Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse	42
2.9	Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern	43
2.10	Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent	44
2.11	Verzicht auf Beiträge an Schweizer Schulen in Europa und weitere Massnahmen im Kulturbereich.....	44
2.12	Kürzung der indirekten Presseförderung.....	46
2.13	Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende	46
2.14	Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen.....	47
2.15	Verzicht auf Entsorgungsbeiträge	47
2.16	Entflechtung zwischen Bund und AHV	48
2.17	Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	49
2.18	Verkürzung der Abgeltungspflicht für Integrationspolitik auf 4 Jahre	50
2.19	Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe	52
2.20	BIF: Kürzung der Einlagen.....	52
2.21	Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs	53
2.22	Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe	54
2.23	Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren	55
2.24	Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge	55
2.25	Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen.....	56
2.26	BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	56
2.27	Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz.....	57
2.28	Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt	58
2.29	Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft	58
2.30	Erhöhung Versteigerung Importkontingente.....	59
2.31	Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	61
2.32	Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik	62
2.33	BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	63
2.34	Verzicht auf weitere Fondseinlagen im Bereich neue Regionalpolitik.....	64
2.35	Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs.....	65
2.36	Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule.....	65
2.37	Änderung Subventionsgesetz	70
3	Erläuterungen zu einzelnen Artikeln	71
3.1	Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dezember 2005 (AIG)	71
3.2	Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG).....	71
3.3	Bundesgesetz vom 17. März 2023 über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG).....	72
3.4	Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 (OHG).....	72
3.5	Bundesgesetz vom 5. Oktober 1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug.....	72
3.6	Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002 (BBG).....	72
3.7	Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30. September 2011 (HFKG).....	72
3.8	Schweizerschulgesetz vom 21. März 2014 (SSchG).....	74
3.9	Bundesgesetz vom 20. Juni 2014 über die Weiterbildung (WeBiG)	74

3.10	Bundesgesetz vom 14. Dezember 2012 über die Förderung der Forschung und Innovation (FIFG).....	74
3.11	Innosuisse-Gesetz vom 17. Juni 2016	75
3.12	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG)	75
3.13	Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003 über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG)	76
3.14	Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990 (SuG).....	76
3.15	Mineralölsteuergesetz vom 21. Juni 1996 (MinöStG).....	77
3.16	CO ₂ -Gesetz vom 23. Dezember 2011.....	77
3.17	Schwerverkehrsabgabengesetz vom 19. Dezember 1997 (SVAG).....	80
3.18	Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) ..	80
3.19	Wasserbaugesetz vom 21. Juni 1991 (WBG)	82
3.20	Bundesgesetz vom 22. März 1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für die Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG)	82
3.21	Energiegesetz vom 30. September 2016 (EnG).....	83
3.22	Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG).....	83
3.23	Postgesetz vom 17. Dezember 2010 (PG).....	84
3.24	Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen (RTVG).....	84
3.25	Umweltschutzgesetz vom 7. Oktober 1983 (USG)	84
3.26	Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991 (GSchG).....	85
3.27	Gentechnikgesetz vom 21. März 2003 (GTG).....	85
3.28	Zivildienstgesetz vom 6. Oktober 1995 (ZDG)	85
3.29	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)	86
3.30	Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG).....	87
3.31	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über Regionalpolitik	88
3.32	Landwirtschaftsgesetz vom 29. April 1988 (LwG)	88
3.33	Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG)	89
3.34	Waldgesetz vom 4. Oktober 1991 (WaG)	89
3.35	Jagdgesetz vom 20. Juni 1986 (JSG)	90
3.36	Bundesgesetz vom 21. Juni 1991 über die Fischerei (BGF)	90
3.37	Ziffer II	91
	Bundesgesetz vom 17. Juni 2022 über die Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern	91
	Bundesgesetz vom 3. Mai 1991 über Finanzhilfen zu Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften	91
3.38	Ziffer III	91
4	Auswirkungen	91
4.1	Auswirkungen auf den Bund	91
4.1.1	Finanzielle Auswirkungen	91
4.1.2	Personelle Auswirkungen	92
4.2	Auswirkungen auf Sozialversicherungen	92
4.3	Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden sowie auf urbane Zentren, Agglomerationen und Berggebiete.....	92
4.4	Auswirkungen auf die Volkswirtschaft.....	94
4.5	Auswirkungen auf die Gesellschaft.....	94
4.6	Auswirkungen auf die Umwelt.....	95

5	Rechtliche Aspekte.....	95
5.1	Verfassungsmässigkeit.....	95
5.2	Vereinbarkeit mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz.....	95
5.3	Erlassform	95
5.4	Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und des Prinzips der fiskalischen Äquivalenz.....	96
5.5	Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen	96

1 Ausgangslage

1.1 Handlungsbedarf und Ziele

Der Bundeshaushalt ist in einem strukturellen Ungleichgewicht. Die geplanten Ausgaben liegen deutlich über den erwarteten Einnahmen und sie wachsen in den kommenden Jahren auch wesentlich schneller. So wurden in den vergangenen Jahren insbesondere in den Bereichen soziale Wohlfahrt, Sicherheit und Klima Ausgaben beschlossen, die nicht oder nicht ausreichend finanziert sind. Dies führt dazu, dass die Finanzpläne des Bundes stark defizitär sind. Ziel dieser Vorlage ist es, das Ausgabenwachstum zu dämpfen und wieder auf den Pfad der Einnahmen zu bringen. Zusätzlich will der Bundesrat Spielraum schaffen, um in den kommenden Jahren handlungsfähig zu bleiben.

Hauptgrund für das Ungleichgewicht ist der Ausbau der Altersvorsorge und der Armee. Bereits eine Erhöhung der Armeeaussgaben auf 1 Prozent des BIP bis 2035 entspricht einem jährlichen Ausgabenwachstum von über 6 Prozent. Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt machen über ein Drittel der Bundesausgaben aus und wachsen überdurchschnittlich (~4% p.a.). Kostentreiber sind: Zahlung der 13. AHV-Rente ab 2026, neue Finanzhilfen zur familienexternen Kinderbetreuung, Kostenwachstum im Gesundheitswesen, demografische Entwicklung. Auch zur Erreichung der Klimaziele wurde in den vergangenen Jahren stark auf Subventionen gesetzt: so wurden in verschiedenen Bereichen Grundlagen für umfangreiche Finanzhilfen geschaffen. Weiter steigen auch die Bundesbeiträge an die Kantone beim Finanzausgleich deutlich stärker, als man dies im Rahmen der letzten Reform des Finanzausgleichs im Jahr 2020 prognostiziert hat. Ausschlaggebend sind die steigenden Disparitäten zwischen den Kantonen. Auch die Ausgaben für die Migration, insbesondere für die Schutzsuchenden aus der Ukraine, bleiben hoch. Primär dient das Entlastungspaket 2025 aber der Finanzierung der Armee und der AHV.

Der Voranschlag 2025 mit IAFP 2026-2028 vom 21. August 2024 zeigt für die Finanzplanjahre ab 2027 strukturelle Defizite von rund 2,5 Milliarden Franken. In der Zwischenzeit hat sich die Lage weiter verschlechtert. Der Bund wird – anders als ursprünglich geplant – einen Teil der 13. AHV-Rente mitfinanzieren, was je nach Entscheid des Parlaments 0,5 bis 1 Milliarde Franken zusätzlich kosten wird. Auch will das Parlament den Ausbau der Armee beschleunigen. Die strukturellen Defizite in den Jahren 2027 und 2028 dürften sich auf 3 bis 4 Milliarden Franken belaufen – das genaue Ausmass hängt von ausstehenden Parlamentsentscheiden ab.

Tabelle 1. Strukturelle Defizite im Bundeshaushalt

in Mrd. CHF	FP027	FP2028
VA2025 mit IAFP 2026-2028 vom 21. August 2024	2,5	2,6
AHV-Schätzfehler	-0,1	-0,1
Bundesbeitrag AHV	+0,5-0,9	+0,5-0,9
Rascherer Ausbau der Armee	0,6-1,2	0,6-1,4
Bereinigungsbedarf neu*	3,5-4,5	3,6-4,8
Entlastungsvolumen*	3,5	4,4

*Die Vorlage zur familienexternen Kinderbetreuung ist hier sowohl Teil des Bereinigungsbedarfs (im Finanzplan enthalten) als auch Teil des Entlastungsvolumens.

Kommentiert [REDACTED]: Was ist mit 2026. Das wird hier nicht mehr erwähnt. Werden ausschliesslich Massnahmen ausserhalb des Mantelerlasses darin umgesetzt? 2026 müsste beim Defizit auch abgebildet werden.

Daneben sind weitere namhafte Mehrbelastungen im Bereich der Europapolitik möglich, insbesondere bei einer Assoziierung an Horizon Europe und Erasmus sowie mit dem zukünftigen Beitrag an ausgewählte Länder der EU. Angesichts der grossen Bedeutung dieser Vorhaben gilt es, rechtzeitig den nötigen finanziellen Spielraum zu schaffen.

Abschnitt Vorleistungen durch Kürzungen der schwach gebundenen Ausgaben ergänzen.

Auf der Einnahmeseite liegen im Parlament zwei gleichlautende Vorstösse vor, die eine Verlängerung des Sondersatzes Hotellerie verlangen. Dies würde beim Bund ab 2028 zu Mindereinnahmen von rund 200 Millionen Franken pro Jahr führen. Zudem könnten mittelfristig auch die Einführung der Individualbesteuerung sowie Änderungen bei der Besteuerung des Eigenmietwerts zu Einnahmeausfällen führen.

Der Bundesrat hat Anfang 2024 beschlossen, eine umfassende Aufgaben- und Subventionsüberprüfung durchzuführen. Er hat im März 2024 eine unabhängige Expertengruppe damit beauftragt, die Ausgaben des Bundes zu prüfen und Entlastungsvorschläge zu erarbeiten. Der Bericht der Expertengruppe bildete die Grundlage für das vorliegende Entlastungspaket. Weil der Druck auf die Bundesfinanzen auf das starke Ausgabenwachstum zurückzuführen ist, will der Bundesrat primär hier ansetzen. Die Einnahmen wachsen grundsätzlich mit der Wirtschaft (2,5 % p.a.); zudem wurden bereits bedeutende Einnahmeerhöhung beschlossen oder sind geplant.

Das Paket bringt 2027 und 2028 Entlastungen von 3,5 und 4,4 Milliarden Franken. Damit können ausgeglichene Budgets sichergestellt und allenfalls ein gewisser finanzpolitischer Handlungsspielraum erlangt werden. Bundesrat und Parlament werden in den nächsten Wochen und Monaten über verschiedene Vorlagen mit grossen finanziellen Auswirkungen entscheiden (u.a. AHV, Aufstockungen mehrjährige Finanzbeschlüsse, familienexterne Kinderbetreuung, ev. Europa); der Bundesrat wird bei Bedarf noch Anpassungen am Paket und am Entlastungsumfang vornehmen. Ein bestimmter Spielraum für Abstriche am Entlastungspaket entsteht insbesondere dann, wenn der Bund nicht an die Finanzierung der 13. AHV-Rente beitragen muss und wenn die Ausgaben der Armee erst gegen 2035 1 Prozent des BIP erreichen sollen.

Aufgaben- und Subventionsüberprüfung durch externe Expertengruppe

Angesichts der schwierigen Haushaltslage hat der Bundesrat am 8. März 2024 eine externe Expertengruppe damit beauftragt, eine umfassende Aufgaben- und Subventionsüberprüfung durchzuführen und ihm Bereinigungsmassnahmen im Umfang von 4 bis 5 Milliarden Franken vorzuschlagen. Die Expertengruppe unter Leitung von Serge Gaillard hat Ausgaben von insgesamt über 70 Milliarden Franken anhand von drei finanzpolitischen Kriterien untersucht: 1. Effizienz des Mitteleinsatzes und Vermeidung unerwünschter Nebenwirkungen. 2. Klare Aufgabenteilung und Vermeidung von gemischten Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen. 3. Wachstumsdynamik der gebundenen Ausgaben. Zudem hat sie Steuervergünstigungen auf ihre Verhältnismässigkeit und steuersystematische Rechtfertigung überprüft. Auf der Basis dieser Überprüfung hat die Expertengruppe über 60 Massnahmen identifiziert und dokumentiert, mit denen der Bundeshaushalt entlastet und das finanzielle Gleichgewicht wieder hergestellt werden kann. Die Expertengruppe hat dem Bundesrat empfohlen, die Defizite ausschliesslich durch ausgabenseitige Massnahmen zu beseitigen. Einnahmeseitige Massnahmen hat die Expertengruppe auftragsgemäss aufgezeigt, diese aber nicht als prioritär erachtet.

1.2 Bereinigungskonzept des Bundesrates

Nachdem er an runden Tischen die Parteien, Kantone und Sozialpartner angehört hat, ist der Bundesrat den Vorschlägen der Expertengruppe über weite Strecken

gefolgt, hat aber aufgrund einer politischen Würdigung einzelne Massnahmen gestrichen. Damit trägt er insbesondere dem Projekt zur Aufgabenentflechtung mit den Kantonen Rechnung¹ und berücksichtigt jüngere Volksentscheide.

Der Bundesrat will die Entflechtung 2027 nicht vorwegnehmen. Er ergreift deshalb keine Massnahmen, welche die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen fundamental verändern. Er will sich demnach im Rahmen des Entlastungspakets aus keiner Verbundaufgabe vollständig zurückziehen. Kürzungen bei Beiträgen an die Kantone sind nicht ausgeschlossen, sind doch die Kantone neben den Sozialversicherungen die wichtigsten Empfänger von Beiträgen des Bundes.

Vorlage des Bundesrats

Die Defizite im Bundeshaushalt sind die Folge von Ausgabenbeschlüssen. Die Bereinigung soll deshalb in erster Linie ausgabenseitig erfolgen. Die Prioritäten haben sich verändert, und dem will der Bundesrat Rechnung tragen: Er zeigt mit seinem Entlastungspaket einen Weg, wie die prioritären Aufgaben (Armee, Soziale Wohlfahrt, Klima) finanziert werden können, indem in anderen Bereichen das Wachstum gedämpft wird. Unter Berücksichtigung des gesamten Entlastungspaketes steigen die ordentlichen Ausgaben des Bundes von 80 Milliarden Franken im Jahr 2023 auf 91 Milliarden Franken im 2027 und auf 96 Milliarden Franken im 2030.

Die Vorlage setzt punktuell auch auf der Einnahmenseite an, aber der Bundesrat verzichtet auf bedeutende einnahmenseitige Massnahmen, um die Bevölkerung und die Wirtschaft nicht noch weiter zu belasten: Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV, dem Auslaufen des MWST-Sondersatzes für die Hotellerie und der OECD-Mindeststeuer wurden bzw. werden bereits Steuererhöhungen in Höhe von mehreren Milliarden beschlossen.

Trotz neuen Prioritäten ist eine gewisse Ausgewogenheit wichtig. Der Bundesrat sieht deshalb in allen Aufgabengebieten Massnahmen vor. Innerhalb der Aufgabengebiete setzt er Schwerpunkte. So setzt er unter anderem in Bereichen an, in denen heute Fehlanreize bestehen (z.B. Mitnahmeeffekte, hohe Subventionssätze), die besonders stark wachsen (Bundesbeiträge an AHV und an Prämienverbilligungen) oder in denen sich der Bund heute (zu) stark engagiert (Subsidiarität und fiskalische Äquivalenz).

Über ein Drittel des Bundesbudgets fliesst in die *Soziale Wohlfahrt* (2026: 32 Mrd. Fr.). Die grosse Wachstumsdynamik und das Fehlen einer nachhaltigen Finanzierung setzen die restlichen Bundesausgaben permanent unter Druck. Im Bereich der sozialen Wohlfahrt sind bereits strukturelle Reformen ausserhalb des vorliegenden Entlastungspaketes geplant. Der Bundesrat will aber mit dieser Vorlage die Wachstumsdynamik der Bundesbeiträge etwas reduzieren, ohne auf der Leistungsseite einzugreifen. Er tut dies, indem er den Beitrag an die AHV entkoppelt vom Ausgabenwachstum des Sozialwerkes. Dadurch wird der ohnehin bestehende Druck für Reformen bei der AHV nur marginal erhöht – der Bundeshaushalt gewinnt aber sofort an Stabilität. Im Gesundheitswesen will der Bundesrat das Kostenwachstum ab 2028 über Kostenziele steuern und dämpfen; die Beiträge des Bundes an die individuellen Prämienverbilligungen sollen an diese Kostenziele gekoppelt werden. Im Asylbereich will der Bundesrat die Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen sowie Schutzsuchende (Status S) rascher in den Arbeitsmarkt integrieren. Die Abgeltungsdauer soll von 7 und 5 Jahren auf 4 Jahre reduziert werden. Schliesslich lehnt der Bundesrat die neu

¹ Siehe Medienmitteilung vom 21.06.2024 [Wiederaufnahme des Projekts zur Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen \(admin.ch\)](#)

geplante Finanzhilfe zur familienergänzenden Kinderbetreuung ab: Je nach Ausgestaltung müsste der Bund hier Kosten in der Höhe von fast 900 Millionen Franken übernehmen, obwohl es sich um eine kantonale Aufgabe handelt. Da es sich um eine parlamentarische Initiative handelt, die ausserhalb des Einflussbereichs des Bundesrates liegt, ist der Verzicht auf diese neue Subvention nicht Teil der Vernehmlassungsvorlage.

Für den *Verkehr* zahlt der Bund jährlich mehr als 11 Milliarden Franken. Zur Entlastung des Haushalts sollen die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur nun etwas erstreckt werden. Dies gilt sowohl für Bundesprojekte (Bahninfrastruktur, Nationalstrassen) als auch für Beiträge des Bundes an die kantonale Verkehrsinfrastruktur (kantonale Strassen, Agglomerationsprojekte). Laufende Vorhaben sollen grundsätzlich wie geplant zu Ende gebracht werden, ansonsten gilt die Devise Substanzerhalt und Betrieb vor Ausbau. Im Regionalen Personenverkehr strebt der Bundesrat eine höhere Nutzerfinanzierung an. Dadurch können die Beiträge der öffentlichen Hand (Bund und Kantone) etwas gesenkt werden. Schliesslich will der Bundesrat die Regionalflughäfen nur noch in Belangen von Bundesinteressen unterstützen. Auf die neu geplanten Finanzhilfen für den grenzüberschreitenden Personenschienenverkehr (Nachtzüge) und für die Elektrifizierung des Ortsverkehrs will der Bundesrat verzichten.

Der Bereich *Bildung und Forschung* ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen, der Bund gibt mittlerweile über 8 Milliarden Franken pro Jahr aus. Hier sollen der Finanzierungsbeitrag der Nutzniessenden erhöht (z.B. Erhöhung Studiengebühren), die Zahl der Förderinstrumente und Förderkanäle sowie die Subventionssätze reduziert (Kürzungen SNF, Innosuisse, Ressortforschung) oder die eigentlichen Zuständigkeiten (Kantone, Private) besser respektiert werden (Projektbeiträge an Hochschulen und an die Berufsbildung, Weiterbildung).

In der *Klima- und Energiepolitik* will der Bundesrat auf die neuen Förderinstrumente fokussieren (Dekarbonisierung und Impulsprogramm zum Heizungsersatz), welche die Stimmbevölkerung 2023 gutgeheissen hat. Im Gegenzug soll das langjährige Gebäudeprogramm auslaufen. Bei letzterem ist das Risiko von Mitnahmeeffekten sehr hoch. Aus dem gleichen Grund will er künftig auch auf die direkte Unterstützung von Unternehmen für Pilot- und Demonstrationsprojekte verzichten.

In der *Landwirtschaft* hat der Bundesrat die Subventionen ausgenommen, welche sich direkt auf das landwirtschaftliche Einkommen auswirken. Er schlägt aber die Abschaffung oder Kürzung von Subventionen vor, welche nicht primär den Bauern, sondern der nachgelagerten, verarbeitenden Industrie zugutekommen (Beihilfen Viehwirtschaft, Versteigerung ImportZollkontingente, Verzicht auf Entsorgungsbeiträge), bei produktespezifischen Massnahmen, bei denen bereits ein Zollschutz besteht (Qualitäts- und Absatzförderung) oder bei Massnahmen, wo der Bund durch übermässig hohe Subventionssätzen falsche Anreize setzt (Landschaftsqualitätsbeiträge mit Subventionssätzen von 90%).

In der *Internationalen Zusammenarbeit* wird der Bundesrat in den kommenden Jahren noch stärker priorisieren (einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030). Er wird dazu die Prioritäten der aktuellen IZA-Botschaft anpassen müssen und wird mit Blick auf die Botschaft zum vorliegenden Entlastungspaket die Details vorlegen. Zudem will er das spezifische Auslandsangebot der SRG redimensionieren und ausschliesslich über die Empfangsabgabe finanzieren.

Kommentiert [REDACTED]: BLW
hat formatiert: Hervorheben

In der *Kultur* und beim *Sport* will der Bundesrat punktuelle Abstriche an der Förderung vornehmen bzw. einzelne grössere Finanzhilfen kürzen. In verschiedenen Bereichen können Mitnahmeeffekte reduziert werden (z.B. Senkung von Subventionssätzen). Im Bereich der *Presseförderung* will der Bundesrat künftig weniger subventionieren. Die gedruckte Presse hat gegenüber anderen Kanälen an Bedeutung verloren. Künftig will er deshalb nur noch die Tageszustellung der Regional- und Lokalpresse mittels Subventionen vergünstigen, nicht mehr aber die Tageszustellung der Mitgliedschafts- und Verbandspresse, weil diese für die Meinungsbildung weniger relevant ist. Zudem soll auf die Unterstützung der Auslandschweizerschulen in Europa verzichtet werden.

Die Ausgaben in der *Sicherheit* steigen aufgrund des Wachstums der Armeeaussgaben in den nächsten Jahren sehr stark an. Der Bundesrat sieht in diesem Bereich nur zwei Massnahmen vor; es werden keine Leistungen abgebaut, aber künftig sollen die Nutzniesser die Kosten der Leistungen tragen (Grenzkontrollen an Flughäfen, Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Zivildienstpflichtige).

Weitere Massnahmen plant der Bundesrat bei den *Finanzen* und der *Wirtschaft*. So will er den soziodemografischen Lastenausgleich um den Betrag reduzieren, um den er 2022 aufgestockt worden ist. Die damalige Reform sollte den Bund beim Ressourcenausgleich in gleichem Ausmass entlasten; eingetroffen ist das Gegenteil, der Bund zahlt heute wesentlich mehr an die Kantone. Mit ähnlichen Argumenten will der Bundesrat auf Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung verzichten; mit dem Finanzausgleich bestehen bereits Gefässe zur Unterstützung von Regionen, die strukturell schlechter gestellt sind.

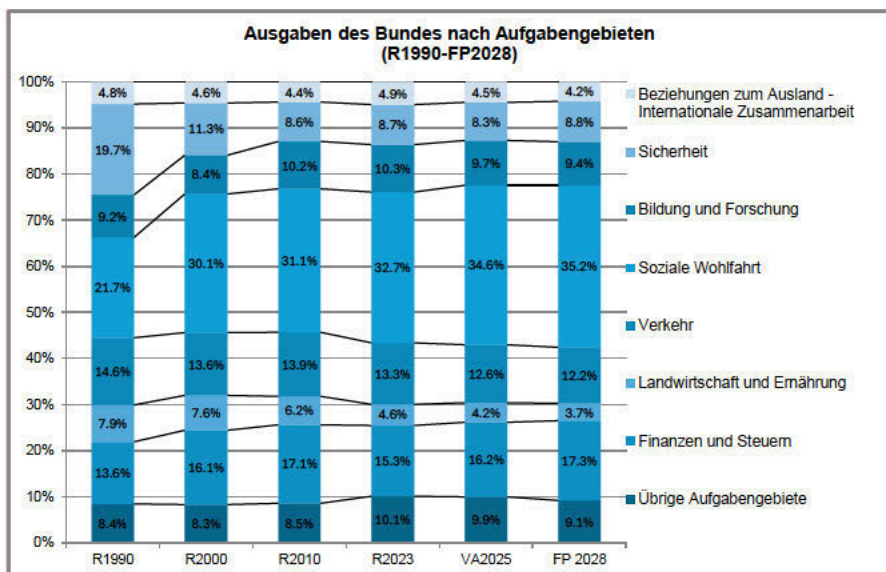
Insgesamt schlägt der Bundesrat 59 Massnahmen vor. 22 Massnahmen können ohne Gesetzesanpassungen umgesetzt werden (siehe Ziff. 1.5), daneben befindet sich eine Massnahme in der parlamentarischen Beratung und liegt damit ausserhalb des Einflussbereiches des Bundesrates (siehe Ziffer 1.6). Diese Massnahmen und ihre Auswirkungen werden in diesem Bericht dargelegt, sind aber nicht Teil der Vernehmlassung. Hingegen benötigen 37 Massnahmen eine Gesetzesänderung (siehe Ziff. 2 und 3). Sie sind Bestandteil des Mantelerlasses und werden im Bericht konkretisiert und erläutert.

Das Paket des Bundesrates ergibt 2028, inklusive Massnahmen ohne Gesetzesänderung, ein Entlastungsvolumen von 4,4 Milliarden im Jahr 2028; davon entfällt über die Hälfte auf Massnahmen mit Gesetzesänderungen. Die direkte Belastung der Kantone durch die Massnahmen fällt dabei tiefer aus als von der Expertengruppe vorgeschlagen.

Die Ausgaben des Bundes werden auch nach Umsetzung der Entlastungsmassnahmen weiterwachsen. Die Entlastungsmassnahmen dienen in erster Linie dazu, die steigenden Ausgaben für die soziale Wohlfahrt und die Armee zu finanzieren. Bei letzterer wird sich der Effekt bis in die Dreissigerjahre noch deutlich verstärken.

hat formatiert: Hervorheben

Abbildung 1: Ausgaben des Bundes nach Aufgabengebieten



Kommentiert Die Entwicklung der effektiven Ausgaben wäre wohl aussagekräftiger, als die Abbildung der prozentualen Verteilung zwischen den Aufgabengebieten

1.3 Verwerfene Varianten

Der Bundesrat hat neben dem vorliegenden Paket auch geprüft, Kürzungen ausschliesslich bei den schwach gebundenen Ausgaben vorzunehmen oder stärker auf der Einnahmenseite anzusetzen. Eine Neuverschuldung lässt die Verfassung (Schuldenbremse) nicht zu.

Kürzungen ausschliesslich bei den schwach gebundenen Ausgaben

Rund zwei Drittel der Ausgaben des Bundes sind vom Gesetz abschliessend vorgegeben oder auf andere Weise nicht steuerbar. Sie gelten als stark gebunden. Ohne Gesetzesänderungen können folglich nur die schwach gebundenen Ausgaben gekürzt werden. Es sind dies die Aufgabengebiete, in denen Kürzungen vorgenommen werden, wenn zu wenig Zeit bleibt: u.a. Bildung und Forschung, Armee, Landwirtschaft, Beziehungen zum Ausland und der Eigenbereich der Verwaltung. Um auf das notwendige Entlastungsvolumen zu kommen, müssten diese Ausgaben um 10 bis 12 Prozent gekürzt werden. Der Mehrbedarf bei der Armee und bei der AHV vermag aus Sicht des Bundesrates aber keine derart tiefen Einschnitte in anderen Aufgabengebieten zu begründen. Er will deshalb auch bei den stark gebundenen Ausgaben Korrekturen vornehmen. Sehr hohe Kürzungen bei den schwach gebundenen Ausgaben sind aber das Rückfallszenario, falls das Entlastungspaket 2025 stark reduziert oder gar nicht erst verabschiedet wird, oder wenn das Entlastungspaket vom Volk abgelehnt werden sollte. Dem Bundesrat und dem Parlament bleibt diesfalls kurzfristig zur Einhaltung der Verfassungsbestimmung zur Schuldenbremse nichts anderes

übrig, als namhafte Kürzungen bei den schwach gebundenen Ausgaben zu beschliessen. Dabei müsste der Bundesrat auch den Ausbau der Armee wesentlich verlangsamen, was schlecht für die Planungssicherheit wäre. Die Armeeausgaben machen über 20 Prozent der schwach gebundenen Ausgaben aus. Würden diese gemäss aktueller Planung weiter wachsen, stiege der Druck auf die anderen Aufgabenbereiche nochmals deutlich. Es wird aber zugleich unvermeidbar sein, auch bei den anderen schwach gebundenen Ausgaben, etwa bei der Landwirtschaft, der Bildung und Forschung oder bei der Entwicklungshilfe substanzielle Kürzungen vorzusehen.

Verzicht auf zusätzliche Steuererhöhungen

Die Einnahmen haben sich seit Einführung der Schuldenbremse mit dem nominalen Bruttoinlandprodukt entwickelt. Die Schieflage im Bundeshaushalt ist demnach nicht auf stagnierende Einnahmen zurückzuführen, vielmehr ist sie Folge von grossen Ausgabenbeschlüssen.

Der Bundesrat will deshalb nur einen kleinen Teil der Entlastung – rund 300 Millionen Franken – durch einnahmenseitige Massnahmen erzielen.

Tabelle 2: Erhöhung von Einnahmen

In Mio. CHF	2027	2028
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule		160
Erhöhung Versteigerung ImportZoll kontingente	127	127
Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen	22	22
Total	149	309

Auf allgemeine Steuererhöhungen will er verzichten. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV (+ 0,4 % für die Reform AHV 21, + 0,7 % für 13. AHV-Rente; ca. 4 Mrd. Fr.), dem Auslaufen des MWST-Sondersatzes für die Hotellerie (0,3 Mrd. Fr.) und der OECD-Mindeststeuer (1,5 bis 3,5 Mrd. Fr.) wurden bzw. werden bereits Steuererhöhungen in Höhe von mehreren Milliarden Franken beschlossen. Bevölkerung und Wirtschaft sollen nicht noch stärker belastet werden.

Keine Lockerung der Schuldenbremse

Das Grundprinzip der Schuldenbremse ist einfach: Artikel 126 der Bundesverfassung gibt vor, dass «der Bund seine Ausgaben und Einnahmen auf Dauer im Gleichgewicht hält». Die Schuldenbremse trägt damit dazu bei, dass Ausgaben priorisiert und politische Entscheidungen auch nach Wirtschaftlichkeitskriterien beurteilt und getroffen werden. Finanzpolitische Engpässe müssen unmittelbar gelöst werden, eine Anhäufung von Schulden zulasten künftiger Generationen lässt die Schuldenbremse nicht zu.

In begründeten Fällen von vorübergehenden Zahlungsspitzen sind Finanzierungsdefizite möglich: erstens im Fall einer schlechten Wirtschaftslage, zweitens bei aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Entwicklungen. Die aktuelle Finanzlage lässt sich weder durch das eine noch das andere Kriterium erklären. Da die Defizite

dauerhafter Natur sind und über die Zeit noch anwachsen, müsste der Bund dauerhaft mehr ausgeben dürfen als er einnimmt. Das widerspricht den Grundsätzen einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Aus Sicht des Bundesrates ist die Schuldenbremse Garant für eine nachhaltige Finanzpolitik und sie stärkt die Resilienz des Staates. Damit trägt sie auch zur Attraktivität im internationalen Standortwettbewerb und somit zum Wohlstand der Schweiz bei. Dank des vergleichsweise tiefen Schuldenstandes sind die Zinsausgaben mit aktuell 1,2 Milliarden Franken pro Jahr (Staatsrechnung 2023²) relativ tief. Ein tiefer Schuldenstand schafft damit auch Spielraum im Budget.

1.4 Übersicht der Massnahmen und Struktur des VNL-Berichtes

Der Bundesrat hat 59 Massnahmen beschlossen: 37 Massnahmen benötigen Gesetzesänderungen und werden mit dieser Vorlage vernehmlasst. Diese Massnahmen werden in Kapitel 2 detailliert beschrieben. Die Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen finden sich in Kapitel 3. 22 Massnahmen erfordern keine Gesetzesänderung und sind deshalb nicht Teil der Vernehmlassung. Der Vollständigkeit halber werden sie in nachfolgender Ziffer 1.5 dennoch kurz dargestellt. Der Bundesrat wird im Rahmen des ordentlichen Budgetprozesses über die Umsetzung dieser Massnahmen beschliessen und das Parlament wird sich bei der Beratung des jeweiligen Vorschlags dazu äussern können. Eine Massnahme befindet sich zudem in parlamentarischer Beratung und liegt damit ausserhalb des Einflussbereiches des Bundesrates (familienergänzende Kinderbetreuung), diese wird unter Ziffer 1.6 dargelegt.

Die Massnahmenbeschriebe sind nach Aufgabengebiet geordnet. Die Reihenfolge der Erläuterungen zu den Gesetzesänderungen wird durch die SR-Nummer vorgegeben. Gewisse Massnahmen erfordern Änderungen in verschiedenen Gesetzen. Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht des Entlastungspakets und soll die Überleitung zwischen den Massnahmenbeschrieben und den Erläuterungen im Bericht erleichtern.

Tabelle 3. Übersicht Massnahmenpaket und Vernehmlassungsvorlage

Massnahmen	Entlastung in MCHF		Beschrieb	Erläute- rungen	Gesetzesände- rung
	2027	2028			
Ohne Gesetzesänderung					
Einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030	107,0	167,0	Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	-	-
Kürzung im Eigen- und Trans- ferbereich des EDA	6,3	6,4	1.5.2	-	-
Verschiebung der Zuständig- keit für das Internationale Rot- kreuz- und Rothalbmond-Mu- seum in Genf	1,1	1,1	1.5.3	-	-

² www.efv.admin.ch > Finanzberichte > Staatsrechnung > Staatsrechnung Band 2B, S. 36

Verzicht auf Abgeltung an diplomatische Gruppe der Genfer Polizei	1,0	1,0	1.5.4	-	-
Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen	22,0	22,0	1.5.5	-	
Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich	78,0	78,0	1.5.6	-	-
Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich internationale Mobilität Bildung	6,5	6,9	1.5.7	-	-
Kürzung des Bundesbeitrags für den SNF	131,0	139,3	1.5.8	-	-
Kürzung der Ressortforschung	25,6	26,6	1.5.9	-	-
Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung	17,3	17,7	1.5.10	-	-
Kürzung der Subventionen für ausser schulische Kinder- und Jugendförderung	1,4	1,5	1.5.11	-	-
Kürzung der Beiträge für Hauptstrassen	17,4	17,6	1.5.12	-	-
NAF: Kürzung der Einlagen	100,0	100,0	1.5.13	-	-
Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr	58,3	59,4	1.5.14	-	-
Kürzung bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich	46,8	49,0	1.5.15	-	-
Kürzung der Qualitäts- und Absatzförderung	10,5	10,5	1.5.16	-	-
Kürzung der Finanzhilfen für Schweiz Tourismus	11,3	11,4	1.5.17	-	-
Kürzung der Mittel von Innoutour	2,1	2,7	1.5.18	-	-
Kürzung des Beitrags an Prüfkosten Produktesicherheit	0,9	1,0	1.5.19	-	-
Kürzungen bei Energie-Schweiz	20,0	20,0	1.5.20	-	-
Kürzung der freiwilligen Beiträge an Europäische Welt- raumorganisation (ESA) und an die übrigen internationalen Organisationen ausserhalb der IZA	25,7	24,8	1.5.21	-	-
Massnahmen im Eigenbereich	200,0	300,0	1.5.22	-	-
Vorlage in parlamentarischer Beratung					
Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung	805,0	841,0	1.6	21.403 Pa. Iv. WBK-N: Überführung der Anstossfinanzierung n eine zeitgemässe Lösung	
Mit Gesetzesänderungen					
Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte	2,0	2,0	2.1	3.3	Art. 17 EMBAG
Verzicht auf Beitrag an das Auslandsangebot der SRG	19,0	19,2	2.2	3.24	Art. 28 RTVG

Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen	3,4	3,4	2.3	3.28	Art. 46, 47 ZDG
Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen	120,0	120,0	2.4	3.7	Art. 50 HFKG
Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen	27,9	29,6	2.5	3.7	Art. 2, 12, 47, 48, 59-61, 80a HFKG
Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse	32,0	33,1	2.6	3.10; 3.11	Art. 18, 19, 20a FIFG, Art. 23 Innosuisse-Gesetz
Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz	19,2	19,6	2.7	3.9	Art. 12, 16, 17 WeBiG
Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse	23,8	20,5	2.8	3.6	Art. 57 BBG
Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern	1,4	1,4	2.9	3.37	BG über Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern
Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent	0,8	0,8	2.10	3.5	Art. 10 BG über Leistungen des Bundes im Straf- und Massnahmenvollzug
Verzicht auf Beiträge an Schweizer Schulen in Europa und weitere Massnahmen im Kulturbereich	6,1	9,8	2.11	3.8	Art. 3, 14, 15, 16, 25 SSchG
Kürzung der indirekten Presseförderung	25,0	25,0	2.12	3.23	Art. 16 PG
Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende	1,0	1,0	2.13	3.24	Art. 76 RTVG
Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen	0,6	0,6	2.14	3.24	Art. 57 RTVG
Verzicht auf Entsorgungsbeiträge	48,1	48,5	2.15	3.33	Art. 45aTSG
Entflechtung zwischen Bund und AHV	204,0	192,0	2.16	3.29	Art. 103 AHVG
Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	0,0	18,3	2.17	3.30	Art. 54, 66, 106 KVG
Verkürzung der Abgeltungspflicht für Integrationspolitik auf 4 Jahre	243,5	697,7	2.18	3.1; 3.2	Art. 87, 126e AIG, Art. 88, 121a AsylIG
Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe	0,3	0,3	2.19	3.4	Art. 31 OHG
BIF: Kürzung der Einlagen	200,0	200,0	2.20	3.17	Art. 19 SVAG
Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs	29,6	29,6	2.21	3.16	Art. 37a CO ₂ -Gesetz
Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe	56,3	56,3	2.22	3.15; 3.16	Art. 18 MinöStG, Art. 41a CO ₂ -Gesetz

Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren	2,0	2,0	2.23	3.22	Art. 105a SVG
Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge	32,4	31,4	2.24	3.20	Art. 4 MinVG
Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen	25,0	25,0	2.25	3.20	Art. 37 MinVG
BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	6,2	7,0	2.26	3.25; 3.26; 3.34	Art. 49 USG, Art. 57, 64a GSchG, Art. 34a WaG
Verzicht auf weitere Fondseinsparungen Landschaft Schweiz	4,9	4,9	2.27	3.37	BG über Finanzhilfen zur Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften
Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt	5,5	5,6	2.28	3.12; 3.16; 3.19; 3.25; 3.26; 3.27; 3.34; 3.35; 3.36	Art. 1, 14a NHG, Art. 41 CO ₂ -Gesetz, Art. 7 WBG, Art. 49 USG, Art. 64 GSchG, Art. 26 GTG, Art. 29, 38a, 39 WaG, Art. 14 JSG, Art. 13 BFG
Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft	5,4	4,9	2.29	3.32	Art. 50, 51, 51 ^{bis} , 52 LwG
Erhöhung Versteigerung Import Zollkontingente	127,0	127,0	2.30	3.32	Art. 22, 23, 48 LwG
Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	0,0	65,0	2.31	3.32	Art. 76 LwG
Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik	372,1	389,1	2.32	3.16; 3.21	Art. 33a, 34, 34a, 35, 36 CO ₂ -Gesetz, Art. 50a, 51 EnG
BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	23,2	23,5	2.33	3.21	Art. 49, 53 EnG
Verzicht auf weitere Fondseinsparungen im Bereich neue Regionalpolitik	12,9	26,4	2.34	3.31	Art. 21 BG über Regionalpolitik
Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs	140,0	140,0	2.35	3.13	Art. 9 FiLaG
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule		160,0	2.36	3.18	Art. 38 DBG
Änderung Subventionengesetz	-	-	2.37	3.14 Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	Art. 7 SuG

1.5 Massnahmen ohne Gesetzesänderung

1.5.1 Einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030

Ist-Zustand: Die internationale Zusammenarbeit (IZA) der Schweiz beruht auf Artikel 54 der Bundesverfassung³, wonach die Eidgenossenschaft die gemeinsame Wohlfahrt und die nachhaltige Entwicklung fördert und sich für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine friedliche und gerechte internationale Ordnung einsetzt. Mit der IZA-Botschaft 2025-2028 beantragt der Bundesrat fünf Verpflichtungskredite mit einem Gesamtbetrag von 11,3 Milliarden Franken. Im Voranschlag 2025 sind für die Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit rund 2,5 Milliarden Franken vorgesehen.

- Ausgaben DEZA: Entwicklungszusammenarbeit (bilateral) (867 Mio. Fr.), Humanitäre Aktionen (400 Mio. Fr.), Wiederauffüllung der IDA-Mittel (Weltbank) (242 Mio. Fr.), Beiträge an multilaterale Organisationen (208 Mio. Fr.), Unterstützung Ukraine und Region (130 Mio. Fr.), Beitrag an den IKRK-Hauptsitz (80 Mio. Fr.), Investitionsbeiträge Internationale Zusammenarbeit (5 Mio. Fr.).
- Ausgaben SECO: Wirtschaftliche Zusammenarbeit inkl. Unterstützung Ukraine und Region (397 Mio. Fr.), Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer (25 Mio. Fr.), Investitionsbeiträge Entwicklungsländer (13 Mio. Fr.).
- Ausgaben AFM (Abteilung für Frieden und Menschenrechte): Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte (52 Mio. Fr.).

Massnahme: Im Zuge der allgemeinen Repriorisierung der Bundesausgaben muss auch die Internationale Zusammenarbeit einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Die Ausgaben für die Internationale Zusammenarbeit (IZA) – einschliesslich der für die Ukraine vorgesehenen Mittel – werden bis 2030 auf dem Niveau des Voranschlags 2025 eingefroren. Die Aufteilung der Massnahme erfolgt im Verhältnis zum Anteil der jeweiligen Verwaltungseinheit an den IZA-Ausgaben 2025–2028: DEZA 79,4 %, SECO 18,2 %, AFM 2,4 %. Das nominelle Plafonieren der Ausgaben führt dazu, dass nicht alle in der IZA-Botschaft 2025-2028 beschriebenen Vorhaben in der geplanten Weise umgesetzt werden können.

Tabelle 4. Einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	2'628,8	2'689,4
Entlastungswirkung der Massnahme	107,0	167,0
Ausgabe nach Massnahme	2'521,8	2'522,4
Entlastung in %	4	6

Voranschlagskredite:

WBF/A231.0202 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

EDA/Verschiedene Kredite

1.5.2 Kürzungen im Eigen- und Transferbereich des EDA

Ist-Zustand: Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA koordiniert und gestaltet im Auftrag des Bundesrats die Schweizer Aussenpolitik, verfolgt die aussenpolitischen Ziele, wahrt die Interessen des Landes und fördert Schweizer Werte. Die laufenden Ausgaben des EDA von rund 3,2 Milliarden Franken

Kommentiert [REDACTED]: Diese Massnahmen erbringen bereits 2026 einen Beitrag zur Bereinigung des strukturellen Defizits. Dies muss hier abgebildet werden.

³ SR 101

teilen sich zu Dreiviertel auf den Transferbereich (internationale Zusammenarbeit und Organisationen, Gaststaatspolitik usw.) und zu einem Viertel auf den Eigenbereich (Aussennetz und Zentrale in Bern) auf.

Massnahme:

- Kürzung um 3,2 Millionen Franken der Eigenausgaben des EDA: Die Kürzung erfolgt durch Effizienzsteigerungen im Aussennetz und an der Zentrale.
- Kürzung um 1,5 Millionen Franken bei den Genfer Sicherheitspolitischen Zentren DCAF/GCSP/GICHD: Durch die Kürzung sind keine Auswirkungen auf den operativen Betrieb der Zentren zu erwarten. Die Massnahme entspricht der Schwerpunktsetzung der Gaststaatspolitik.
- Kürzung um 0,9 Millionen Franken bei Aktionen zugunsten des Völkerrechts: Die Kürzung wird durch eine Konzentration auf gezielte Projekte umgesetzt, die sich mit wichtigen und dringenden Fragen im Bereich des Völkerrechts befassen.
- Kürzung um 0,4 Millionen Franken bei den Auslandschweizerbeziehungen: Die Kürzung erfolgt in erster Linie durch Effizienzsteigerungen.
- Kürzung um 0,25 Millionen Franken bei Darlehen für Ausrüstung: Die Kürzung reduziert den Budgetwert auf den Ausgabendurchschnitt der letzten vier Jahre.

Die Entlastungen können durch Effizienzsteigerungen und Schwerpunktsetzungen erreicht werden und haben deshalb keinen unmittelbaren Effekt auf die Aufgabenerfüllung.

Tabelle 5. Kürzungen im Eigen- und Transferbereich des EDA

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024 Eigenbereich	905,5	907,0
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024 Transferbereich	2'434,3	2'487,6
Entlastungswirkung der Massnahme im Eigenbereich	3,2	3,3
Entlastungswirkung der Massnahme im Transferbereich	3,1	3,1
Ausgabe nach Massnahme im Eigenbereich	902,3	903,8
Entlastung in %	0,4	0,4
Ausgabe nach Massnahme im Transferbereich	2'431,2	2'484,5
Entlastung in %	0,1	0,1

Voranschlagskredite:

EDA/A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

EDA/A231.0339 Genfer Sicherheitspolitische Zentren: DCAF/GCSP/GICHD

EDA/A231.0340 Aktionen zugunsten des Völkerrechts

EDA/A231.0356 Auslandschweizerbeziehungen

EDA/A235.0107 Darlehen für Ausrüstung

1.5.3 Verschiebung der Zuständigkeit für das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum in Genf

Ist-Zustand: Das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in Genf dokumentiert die Geschichte und die Aktivitäten der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. Der Beitrag des Bundes (EDA) deckt rund einen Fünftel der Betriebskosten des Museums. Weitere Träger sind der Kanton Genf und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK).

Massnahme: Das Museum soll nicht mehr über einen Beitrag des EDA finanziert werden, da der Bezug zur Aussen- bzw. Gaststaatspolitik gering ist. Stattdessen soll das Museum die Möglichkeit erhalten, sich gemäss dem üblichen Verfahren um einen Beitrag des BAK für Betriebsbeiträge an Museen, Sammlungen, Netzwerke Dritter (Voranschlagskredit A231.0131) zu bewerben. Die aktuelle Ausschreibung für Betriebsbeiträge 2027-2030 lief bis am 30. November 2024. Das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum wurde am 26. September 2024 durch das BAK schriftlich informiert, dass eine Ausschreibungsteilnahme zum Erhalt eines Bundesbeitrages zwingend ist. Die Zusprache der Finanzhilfen an Drittmuseen erfolgt gestützt auf rechtlich festgesetzte, objektive Kriterien. Bis Ende 2026 wird das Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum noch vom EDA unterstützt. Es ist möglich, dass die Bundesbeiträge gestützt auf die Förderkriterien des BAK tiefer ausfallen als bisher. Das Museum wird zu entscheiden haben, wie es mit einem allfälligen Einnahmenausfall umgeht.

Tabelle 6. Verschiebung der Zuständigkeiten Internationales Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum in Genf

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	1,1	1,1
Entlastungswirkung der Massnahme	1,1	1,1
Ausgabe nach Massnahme	0	0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

EDA/A231.0354 Internationales Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum, Genf

1.5.4 Verzicht auf Abgeltung an diplomatische Gruppe der Genfer Polizei

Ist-Zustand: Der Bund unterstützt die diplomatische Gruppe der Genfer Polizei (Brigade de sécurité diplomatique). Sie ist rund um die Uhr Ansprechpartnerin für die 47'000 Inhaberinnen und -inhaber von EDA-Legitimationskarten. Zudem ist sie für die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen für die ständigen Vertretungen und internationalen Organisationen zuständig. Die diplomatische Gruppe der Genfer Polizei nimmt Schulungs- und Sensibilisierungsaufgaben gegenüber der internationalen Gemeinschaft wahr, unterstützt die Organisation von guten Diensten und stellt den Personenschutz sicher. Mit seinem Beitrag deckt der Bund rund 70 Prozent der Kosten der diplomatischen Gruppe.

Massnahme: Aus Sicht des Bundesrates betrifft die Dienstleistung der diplomatischen Gruppe der Genfer Polizei nicht zwingende Sicherheitsmassnahmen, weshalb auf die finanzielle Unterstützung verzichtet werden soll. Es wird künftig dem Kanton Genf überlassen, ob er deren Dienstleistung aufrechterhalten will. Entscheidet er sich, die diplomatische Gruppe der Genfer Polizei aufrechtzuerhalten, trägt er deren Kosten.

Tabelle 7. Verzicht auf Abgeltung an diplomatische Gruppe der Genfer Polizei

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	1,0	1,0
Entlastungswirkung der Massnahme	1,0	1,0
Ausgabe nach Massnahme	-	-
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

EDA/A231.0355 Sicherheitsdispositiv internat. Genf: Diplomatische Gruppe

1.5.5 Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen

Ist-Zustand: Die Personenkontrolle ist eine hoheitliche Aufgabe der Kantone (Art. 9 Abs. 1 Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dez. 2005⁴). An den internationalen Flughäfen in Genf und Basel – aber nicht in Zürich – übernimmt das BAZG (Grenzschutzkorps) die Personenkontrolle. Die Verwaltungsvereinbarungen mit den Kantonen sehen keine Entschädigungen vor. Gemäss EFK-Bericht 2021⁵ gibt es keine Legitimation, diese Kontrollen unentgeltlich zu vollziehen, weshalb der Abschluss einer Leistungsvereinbarung und Verrechnung der Leistungen empfohlen wurde. Der Ressourceneinsatz zur Sicherstellung der Personenkontrolle beträgt in Genf rund 170 und in Basel rund 40 Vollzeitstellen.

Massnahme: Die grenzpolizeilichen Aufgaben des BAZG an Flughäfen werden durch die betroffenen Kantone entschädigt. Der Bund kann den Kantonen die Kosten für die Personenkontrollen an den Flughäfen verrechnen: Das Zollgesetz 18. März 2005⁶ (Art. 97) sieht im Rahmen der Vereinbarungen zwischen EFD (BAZG) und Kanton eine Regelung der Kostenübernahme vor. Mit der verursachergerechten Entschädigung wird die nicht gerechtfertigte Lastenabwälzung von den Kantonen an den Bund (Genf: mind. 17 Mio. Fr., Basel-Stadt: mind. 5 Mio. Fr.) und die finanzielle Ungleichbehandlung des Kantons Zürich, der die grenzpolizeilichen Aufgaben selbst erbringt und finanziert, abgeschafft.

Tabelle 8. Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	351,5	352,3
Entlastungswirkung der Massnahme	22,0	22,0
Ausgabe nach Massnahme	329,5	330,3
Entlastung in %	6	6

Voranschlagskredit:

BAZG/E100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)

1.5.6 Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich

Ist-Zustand: Der Bund richtet dem ETH-Bereich jährlich einen Finanzierungsbeitrag zur Deckung des laufenden Betriebsaufwands in Lehre und Forschung aus. Im Voranschlag 2025 sind dafür 2,4 Milliarden Franken budgetiert. Die Studierenden tragen mit den Studiengebühren knapp 2 Prozent des Ertrags der ETH Zürich und der EPFL bei.

⁴ SR 142.20

⁵ www.efk.admin.ch > Publikationen > Berichte > 21335 > wirtschaftliche Umsetzung der Übernahme kantonaler polizeilicher Aufgaben

⁶ SR 631.0

Massnahme: Der Finanzierungsbeitrag wird um die Mehrerträge gekürzt, die durch die Verdoppelung der Studiengebühren für Bildungsinländerinnen und -inländer und die Vervierfachung der Studiengebühren für Bildungsausländerinnen und -ausländer erzielt werden können. Aktuell betragen die Studiengebühren für alle Studierende an den beiden ETH 1 460 Franken pro Jahr. Die Gebührenerhöhung soll auf das Wintersemester 2025/26 für sämtliche Studierende erfolgen. Die stärkere Nutzerfinanzierung ist gerechtfertigt, da die an den ETH gebotene Leistung weltweit zu den besten gehört und den Absolventinnen und Absolventen überdurchschnittliche Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Die Studiengebühren bleiben auch nach der Erhöhung im internationalen Vergleich moderat. Une taxe d'étude plus élevée pour les étudiant(e)s formés à l'étranger pourrait s'expliquer par le fait que ces derniers resp. leurs parents ne paient pas d'impôts en Suisse. Impôt qui reste la base du financement des études en Suisse. Dem ETH-Bereich steht es frei, die Studiengebühren mehr oder weniger zu erhöhen und/oder eine andere Verteilung auf die Studierenden-gruppen zu wählen. Bei den kantonalen Hochschulen ist eine analoge Massnahme vorgesehen. Die Hauptnutznießenden des Studiums – die Studierenden – müssen einen grösseren Anteil ihrer Kosten tragen. Es findet eine gewisse Angleichung an die Gebühren der höheren Berufsbildung statt.

Tabelle 9. Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024 (Finanzierungsbeitrag)	2'556,6	2'556,0
Entlastungswirkung der Massnahme	678,0	678,0
Ausgabe nach Massnahme	2'478,6	2'478,0
Entlastung in %	3	3

Voranschlagskredit

GS-WBF/A231.0181 Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich

1.5.7 Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich internationale Mobilität Bildung

Ist-Zustand: Unter dem Titel «Internationale Mobilitäts- und Kooperationsprogramme in der Bildung» unterstützt der Bund im Rahmen der «Schweizer Lösung» Lemmobilität (Incoming und Outgoing) und institutionelle Kooperationen auf allen Bildungsstufen. Zudem finanziert er den Betrieb der Nationalen Agentur Movetia, die für die Umsetzung der Massnahmen zuständig ist, sowie Begleitmassnahmen (VA 2025: insgesamt 57,3 Mio. Fr.). Die Pauschalen für Lemmobilität werden unabhängig von der finanziellen Situation der Antragsstellenden ausbezahlt.

Massnahme: Der Voranschlagskredit «Internationale Mobilität Bildung» wird um 10 Prozent gesenkt. Diese Senkung wird auf den Mobilitäts- und Kooperationsbeiträgen umgesetzt, um eine stärkere Nutzerfinanzierung zu erreichen. Die Studierenden und anderen Leistungsempfänger müssen einen grösseren Teil der verursachten Kosten selbst tragen.

Tabelle 10. Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich internationale Mobilität Bildung

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	64,6	68,6
Entlastungswirkung der Massnahme	6,5	6,9

Kommentiert [REDACTED]: Falsche Berechnungsbasis der Expertengruppe, Argumentation siehe Mail

Ausgabe nach Massnahme	58,2	61,8
Entlastung in %	10	10

Voranschlagskredit:

SBFI/A231.0269 Internationale Mobilität Bildung

1.5.8 Kürzung des Bundesbeitrags für den SNF

Ist-Zustand: Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) fördert im Auftrag des Bundes die Forschung in allen wissenschaftlichen Disziplinen. Ende 2023 finanzierte er rund 5700 Projekte mit 21 000 beteiligten Forschenden. Er ist damit die wichtigste Schweizer Institution zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Gestützt auf die Mehrjahresprogramme des SNF richtet der Bund jährlich einen Finanzierungsbeitrag aus, der die Ausgaben für die Forschungsförderung sowie den Verwaltungsaufwand des SNF zum überwiegenden Teil deckt.

Massnahme: Die Bundesausgaben für die Forschung haben in den letzten 15 Jahren sehr hohe Wachstumsraten verzeichnet, es wurde eine Reihe neuer Förderinstrumente geschaffen. Die Bundesbeiträge an den SNF werden reduziert. Nach der Niveauekorrektur im ersten Jahr verbleibt ein jährlicher Zuwachs der Bundesmittel. Die Kürzungsvorgabe soll primär auf den ordentlichen Förderinstrumenten (Projekt- Karriere-, Programmförderung u.a.) umgesetzt werden, da diese den Grossteil der Ausgaben ausmachen. Ausserdem sollen Kürzungen bei den nationalen Forschungsprogrammen und -schwerpunkten sowie bei anderen Aufgaben im Auftrag des Bundes (bspw. bei «Swiss Quantum Initiative» oder «FLARE» für die Entwicklung und den Betrieb von Forschungsinfrastrukturen) vorgenommen werden. Die konkrete Umsetzung der Sparmassnahmen wird von den betroffenen Bundesstellen in Zusammenarbeit mit dem SNF noch präzisiert.

Die Zahl der geförderten Vorhaben und/oder die Beitragssätze werden zurückgehen.

Tabelle 11. Kürzung des Bundesbeitrages für den SNF

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	1'302,4	1'384,1
Entlastungswirkung der Massnahme	131,0	139,3
Ausgabe nach Massnahme	1'117,1	1'185,3
Entlastung in %	11	11

Voranschlagskredit:

SBFI/A231.0272 Institutionen der Forschungsförderung

1.5.9 Kürzung der Ressortforschung

Ist-Zustand: Unter Ressortforschung wird jene Forschung verstanden, welche die Bundesverwaltung in Auftrag gibt und die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Im Jahr 2023 betrugen die Forschungsausgaben der 31 Bundesstellen, welche Ressortforschung betreiben, unterstützen oder in Auftrag geben, 355 Millionen Franken (inkl. Agroscope). Die Ausgaben verteilten sich auf Forschungsaufträge (15 Prozent), Beiträge an Forschung (35 Prozent) und Forschung innerhalb der Bundesverwaltung (50 Prozent).

Die grössten Empfänger von Beiträgen und Aufträgen waren im Jahr 2023 die BFI-Institutionen (namentlich Universitäten und Fachhochschulen mit 12 Prozent sowie der ETH-Bereich mit 10 Prozent). Ein weiterer Teil der Mittel floss an die Privatwirtschaft (10 Prozent), internationale Organisationen (10 Prozent) und private Organisationen ohne Gewinnorientierung (8 Prozent).

Massnahme: Die Ausgaben für Ressortforschung haben zwischen 2014 und 2023 um 21 Prozent zugenommen. Gekürzt werden nun die Beiträge und Aufträge. Die Bundesverwaltung muss ihre Aufgabe künftig mit weniger externer Forschung erfüllen bzw. jene Forschungsergebnisse nutzen, welche die Forschenden ohnehin – unterstützt durch die allgemeine Forschungsförderung – produzieren. Die Intramuros-Forschung (v.a. Agroscope, METAS, SNM, teilweise armasuisse und MeteoSchweiz) ist von der vorliegenden Massnahme ausgenommen, muss aber einen Beitrag leisten an die Kürzungen im Eigenbereich.

Kürzungen im grösseren Umfang entfallen auf die Ressortforschung in den Bereichen Energie, internationale Zusammenarbeit, Umwelt und Verkehr.

Tabelle 12. Kürzung der Ressortforschung

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss BFI-Botschaft 2025-2028	205,6	216,1
Entlastungswirkung der Massnahme	25,6	26,6
Ausgabe nach Massnahme	180,0	189,5
Entlastung in %	12	12

Voranschlagskredit:

Verschiedene Ämter und Kredite

1.5.10 Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung

Ist-Zustand: Auf Basis des Sportförderungsgesetzes leistet der Bund verschiedene Finanzhilfen zur Förderung des Breiten- und Spitzensports. Die Transferausgaben des Bundesamts für Sport (BASPO) belaufen sich auf jährlich rund 180 Millionen Franken und sind in den vergangenen 10 Jahren (Staatsrechnung 2014: 107 Mio. Fr.) um knapp 70 Prozent gestiegen. Die bedeutendste Finanzhilfe betrifft mit 115 Millionen Franken den Bereich Jugend und Sport (J+S.) und damit den Breitensport. Im Bereich des Spitzensports leistet der Bund Beiträge an Sportverbände und andere Organisationen von rund 41 Millionen Franken jährlich. Davon sind jährlich 10 Millionen Franken zweckgebunden für die Nutzung von nationalen Sportanlagen gemäss dem nationalen Sportanlagenkonzept (NASAK). An den Bau der NASAK-Anlagen leistet der Bund zudem Investitionsbeiträge (in den Finanzplanjahren rund 8 Mio. Fr. pro Jahr). Schliesslich unterstützt der Bund die Durchführung von internationalen Sportanlässen in der Schweiz, die von europäischer oder weltweiter Bedeutung sind (in den Finanzplanjahren rund 12 Mio. Fr. pro Jahr, davon 5 Mio. Fr. pro Jahr für wiederkehrende Sportanlässe).

Massnahme: Nach starken Wachstumsjahren sollen die Finanzhilfen für die Sportförderung um rund 10 Prozent zu gesenkt werden. Die angestrebte Kürzung der Mittel um rund 18 Millionen Franken pro Jahr setzt primär bei der Spitzensportförderung an, weil vor allem in diesem Bereich ein erhöhtes Risiko von Mitnahmeeffekten besteht (vgl. auch Subventionsüberprüfung VBS im Rahmen der Staatsrechnung 2023)⁷.

- Die Streichung der Beiträge an die wiederkehrende internationale Sportanlässe führt zu einem Sparbeitrag von jährlich 5 Millionen Franken. Der Bundesrat sieht bei dieser vom Parlament beschlossenen, neuen Subvention (ab 2025) ein erhöhtes Risiko von Mitnahmeeffekten, da diese Veranstaltungen heute

⁷ www.efv.admin.ch > Finanzberichte > Staatsrechnung > Staatsrechnung 2023, Band I, S. 108-109

ohne Beiträge des Bundes auskommen. Wiederkehrende Anlässe haben bessere Möglichkeiten, sich am Markt zu finanzieren als einmalig in der Schweiz stattfindende internationale Sportanlässe.

- Mit der Streichung der Beiträge an Swiss Olympic zur Unterstützung der nationalen Sportverbände für die Nutzung von NASAK-Anlagen werden jährlich 10 Millionen Franken eingespart. Dem Ziel der Beiträge – die Verfügbarkeit von attraktiven Trainings- und Wettkampfbedingungen für die nationalen Verbände in der Schweiz – dienen auch die Beiträge des Bundes an die Erstellung von NASAK-Anlagen. Diese Investitionsbeiträge werden unter der Bedingung geleistet, dass ein nachhaltiger Betrieb nachgewiesen wird, so dass auf die Subventionierung des Betriebs künftig verzichtet werden soll. Bei defizitären NASAK-Anlagen kann dadurch der Druck auf die Standortkantone und -gemeinden steigen.
- Angesichts der Höhe des zu leistenden Sparbeitrags in der Sportförderung soll ein Teil der Entlastung im Bereich J+S, welcher über 60 Prozent der Transferausgaben in der Sportförderung ausmacht, umgesetzt werden. Zudem ist es wichtig, dass auch in Zukunft die Sportfördermassnahmen zwischen Breiten- und Leistungssport ausgewogen sind. Im Jahr 2026 sollen in diesem Bereich deshalb 2,4 Millionen Franken, im Jahr 2027 2,3 Millionen Franken und im Jahr 2028 2,7 Millionen Franken eingespart werden.

Tabelle 13. Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	177,1	180,5
Entlastungswirkung der Massnahme	17,3	17,7
Ausgabe nach Massnahme	159,8	162,8
Entlastung in %	10	10

Voranschlagskredite:

BASPO/A231.0108 Sportverbände und andere Organisationen

BASPO/A231.0109 Internationale Sportanlässe

BASPO/A231.0112 J+S-Aktivitäten und Kaderbildung

1.5.11 Kürzung der Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung

Ist-Zustand: Gestützt auf das Kinder- und Jugendförderungsgesetz vom 30. September 2011⁸ kann der Bund unter gewissen Voraussetzungen privaten Trägerschaften sowie Kantonen und Gemeinden Finanzhilfen gewähren, um ausserschulische Aktivitäten zu fördern. Dabei sollen Trägerschaften und Projekte von gesamtschweizerischem Interesse unterstützt werden. Des aides financières sont ainsi allouées à près de 120 organismes privés à but non lucratif, en plus des subventions aux cantons et aux communes. Les bénéficiaires sont variés, allant de la Fédération suisse des parlements des jeunes à diverses associations d'étudiants, sportives ou de musique. Les montants par bénéficiaire sont également très variables, allant de quelques milliers de francs à plus d'un million par année.

Massnahme: Angesichts der kantonalen Zuständigkeit in diesem Bereich soll eine Kürzung von rund 10 Prozent vorgenommen werden. Somit werden die Empfängerinnen und Empfänger weniger Finanzhilfen vom Bund erhalten. Dans le cadre de la

⁸ SR 446.1

mise en œuvre, une attention particulière sera prêtée aux répercussions sur les organismes privés afin qu'elles soient minimisées.

Tabelle 14. Kürzung der Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung

In. Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	14,0	14,2
Entlastungswirkung der Massnahme	1,4	1,5
Ausgabe nach Massnahme	12,6	12,7
Entlastung in %	10	11

Voranschlagskredit:

BSV/ A231.0246 Ausserschulische Kinder- und Jugendförderung

1.5.12 Kürzung der Beiträge für Hauptstrassen

Ist-Zustand: Der Bund beteiligt sich an den kantonalen Kosten für die Hauptstrassen und verwendet dazu Mittel aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr (Mineralölsteuer). Die Beiträge werden in Form von Globalbeiträgen ausgerichtet und bemessen sich nach der Strassenlänge, der Verkehrsstärke sowie der Topografie. Für Berggebiete und Randregionen erhalten die Kantone zusätzliche Mittel.

Massnahme: Die Ausgaben werden im Rahmen der allgemeinen Repriorisierung um ca. 10 Prozent reduziert. Eine Reduktion des Investitionsvolumens im Strassenverkehr sollte nicht einzig zulasten des Nationalstrassenbaus erfolgen. Damit die Reduktion im Strassenbereich ausgewogen erfolgt, werden die Beiträge an die Kantone für deren Kosten im Zusammenhang mit den Hauptstrassen reduziert. Die Kantone geben jährlich für den Bau und Unterhalt von Kantonsstrassen insgesamt 3,1 Milliarden Franken aus. Zusammen mit den Kürzungen der allgemeinen Strassenbeiträge (s. Ziff. 2.24 hernach) fallen den Kantonen somit 1,6 Prozent des Budgets für Strassen weg. Das kann die Kantone ebenfalls zu Priorisierungen zwingen.

Tabelle 15. Kürzung der Beiträge für Hauptstrassen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	172,9	174,6
Entlastungswirkung der Massnahme	17,4	17,6
Ausgabe nach Massnahme	155,6	157,1
Entlastung in %	10	10

Voranschlagskredite:

ASTRA/A236.0119 Hauptstrassen

ASTRA/A236.0128 Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen

1.5.13 NAF: Kürzung der Einlagen

Ist-Zustand: Aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) werden die Ausgaben des Bundes für die Nationalstrassen (Betrieb, Unterhalt und Ausbau) sowie die Beiträge an Verkehrsprojekte in Städten und Agglomerationen finanziert. Der NAF wird mit zweckgebundenen Einnahmen geäufnet (insb. Mineralölsteuerzuschlag, Automobilsteuer und Nationalstrassenabgabe sowie weitere Einnahmen).

Massnahme: Die Einlage wird um 100 Millionen Franken pro Jahr reduziert. Dies entspricht rund 10 Prozent der geplanten Ausbauten, auf Basis der Fondssimulation

NAF vom April 2024. Dies setzt eine Priorisierung des Portfolios, insbesondere beim Ausbau, voraus («strategisches Entwicklungsprogramm»). Die zeitliche Erstreckung eines Teils der rund 600 Vorhaben soll nach Erwägungen betreffend Wirtschaftlichkeit und Effizienz erfolgen. Die Ablehnung des Bundesbeschlusses über den Ausbausschritt 2023 für die Nationalstrassen durch das Volk am 24. November 2024 hat diese Priorisierung indessen bereits eingeleitet. Bei den Agglomerationsprogrammen deuten die Kreditreste der Vergangenheit auf eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die Vorhaben gelangen weniger rasch zur Umsetzungsreife als von den Kantonen gewünscht, und es kommt regelmässig zu Projektverzögerungen. Auch hier ist eine Priorisierung möglich.

Tabelle 16. NAF: Kürzung der Einlage

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	2'959,0	2'950,0
Entlastungswirkung der Massnahme	100,0	100,0
Ausgabe nach Massnahme	2'859,0	2'850,0
Entlastung in %	3	3

Voranschlagskredit:
ASTRA/ A250.0101 Einlage Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds

1.5.14 Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr

Ist-Zustand: Bund und Kantone bestellen gemeinsam das Angebot im regionalen Personenverkehr (RPV). Dabei werden den Transportunternehmen (TU) die geplanten ungedeckten Kosten, d.h. die Kosten, die nicht durch Erträge aus dem Verkauf von Tickets und Abonnements gedeckt werden können, durch Bund und Kantone abgegolten. Der Bund trägt insgesamt 50 Prozent dieser geplanten ungedeckten Kosten, die Kantone tragen die anderen 50 Prozent (vgl. Art. 30 Abs. 1 Personenbeförderungsgesetz 20. März 2009⁹). Auf schweizerischer Ebene decken die Erlöse etwa die Hälfte der Kosten. Prognostiziert für 2024 ist ein Kostendeckungsgrad (KDG) von 53 %, das entspricht dem KDG vor der Covid-Pandemie.

Massnahme: Der Kostendeckungsgrad der bestellten Angebote soll dahingehend erhöht werden, dass die geplanten ungedeckten Kosten der TU um 5 Prozent (2,5 % der Gesamtkosten) gesenkt werden können. Dies kann durch eine Senkung der Systemkosten (Effizienzmassnahmen, Anpassungen Angebot) und/oder durch höhere Erträge (zusätzliche Nachfragesteigerungen, Tarifierhöhungen) erreicht werden.

Um eine Erhöhung des KDG zu erreichen, müssen weitere Effizienzsteigerungen bei der Produktion oder dem Verkehrsangebot angestrebt werden. Der Bund ist zudem der Ansicht, dass Projekte zur Angebotserweiterung priorisiert oder verzögert werden sollten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass gewisse Investitionen, wie die Erneuerung von bestehendem Rollmaterial, unvermeidlich sein werden. Die Mittel des Bundes sollten vorrangig zur Finanzierung des bestehenden Angebots und der Folgekosten der in den letzten Jahren genehmigten Investitionen eingesetzt werden, wobei die Voraussetzungen der minimalen Wirtschaftlichkeit konsequent zu berücksichtigen und bei Bedarf anzupassen sind. In den letzten zwei Jahren konnten viele TU Überschüsse erzielen, was aufgrund der oftmals zu konservativen Erlösprognosen wahrscheinlich auch 2024 der Fall sein wird. Es wird erwartet, dass die TU in Zukunft ehrgeizigere Erlösprognosen berücksichtigen. Der höhere Kostendeckungsgrad wird teil-

⁹ SR 745.1

weise durch Effizienzgewinne bei den Transportunternehmen und Angebotsanpassungen erreicht werden können. Inwiefern Tarifierhöhungen und damit eine höhere Nutzerfinanzierung notwendig ist, liegt im Ermessen der TU.

Tabelle 17. Erhöhung des Kostendeckungsgrades im regionalen Personenverkehr

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	1'165,1	1'187,6
Entlastungswirkung der Massnahme	58,3	59,4
Ausgabe nach Massnahme	1'106,8	1'128,2
Entlastung in %	5	5

Voranschlagskredit:
BAV/A231.0290 Regionaler Personenverkehr

1.5.15 Kürzung bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich

Ist-Zustand: Viele Aufgaben im Umweltbereich nimmt der Bund gemeinsam mit den Kantonen wahr, wobei der Bund seine Beiträge an die Kantone grösstenteils über Programmvereinbarungen ausrichtet; bei grösseren Projekten werden die Bundesbeiträge einzelfallweise verfügt. Dabei gewährt der Bund Beiträge an die Kantone in den Bereichen Schutz vor Naturgefahren, Hochwasserschutz, Lärmschutz, Natur und Landschaft, Wald sowie Revitalisierung.

Massnahme: Die Beiträge für diese Verbundaufgaben werden um 10 Prozent gekürzt. Beim Grossteil der Mittel handelt es sich um Abgeltungstatbestände. Die Kantone haben den gesetzlichen Anspruch auf Abgeltungen, wenn sie die Anforderungen des Bundes erfüllen. Im Rahmen einer umfassenden Aufgabenüberprüfung sollen jedoch alle Aufgabenbereiche einen Beitrag leisten, unabhängig davon, ob der Bund die Aufgabe alleine oder gemeinsam mit den Kantonen durchführt. Die Programmvereinbarungen 2025–2028 in den Bereichen Wald, Schutz vor Naturgefahren, Hochwasserschutz, Natur und Landschaft, Revitalisierung und Lärmschutz wurden Ende 2024 vom Bund und den Kantonen unterschrieben. Sie enthalten einen Vorbehalt bezüglich der Kürzung um 10 Prozent in Zusammenhang mit dem Entlastungspaket. Die Verteilung der Einsparung auf die einzelnen Voranschlagskredite wird beim nächsten Budget festgelegt. Stehen weniger Mittel zur Verfügung, müssen die Kantone Prioritäten neu setzen und entweder die Zahl der unterstützten Projekte reduzieren oder die Ausführung einzelner Projekte zeitlich verschieben. In der Folge fallen auch Entlastungen bei den Kantonen an.

Tabelle 18. Kürzung bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	462,8*	486,5
Entlastungswirkung der Massnahme	46,8	49,0
Ausgabe nach Massnahme	416,0	437,5
Entlastung in %	10	10

* Ohne vorgesehene Ausgaben Alpenrhein (über internationalen Staatsvertrag gesteuert).

Voranschlagskredite:
BAFU/A236.0122 Schutz Naturgefahren
BAFU/A236.0124 Hochwasserschutz
BAFU/A236.0125 Lärmschutz

BAFU/A236.0123 Natur und Landschaft
BAFU/A236.0126 Revitalisierung
BAFU/A231.0327 Wald

1.5.16 Kürzung der Qualitäts- und Absatzförderung

Ist-Zustand: Der Bund unterstützt den Absatz landwirtschaftlicher Produkte mit Finanzhilfen. Die Beiträge dienen der subsidiären Förderung von gemeinschaftlichen Massnahmen und Initiativen zur Erhöhung der Wertschöpfung am Markt («Hilfe zur Selbsthilfe»). Empfänger der Mittel sind Organisationen und Trägerschaften der Land- und Ernährungswirtschaft. Die grössten Empfänger ~~im~~ 2023 und 2024 waren Switzerland Cheese Marketing AG (23 Mio. Fr.), Swiss Wine Promotion (9 Mio. Fr.) und die Schweizer Milchproduzenten (8,2 Mio. Fr.).

Massnahme: Die eingestellten Mittel für die Qualitäts- und Absatzförderung werden um gut 15 Prozent gekürzt. Für viele landwirtschaftliche Produkte besteht bereits ein Zollschutz. Die Verwendung der verbleibenden Mittel soll deshalb stärker auf jene Güter fokussiert werden, die keinen Zollschutz haben. Der Branche stehen insgesamt weniger Mittel für Marketingmassnahmen zur Verfügung. Sie muss die Kosten zur Förderung des Absatzes der eigenen Produkte zu einem grösseren Teil selbst finanzieren. Damit wird auch das Verursacherprinzip gestärkt.

Tabelle 19. Kürzung der Qualitäts- und Absatzförderung

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	65,9	65,4
Entlastungswirkung der Massnahme	10,5	10,5
Ausgabe nach Massnahme	55,4	54,9
Entlastung in %	16	16

Voranschlagskredit:

[BLW/A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung](#)

1.5.17 Kürzung der Finanzhilfen für Schweiz Tourismus

Ist-Zustand: Der Bund leistet Finanzhilfen an die öffentlich-rechtliche Körperschaft Schweiz Tourismus, welche auf der Basis des Bundesgesetzes über Schweiz Tourismus vom 21. Dezember 1955¹⁰ im Auftrag des Bundes die Nachfrage für die Schweiz als Reise- und Tourismusland fördert (Basismarketing für das Tourismusland Schweiz, Koordination und Beratung, Entwicklung und Umsetzung von Produkten und Initiativen bspw. «Swisstainable»). Die Tätigkeiten von Schweiz Tourismus werden zu rund 60 Prozent vom Bund finanziert.

Massnahme: Die Finanzhilfen an Schweiz Tourismus werden um rund 20 Prozent reduziert. Der Bund deckt damit weiterhin knapp-rund die Hälfte der heutigen Ausgaben von Schweiz Tourismus; in den meisten Branchen leistet der Bund gar keine Beiträge an Marketingorganisationen. ~~Die Tourismusbranche sollte auch so in der Lage sein, eine gesamtschweizerische Koordination mit einem gemeinsamen Auftritt organisieren und finanzieren zu können. Auch vor dem Hintergrund eines effektiven und effizienten Einsatzes von allgemeinen Steuermitteln ist eine Mitfinanzierung von Schweiz Tourismus durch die Tourismuskantone und -regionen sowie die Tourismusbranche angemessen.~~ Als Folge der Kürzung des Bundesbeitrags wird Schweiz Tourismus

Kommentiert [REDACTED]: SECO

¹⁰ SR 935.21

entweder neue Beiträge akquirieren, bspw. bei Kantonen oder der Branche, oder das Angebot reduzieren müssen.

Tabelle 20. Kürzungen der Finanzhilfen für Schweiz Tourismus

In. Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	56,6	57,9
Entlastungswirkung der Massnahme	11,3	11,4
Ausgabe nach Massnahme	45,3	46,5
Entlastung in %	20	20

Voranschlagskredit:

SECO/A231.0192 Schweiz Tourismus

1.5.18 Kürzung der Mittel von Innotour

Ist-Zustand: Der Bund unterstützt Vorhaben, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus durch wirtschaftliche, technologische, soziale oder ökologische Innovationen, durch verstärkte Zusammenarbeit und durch gezielten Wissensaufbau stärken sollen. Er übernimmt höchstens 50 Prozent der Projektkosten. Für den Zeitraum 2023-2026 können die Subventionssätze vorübergehend auf höchstens 70 Prozent erhöht werden, um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Tourismusbranche abzufedern.

Massnahme: Die Mittel sollen ab 2027 auf 5 Millionen Franken pro Jahr gekürzt werden. Dies entspricht einer Kürzung um rund einen ~~Viertel-Drittel~~ gegenüber den 2022 (vor der befristeten Erhöhung der Subventionssätze) eingesetzten Mittel. Der Tourismussektor hat sich nach der Pandemie sehr gut erholt ~~und durch eine Rückkehr zur Förderung mit einem Subventionssatz von höchstens 50 Prozent können künftig pro eingesetztem Stouorfranken wieder mehr Projekte unterstützt werden. Die allgemeinen Innovationsförderinstrumente des Bundes (insb. Innosuisse) stehen zudem auch der Tourismusbranche zur Verfügung, so dass die branchenspezifische Tourismusförderung reduziert werden kann. Mit den tieferen Fördermitteln können künftig weniger Projekte unterstützt werden.~~

Kommentiert [REDACTED]: SECO: 2027: 29%, 2028 >33%

Kommentiert [REDACTED]: SECO: Wenn man in der Massnahme die Mittel mit den Mittel gegenüber 2022 vergleicht, ist diese Aussage irrelevant. Ansonsten müsste man Schreiben, dass die Mittel im Vergleich zu 2026 um rund 60% gekürzt werden, dann würde es Sinn machen.

Kommentiert [REDACTED]: SECO: Die Aussage ist korrekt, aber realitätsfremd. Es gibt kaum Tourismusprojekte bei Innosuisse, was insb. am völlig anderen Charakter der Projekte liegt. Innotour unterstützt keine reinen Forschungsprojekte, sondern nur Projekte mit einem klaren praxisorientierten Output. Innosuisse legt den Fokus auf wissenschaftsbasierte Innovationen.

Tabelle 21. Kürzung der Mittel von Innotour

In. Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	7,1	7,7
Entlastungswirkung der Massnahme	2,1	2,7
Ausgabe nach Massnahme	5,0	5,0
Entlastung in %	29	35

Voranschlagskredit:

SECO-/A231.0194 Förderung von Innovationen und Zusammenarbeit im Tourismus

1.5.19 Kürzung des Beitrags an Prüfkosten Produktesicherheit

Ist-Zustand: Der Bund ist gesetzlich verpflichtet, die Produktesicherheit in der Schweiz und den freien Warenverkehr mit der EU/EWR sicherzustellen. Für den Vollzug des Bundesgesetzes über die Produktesicherheit vom 12. Juni 2009¹¹ werden den beauftragten Marktüberwachungsorganisationen deren Kontroll- und Prüfkosten abgegolten. Bei der Produktesicherheitsprüfung wird beispielsweise kontrolliert, ob

¹¹ SR 930.11

die Produkte sicher sind und die Gesundheit der Arbeitnehmenden und der Konsumenten und Konsumentinnen nicht schädigen, z. B. durch explodierende Gasgrills oder gefährliche Maschinen. Nach dem Grundsatz des new approach, welcher auch in der EU gilt, liegt die Verantwortung dafür bei den Herstellern und Importeuren. Als Gegengewicht zu diesem freien Warenverkehr bedarf es eines funktionierenden Marktüberwachungssystems. Die Marktüberwachungsorganisationen finanzieren sich heute zu rund 97 Prozent aus den Abgeltungen des Bundes. Der Rest wird durch die Nutzerinnen und Nutzer aufgebracht, d. h. durch diejenigen Wirtschaftsakteure (Hersteller, Importeure, Händler usw.), bei denen sich im Rahmen einer Produktkontrolle durch die Marktüberwachungsorganisationen herausstellt, dass das Produkt nicht sicher / nicht konform ist.

Massnahme: Der Beitrag wird um rund 20 Prozent, d. h. um jährlich rund 1 Million Franken gekürzt. Um sicherzustellen, dass trotz einer Kürzung der Subvention die Produktesicherheit in der Schweiz gewährleistet und der gesetzliche Auftrag erfüllt wird, soll gleichzeitig die Nutzerfinanzierung der Marktüberwachungsorganisationen erhöht werden. Die Produzenten und Importeure sollen nach dem Verursacherprinzip einen höheren Anteil der Kosten der Prüfungen tragen. Die dafür nötige Gebührenerhöhung erfolgt auf Verordnungsstufe. Zudem ist vorgesehen, mehr Stunden zu verrechnen, wenn bei einer Kontrolle nicht sichere oder nicht konforme Produkte festgestellt werden. Insgesamt wird die erhöhte Nutzerfinanzierung somit die Kosten für diejenigen Unternehmen erhöhen, bei denen bei Kontrollen nicht sichere oder nicht konforme Produkte festgestellt werden.

Tabelle 22. Kürzung des Beitrags an Prüfkosten Produktesicherheit

In. Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	4,7	4,8
Entlastungswirkung der Massnahme	0,9	1,0
Ausgabe nach Massnahme	3,8	3,8
Entlastung in %	19	21

Voranschlagskredit:

SECO/A231.0189 Produktesicherheit

1.5.20 Kürzungen bei EnergieSchweiz

Ist-Zustand: Das Programm EnergieSchweiz zielt auf die Erhöhung der Energieeffizienz sowie auf die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien ab. Dafür investiert EnergieSchweiz in Aus- und Weiterbildung, Information, Hilfsmittel sowie Umsetzungsprojekte. Finanzielle Mittel für EnergieSchweiz sind sowohl im Funktionsaufwand des BFE (Vollzug und Beschaffungen; ca. 20 Mio. Fr.) als auch auf einem Transferkredit (ca. 24 Mio. Fr.) eingestellt.

Massnahme: Der Bundesrat will das Budget von EnergieSchweiz ab 2027 um 20 Millionen Franken auf 24 Millionen Franken pro Jahr reduzieren. EnergieSchweiz ist ein Programm zur Information, Beratung und Sensibilisierung der Bevölkerung und Wirtschaft, welches aufgrund seiner erwarteten Wirksamkeit nach einer verstärkten Aktivität mit einer Priorisierung bei den Aktivitäten allmählich wieder reduziert werden kann. Bildung im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien wird ausserdem durch die Finanzierung von Hochschulen bereits indirekt vom Bund unterstützt. Schliesslich liegt auf den unteren Bildungsstufen die Zuständigkeit primär bei den Kantonen. Eine Budgetreduktion in dieser Grössenordnung bedingt eine grundsätzliche Anpassung

der Programmstrategie. Die neue Strategie inklusive Budgetaufteilung soll spätestens Ende 2025 vorliegen. Die Budgets für die Jahre 2025 und 2026 sollen für den beschleunigten Abschluss von laufenden Projekten verwendet werden. Parallel dazu ergreift das BFE ab 2025 verschiedene operative Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz und zur Befreiung von Ressourcen. Durch die Kürzung stehen insbesondere interessierten Gemeinden und Unternehmen weniger vom Bund subventionierte Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung.

Tabelle 23. Kürzungen bei EnergieSchweiz

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	44,7	44,7
Entlastungswirkung der Massnahme	20,0	20,0
Eigenbereich	10,0	10,0
Transferbereich	10,0	10,0
Ausgabe nach Massnahme	24,7	24,7
Entlastung in %	45	45

Voranschlagskredit:
A231.0304 Programme EnergieSchweiz
A200.0001 Funktionsaufwand BFE

1.5.21 Kürzung der freiwilligen Beiträge an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und an die übrigen internationalen Organisationen ausserhalb der IZA

Ist-Zustand: Der Bund bezahlt insgesamt rund 2 Milliarden Franken (VA 2025) an internationale Organisationen. Davon sind 0,5 Milliarden Franken Pflichtbeiträge, d.h. Beiträge mit zwingendem Charakter an Organisationen, denen der Bund auf Grund eines Abkommens oder einer völkerrechtlichen Vereinbarung beigetreten ist. Die Beitragshöhe wird anhand eines statutarisch festgelegten Verteilschlüssels automatisch bestimmt. Bei Nichtbezahlen droht der Ausschluss aus der Organisation (Beispiele: UNO, CERN, WHO, etc.). 1,5 Milliarden Franken sind freiwillige Beiträge an internationale Organisationen. Da diesen keine statutarische Verpflichtung zugrunde liegt, kann ihre Höhe unter Berücksichtigung der politischen Prioritäten periodisch neu festgelegt werden (Beispiele: Programmbeiträge ESA (154 Mio. Fr.), Multilaterale Umweltfonds (50 Mio. Fr.), Beitrag an den Treuhandfonds des Internationalen Währungsfonds IWF (10 Mio. Fr.), etc.). Der wesentliche Teil der freiwilligen Beiträge wird im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit (IZA) gesprochen (1,2 Mrd. Fr.).

Massnahme: Die freiwilligen Beiträge an internationale Organisationen werden um 10 Prozent gekürzt. Nicht davon betroffen sind die Beiträge in der IZA, da diese bereits von der Massnahme 1.5.1, Einfrieren der IZA-Ausgaben, betroffen sind. Rund zwei Drittel der Kürzung, gut 16 Millionen Franken, entfallen auf die Programmbeiträge zugunsten der ESA. Der Spielraum der Schweiz für die Teilnahme an den mehrjährigen Programmen, die an der Ministerratstagung 2025 beschlossen werden, nimmt entsprechend ab. Als Folge der Kürzung wird die ESA weniger Aufträge an Schweizer Unternehmen und Hochschulen vergeben (geografisches Rückflussprinzip). Die Kürzung der restlichen Beiträge (Z.B. Multilaterale Umweltfonds (5 Mio. Fr.), Beitrag an den IWF-Treuhandfond (1 Mio. Fr.), etc.) könnte in Einzelfällen das Risiko eines Reputationsverlustes für die Schweiz bergen.

Tabelle 24. Kürzung der freiwilligen Beiträge an die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und an die übrigen internationalen Organisationen ausserhalb der IZA

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	257,1	247,5
Entlastungswirkung der Massnahme	25,7	24,8
Ausgabe nach Massnahme	231,4	222,8
Entlastung in %	10	10

Voranschlagskredite:

Verschiedene Ämter und Kredite

1.5.22 Massnahmen im Eigenbereich

Ist-Zustand: Die Eigenausgaben des Bundes entsprechen rund 15 Prozent des Bundesbudgets. Rund zwei Drittel dieser Eigenausgaben entfallen auf das VBS und das EFD. Einerseits befinden sich in diesen Departementen die personalintensiven Bereiche Armee sowie Zoll und Grenzschutz, andererseits fällt dort auch ein grosser Teil der Betriebsausgaben und Investitionen an, namentlich für Rüstung, Instandhaltung, Immobilien und Informatik.

Massnahme: Die Eigenausgaben des Bundes sollen bis 2028 um 300 Millionen Franken gegenüber dem aktuellen Finanzplan reduziert werden, davon 180 Millionen Franken bei den Personalausgaben. Die Rüstungsausgaben sowie die Investitionen der Armee (Verteidigung, armasuisse) werden von der Sparvorgabe ausgenommen. Für die betroffenen Bereiche resultiert damit eine Kürzung von bis zu 2,7 Prozent; die Eigenausgaben wurden bereits in den Voranschlägen 2024 (2%) und 2025 (1,4%) gekürzt. Die Einsparungen sollen über eine Kombination verschiedener Elemente erzielt werden. Rund 100 Millionen Franken sollen durch Anpassungen bei den Lohnmassnahmen und Anstellungsbedingungen des Bundespersonals erbracht werden. Die restlichen 200 Millionen Franken sollen durch Aufgabenverzicht und Effizienzsteigerungen eingespart werden. Gestützt auf diese Eckwerte werden die Entlastungsmassnahmen von der Verwaltung und dem Bundesrat bis im Frühling 2025 konkretisiert. Sollten für die Umsetzung dieser Massnahmen Gesetzesänderungen notwendig sein, werden diese dem Parlament mit der Botschaft zum Entlastungspaket vorgelegt.

Tabelle 25. Massnahmen im Eigenbereich

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	10'783	10'917
Entlastungswirkung der Massnahme	200,0	300,0
Ausgabe nach Massnahme	10'583	10'617
Entlastung in %	2	3

Voranschlagskredite:

Kredite im Eigenbereich (Globalbudgets und Einzelkredite)

1.6 Vorlage in parlamentarischer Beratung: Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung

Vorlagen in parlamentarischer Beratung kann der Bundesrat nicht steuern; sie sind deshalb auch nicht Teil des Entlastungspakets. Die Vorlage zur familienergänzenden Kinderbetreuung (Pa. Iv. 21.403), so wie sie der Nationalrat beschlossen hat, ist aktuell mit 800 bis 900 Millionen pro Jahr in den Finanzplänen abgebildet und damit ein wesentlicher Grund für die grossen Defizite.

Der Bund fördert die familienergänzende Kinderbetreuung seit 2003 mit Finanzhilfen. Diese Unterstützung wurde als Anschubfinanzierung geschaffen und die befristete gesetzliche Grundlage (Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, KBFHG; SR 861) wurde mehrmals verlängert. Sie läuft auf Ende 2026 aus. Toutefois, en lien avec une initiative parlementaire (21.403), le Parlement discute actuellement d'une nouvelle contribution fédérale dès 2026. Selon le projet de mars 2023 du Conseil national würde der Bund einen Beitrag an die Betreuungskosten der Eltern (neue gebundene Ausgabe für den Bund; rund 710 Mio. pro Jahr für das erste Jahr) sowie einen Beitrag an die Kantone für die Weiterentwicklung des Betreuungsangebots und die frühe Förderung (via Programmvereinbarungen, 56 Mio. pro Jahr) leisten. Les coûts totaux, estimés à près de 770 millions en 2026 et allant croissant par la suite, ont été inscrits au plan financier de la Confédération. Der Ständerat hat sich demgegenüber in der Wintersession für eine Variante ausgesprochen, die den Bundeshaushalt kaum zusätzlich belasten würde.

Der Bundesrat lehnt eine künftige Mitfinanzierung der familienexternen Kinderbetreuung durch den Bund ab. Eine Unterstützung des Bundes widerspricht dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz. Il considère en effet qu'il s'agit d'une tâche des cantons qui doit être financée par ceux-ci et par l'économie, laquelle profite de la main d'œuvre ainsi disponible. Pour ces raisons, le Conseil fédéral prévoit de ne plus allouer de nouvelles aides financières d'aucune sorte dans ce domaine après l'expiration des subventions actuellement accordées selon la LAAcc (les derniers versements auront lieu en 2028 et ces moyens restent inscrits au plan financier).

Tabelle 26. Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	837,5	860,1
Entlastungswirkung der Massnahme	805,0	841,0
Ausgabe nach Massnahme	32,5	19,1
Entlastung in %	96	98

Voranschlagskredite:

BSV-/A231.0446

BSV-/A231.0447

BSV-/A231.0244 (läuft aus)

1.7 Verhältnis zur Legislaturplanung und zur Finanzplanung sowie zu Strategien des Bundesrates

Die Vorlage ist in der Botschaft vom 24. Januar 2024¹² zur Legislaturplanung 2023–2027 und im Bundesbeschluss vom 6. Juni 2024¹³ über die Legislaturplanung 2023–2027 angekündigt.

1.8 Erledigung parlamentarischer Vorstösse

Motion Finanzkommission SR 22.4273 «Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen»

¹² BBI 2024 525 S. 71

¹³ BBI 2024 1440 S. 5

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen in die Wege zu leiten. Es sollen sowohl die schwach als auch stark gebundenen Ausgaben überprüft werden. Namentlich wird zudem die Überprüfung der Personalausgaben erwähnt.

Das Vorgehen des Bundesrates mit der Aufgaben- und Subventionsüberprüfung entspricht der Stossrichtung der Motion. In diesem Sinne erachtet der Bundesrat das Anliegen der Motion mit dieser Vorlage als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Motion Finanzkommission SR 24.3395 «Rasch wirksames Entlastungspaket, das auch gebundene Ausgaben miteinschliesst»

Die Motion beauftragt den Bundesrat, den Bundeshaushalt im gebundenen Bereich dauerhaft zu entlasten. Der Bundesrat soll in eigener Kompetenz Verordnungsanpassungen vornehmen und dem Parlament eine Vorlage mit gesetzlichen Anpassungen unterbreiten.

Das Vorgehen des Bundesrates entspricht mit vorliegendem Entlastungspaket der Stossrichtung der Motion. In diesem Sinne erachtet der Bundesrat das Anliegen der Motion mit dieser Vorlage als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Motion Finanzkommission NR 17.3259 «Gebundene Ausgaben reduzieren»

Die Motion beauftragt den Bundesrat, der Bundesversammlung eine oder mehrere Vorlagen zu unterbreiten, mit welchen die stark gebundenen Ausgaben des Bundes um 5 bis 10 Prozent reduziert werden können.

In den vergangenen Jahren wurden laufend neue Ausgabenbindungen beschlossen. Mittlerweile sind rund 65 Prozent der Ausgaben des Bundes durch Gesetz oder Verfassung gebunden. Gebundene Ausgaben finden sich insbesondere in der sozialen Wohlfahrt (Finanzierung AHV und IV, Prämienverbilligungen, Sozialhilfepauschalen Asyl), im Verkehr (Verkehrsfonds BIF und NAF) sowie im Bereich Finanzen und Steuern (Kantonsanteile an Bundeseinnahmen, Finanzausgleich). Gebundene Ausgaben sind demnach immer Folge eines politischen Entscheids. Das heisst nicht, dass diese nicht hinterfragt, gelockert oder reduziert werden können. Ob eine Reduktion um bis zu 10 Prozent, also bis zu 5 Milliarden Franken, möglich ist, ist allerdings fraglich. Der Bundesrat schlägt mit diesem Entlastungspaket aber verschiedene Massnahmen im Bereich der gebundenen Ausgaben in der Höhe von über zwei Milliarden Franken vor. Das Parlament hat es zudem in der Hand, auf die neue Finanzhilfe zur familienergänzenden Kinderbetreuung und damit auf eine neue grosse Ausgabenbindung zu verzichten. In diesem Sinne erachtet der Bundesrat das Anliegen der Motion mit dieser Vorlage als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2 Grundzüge der Vorlage

Nachfolgend werden jene Massnahmen beschrieben, die Gesetzesänderungen erfordern und deshalb in die Vernehmlassung gegeben werden. Wo der Bundesrat auf eine Subvention vollständig verzichten will, schlägt er die Aufhebung der Subventionsbestimmungen vor, selbst wenn es sich um Kann-Bestimmungen handelt. Damit wird Klarheit geschaffen, dass der Bund diese Subventionen künftig nicht mehr ausrichten wird. Da die finanziellen Probleme aus heutiger Sicht nicht vorübergehender Natur sind – sowohl die Ausgaben der Armee als auch jene der AHV werden strukturell und nachhaltig erhöht – muss auch die Gegenfinanzierung nachhaltig wirken.

2.1 Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte

Ist-Zustand: Gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes vom 17. März 2023¹⁴ über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG) kann der Bund seit dem 1. Januar 2024 einmalige Finanzhilfen für Digitalisierungsprojekte von hohem öffentlichem Interesse vorsehen. Mit einer Anschubfinanzierung sollen Projekte von Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts unterstützt werden, die von besonderer Tragweite für die digitale Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft sind und im Konnex zur Erfüllung behördlicher Aufgaben stehen. Im Frühjahr 2024 fand eine Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen statt. Inzwischen wurden die Arbeiten an der Verordnung sistiert.

Massnahme: Auf dieses neue Fördergefäss im Bereich der Digitalisierung soll zur Entlastung des Bundeshaushalts verzichtet werden. Zum einen besteht mit der Digitalen Verwaltung Schweiz für die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltungen bereits ein Finanzierungsgefäss für Digitalisierungsprojekte bei Behördenaufgaben. Zum anderen fördert der Bund die Digitalisierung in den relevanten Sektoren bereits gezielt, beispielsweise im Gesundheitswesen, in der Standortförderung, die Weiterentwicklung der Agrarpolitik oder in der Bildung, Forschung und Innovation. Der Bund will sich bei der Innovationsförderung auch im Digitalisierungsbereich auf die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung fokussieren. Eine direkte Unterstützung von Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts birgt das Risiko von Mitnahmeeffekten und Marktverzerrungen. Des Weiteren ist der Vollzugsaufwand bei relativ kleinen Subventionen unverhältnismässig hoch.

Tabelle 27. Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	2,0	2,0
Entlastungswirkung der Massnahme	2,0	2,0
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:
BK/A231.0449 Digitalisierungsprojekte von hohem öffentlichen Interesse

2.2 Verzicht auf Beitrag an das Auslandangebot der SRG

Ist-Zustand: Der Bund schliesst periodisch mit der SRG eine Leistungsvereinbarung für das publizistische Angebot für das Ausland ab. Die am 19. Juni 2024 vom Bundesrat verabschiedete Leistungsvereinbarung gilt für die Jahre 2025 und 2026. Der Bund leistet Beiträge an die SRG (die Hälfte der Kosten der Leistungen, d.h. 18,8 Mio. Fr. pro Jahr für 2025 und 2026) für die Internetportale swissinfo.ch und tvsviz- zera.it (9,4 Mio. Fr. pro Jahr) sowie für die internationalen Programme TV5Monde (5,7 Mio. Fr. pro Jahr) und 3Sat (3,7 Mio. Fr. pro Jahr). Diese Kanäle sollen die Verbindung zwischen den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern und der Schweiz stärken sowie die Präsenz der Schweiz und das Verständnis für deren Anliegen im Ausland fördern.

Massnahme: Der Bund verzichtet künftig auf die finanziellen Beiträge an die SRG für das Auslandangebot und den Abschluss einer Leistungsvereinbarung. Der internationale Auftrag der SRG wird künftig ausschliesslich von der SRG aus ihrem Anteil an

¹⁴ SR 172.019

der Radio- und Fernsehgebühren finanziert. Der Bundesrat definiert das künftige Auslandsangebot in der Konzession der SRG, unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel. Für die SRG soll im Vergleich zu heute keine zusätzliche finanzielle Belastung entstehen – es ist also von einem redimensionierten Auslandsangebot auszugehen (mindestens eine Halbierung, weil die SRG ebenfalls sparen muss). Zum genauen Umfang lassen sich aber zum heutigen Zeitpunkt keine Aussagen machen: Der Finanzrahmen der SRG muss bekannt sein (SRG-Initiative). Diesem politischen Prozess kann nicht vorgegriffen werden. Schliesslich ist die Schweiz Mitglied von TV5Monde und hat die Charta TV5Monde (internationales Abkommen) unterschrieben. Die konkreten Auswirkungen der Redimensionierung des Angebots für die Beteiligung der Schweiz an TV5Monde sind zu gegebenem Zeitpunkt zu klären.

Tabelle 28. Verzicht auf Beitrag an das Auslandsangebot der SRG

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	19,0	19,2
Entlastungswirkung der Massnahme	19,0	19,2
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:
BAKOM/A231.0311 Beitrag Angebot SRG für das Ausland

2.3 Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivil-
dienstpflichtigen

Kommentiert [REDACTED]: ZIVI

Ist-Zustand: Damit in den ~~Tätigkeitsbereichen~~ Bereichen Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege ~~und~~ Wald ~~und Kulturgütererhaltung~~ Einsätze von Zivildienstpflichtigen im gewünschten Umfang erfolgen, kann der Bund die Projekte der Einsatzbetriebe mit Finanzhilfen unterstützen. Mit der Finanzhilfe werden jährlich rund 58 000 Dienstage in handarbeitsintensiven Gruppeneinsätzen generiert. Die Finanzhilfe kann ausgerichtet werden, wenn sie dem konsequenten Vollzug des Zivildienstes dient und ein besonderer gesellschaftlicher Bedarf an Unterstützung durch den Zivildienst nachgewiesen ist. Die Projekte werden mehrheitlich zugunsten von Kantonen und Gemeinden durchgeführt.

Massnahme: Derzeit besteht ~~in den genannten Tätigkeitsbereichen bei den begünstigten Projekten~~ eine doppelte Unterstützung ~~der Organisation und Betriebe~~. Sie sind erstens von der Abgabe für den Einsatz von Zivildienstpflichtigen befreit und erhalten zweitens Subventionen. Künftig soll auf die Beiträge verzichtet werden. Die Einsatzbetriebe müssen damit einen grösseren Teil der Kosten selbst tragen, was zu einer grösseren Kostenwahrheit beiträgt. Dies könnte dazu führen, dass ~~in handwerklichen Tätigkeitsbereichen~~ weniger handarbeitsintensive und kurzfristig verfügbare Einsatzplätze für einen konsequenten Zivildienstvollzug leistende zur Verfügung stehen. Es könnte auch zu einer Reduktion der Leistungen im Umwelt- und Naturschutzbereich kommen. Ein Wegfall dieser Gruppeneinsätze bei den Subventionsempfängern dürfte zu einem Mehraufwand in der Höhe von 0.5 Millionen Franken beim Personalaufwand (+/- 3,7 FTE) führen, da der administrative Aufwand zur Gewährung des konsequenten Vollzugs zunehmen wird.

Tabelle 29. Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
-------------	--------	--------

Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	3,4	3,4
Entlastungswirkung der Massnahme	3,4	3,4
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

ZIVI/A231.0238 Entschädigungen an Einsatzbetriebe

2.4 Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen

Ist-Zustand: Gemäss Art. 63a BV sorgen Bund und Kantone gemeinsam für einen wettbewerbsfähigen und koordinierten Hochschulraum. Der Bund hat eine verfassungsrechtliche Pflicht, die kantonalen Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen) zu unterstützen. Zu diesem Zweck richtet der Bund Grundbeiträge für die zehn kantonalen Universitäten und sieben Fachhochschulen aus. Die Grundbeiträge betragen 20 Prozent (Universitäten) bzw. 30 Prozent (Fachhochschulen) des Gesamtbetrags der sog. Referenzkosten (notwendige Aufwendungen für eine Lehre von hoher Qualität pro Studierenden, Art. 44 Abs. 1 Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30. Sept. 2011¹⁵, HFKG). Sie werden vom Hochschulrat (Bund und Trägerkantone der Hochschulen) für eine BFI-Periode festgelegt. Es handelt sich für den Bund um gebundene Ausgaben (Art. 50 HFKG).

Massnahme: Durch eine stärkere Nutzerfinanzierung sollen der Bund und die Hochschulträgerkantone entlastet werden. Die Studiengebühren für Bildungsinländerinnen und -inländer sollen verdoppelt und diejenigen für Bildungsausländerinnen und -ausländer vervierfacht werden. 2024 betrugen die jährlichen Studiengebühren an den zehn kantonalen Universitäten durchschnittlich 1445 Franken (Bildungsinländer) bzw. 2510 Franken (Bildungsausländer). An den Fachhochschulen waren es 1544 bzw. 2808 Franken pro Jahr. So können die Hochschulen zusätzliche Erträge von geschätzt 300 (Universitäten) bzw. 200 Millionen Franken (Fachhochschulen) generieren. Den Hochschulen ist es freigestellt, die Entlastungswirkung mit anderen Gebührensätzen oder einer anderen Verteilung auf die Studierendengruppen zu erreichen. Diese Mehrerträge sollen vom Bund im Umfang seines Anteils (20 bzw. 30 %) abgeschöpft werden. Eine analoge Massnahme ist auch beim ETH-Bereich vorgesehen (vgl. Ziff. 1.5.6). Mit der Entlastung von 120 Millionen Franken (Universitäten und Fachhochschulen je hälftig) sinkt der Bundesanteil am Gesamtbetrag der Referenzkosten auf 18,4 Prozent (Universitäten) bzw. 27 Prozent (Fachhochschulen). Der Bund wird weiterhin bestrebt sein, den kantonalen Hochschulen eine möglichst hohe Planungssicherheit zu gewähren und ihnen möglichst stabile Beiträge ausrichten.

Der Anteil der Studierenden am Ertrag der Hochschulen steigt. Ausserdem soll der Bundesbeitrag künftig konform zum Subventionsgesetz als Maximalbeitrag und nicht als Fixbeitrag definiert werden; damit wird der Motion zur Reduktion der gebundenen Ausgaben Rechnung getragen (17.3259). Mit der Massnahme wird die Kostenwahrheit gestärkt; die Studierenden tragen einen grösseren Teil der verursachten Kosten. Der Nutzen des Hochschulstudiums fällt denn auch grösstenteils bei den Studierenden selbst an. Es findet eine gewisse Angleichung an die Gebühren der höheren Berufsbildung statt.

Tabelle 30. Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	1'344,4	1'358,8

¹⁵ SR 414.20

Entlastungswirkung der Massnahme	120,0	120,0
Ausgabe nach Massnahme	1'224,4	1'238,8
Entlastung in %	9	9

Voranschlagskredite:

SBFI/A231.0261 Grundbeiträge Universitäten HFKG

SBFI/A231.0263 Grundbeiträge Fachhochschulen HFKG

2.5 Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen

Ist-Zustand: Der Bund kann projektgebundene Beiträge für Aufgaben von gesamtschweizerischer hochschulpolitischer Bedeutung ausrichten (Art. 59 HFKG). Unterstützt werden etwa Zusammenarbeitsprojekte zur Verstärkung der Digitalisierung, zur Aufgabenteilung unter den Hochschulen, Projekte zur Förderung der Chancengleichheit sowie zur Nachwuchsförderung. Beitragsempfänger sind kantonale Hochschulen, die ETH sowie die pädagogischen Hochschulen und andere Hochschulinstitutionen. Die beteiligten Kantone, Hochschulen und Institutionen müssen in der Regel eine Eigenleistung erbringen, die mindestens dem Bundesbeitrag entspricht.

Massnahme: Die projektgebundenen Beiträge werden abgeschafft. Einzig das Programm zur Erhöhung der Anzahl Abschlüsse im Pflegebereich an Fachhochschulen (Pflegeinitiative 1. Etappe) im Umfang von 25 Millionen Franken über den Zeitraum 2024-2032 soll bis zu seinem Abschluss im Jahr 2032 unterstützt werden können (Übergangsregelung), da es auf einem kürzlichen Volksentscheid beruht. Die Führung der kantonalen Hochschulen, welche Hauptnutznießerinnen der projektgebundenen Beiträge sind, liegt im Zuständigkeitsbereich der Kantone. Die Zusammenarbeit liegt zudem im eigenen Interesse der Hochschulen und bedarf keiner Bundesunterstützung. Es steht den Trägern der Hochschulen frei, für Zusammenarbeitsprojekte zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Tabelle 31. Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	32,4	33,1
Entlastungswirkung der Massnahme	27,9	29,6
Ausgabe nach Massnahme	4,5	3,5
Entlastung in %	86	89

Voranschlagskredit:

SBFI/A231.0262 Projektgebundene Beiträge nach HFKG

2.6 Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse

Ist-Zustand: Die Innosuisse fördert wissenschaftsbasierte Innovationen in der Schweiz durch finanzielle Beiträge, professionelle Beratung und Netzwerke. Der Grossteil der von der Innosuisse vergebenen Fördermittel ist für die Unterstützung von Innovationsprojekten vorgesehen, welche beitragsberechtigte Forschungsinstitutionen gemeinsam mit Umsetzungspartnern (Unternehmen, Non-profit Organisationen, Verwaltung sowie andere private oder öffentliche Institutionen) durchführen. Der Bund unterstützt Innosuisse mit einem jährlichen Finanzierungsbeitrag. Über 90 Prozent dieses Finanzierungsbeitrages werden für die Förderung eingesetzt, der Rest deckt die Funktionskosten der Innosuisse.

Massnahme: Die Bundesbeiträge werden um rund 10 Prozent reduziert.

- ~~Zur Umsetzung wird eine Untergrenze von mindestens 50 Prozent für die Beteiligung der Umsetzungspartner an Innovationsprojekten festgelegt (statt einer Bandbreite von 40-60 %). Damit sollen falsche Anreize sowie Marktverzerrungen oder Industriepolitik möglichst verhindert werden.~~
- ~~Die seit 2023 bestehende Möglichkeit der Förderung von Innovationsprojekten von Jungunternehmen wird beibehalten, aber die Beteiligung auf maximal 50 Prozent begrenzt (statt bisher auf 70 %) und inhaltlich auf wissenschaftsba- sierte Projekte (mit Schwerpunkt auf Spin-Offs) fokussiert.~~
- Die Förderung von Projekten ohne Umsetzungspartner wird auf gemeinsame Programme der Forschungsförderungsinstitutionen eingeschränkt (**aktuell** konkret BRIDGE mit dem Schweizerischen Nationalfonds). Die Gesetzesbestimmung wird entsprechend angepasst.
- Auf die Förderung hochqualifizierter Personen (noch nicht eingeführt) wird ver- zichtet. Die entsprechende Gesetzesbestimmung wird aufgehoben.

Kommentiert [REDACTED]: Innosuisse: Die Formulierung ist irreführend

Kommentiert [REDACTED]: Ist nicht neu, sondern bereits heute so.

Kommentiert [REDACTED]: Innosuisse: Die Kürzung der Bundesbeiträge wird erreicht, auf die weitere Einschränkung der Fördersätze Innosuisse soll verzichtet werden.

Kommentiert [REDACTED]: Innosuisse

Durch die Kürzung stehen den Hochschulen (v.a. Fachhochschulen und ETH) etwas weniger Fördermittel zur Verfügung. ~~Gleichzeitig beteiligen sich aber die Projekt- partner aus der Wirtschaft mit einem höheren Anteil an den Projektkosten.~~

Tabelle 32. Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	327,7	338,4
Entlastungswirkung der Massnahme	32,0	33,1
Ausgabe nach Massnahme	295,8	305,4
Entlastung in %	10	10

Voranschlagskredit:

GS-WBF/A231.0380 Finanzierungsbeitrag an Innosuisse

2.7 Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz

Ist-Zustand: Das Bundesgesetz vom 20. Juni 2014¹⁶ über die Weiterbildung (WeBiG) ordnet die Weiterbildung in den Bildungsraum Schweiz ein und legt Grundsätze fest. Zudem richtet der Bund gestützt auf das WeBiG Beiträge an die Kantone zur Förde- rung des Erwerbs und des Erhalts von Grundkompetenzen Erwachsener aus (ca. 14 Mio. Fr. p.a.). Weitere Beiträge werden ausgerichtet an Organisationen der Weiter- bildung (bspw. Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Dachverband Le- sen und Schreiben) für systemische Leistungen in den Bereichen Information, Koordi- nation, Qualitätssicherung sowie Entwicklung im Weiterbildungssystem (4 Mio. Fr. p.a.).

Massnahme: Künftig soll auf Finanzhilfen an Organisationen der Weiterbildung ver- zichtet werden. Zudem soll der Bund keine Finanzhilfen mehr an die Kantone für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener leisten. Die allgemeinen Bestimmun- gen des WeBiG, welche Grundsätze der Weiterbildung umfassen, bleiben erhalten. Der Weiterbildungsmarkt ist weitgehend privatwirtschaftlich organisiert und funktio- niert zu weiten Teilen ohne staatliche Eingriffe. Die Leistungen der Organisationen der Weiterbildung wirken auf systemischer Ebene und tragen deshalb nur indirekt

¹⁶ SR 419.1

zum Weiterbildungsmarkt und der Weiterbildungsbeteiligung bei. Es gibt zudem Anzeichen für namhafte Mitnahmeeffekte. Auch ist gemäss einer Überprüfung der EFK aus dem Jahr 2021¹⁷ unklar, für welche Leistungen die Organisationen der Weiterbildung überhaupt Beiträge erhalten und welche Wirkung diese Beiträge im gesamten Weiterbildungssystem entfalten. Es ist den Kantonen überlassen, ob und in welchem Umfang sie künftig die Grundkompetenzen Erwachsener fördern. Der Bund kann weiterhin über Spezialgesetzgebungen (z.B. Ausländergesetzgebung, Arbeitslosen- und Invalidenversicherung) die Weiterbildung und die Grundkompetenzen einzelner Zielgruppen spezifisch fördern.

Tabelle 33. Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	19,2	19,6
Entlastungswirkung der Massnahme	19,2	19,6
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

SBFI/A231.0268 Finanzhilfen WeBiG

2.8 Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse

Ist-Zustand: Der Bund beteiligt sich mit 25 Prozent (Richtgrösse) an den Kosten der öffentlichen Hand für die Berufsbildung. Der grösste Teil seines Beitrags fliesst als Pauschale an die Kantone. Die Höhe der Pauschale pro Kanton richtet sich nach der Anzahl der Grundbildungsverhältnisse pro Kanton. Die Bundessubventionen sind nicht an bestimmte Angebote oder Investitionen gebunden. Die Kantone bestimmen frei über die Mittelverwendung gemäss Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002¹⁸. Sie können auch Dritte für Leistungen entschädigen (bspw. private Bildungsanbieter), soweit diese Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz erfüllen. Gestützt auf das Berufsbildungsgesetz fördert der Bund zudem Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung und zur Qualitätsentwicklung sowie besondere Leistungen im öffentlichen Interesse. Diese Beiträge werden ebenfalls an den «Bundesviertel» angerechnet. Empfänger der Finanzhilfen sind Organisationen der Arbeitswelt, Kantone und Andere (Private, Vereine, usw.). Nach den Artikeln 63 und 64 der Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003¹⁹ decken die Bundesbeiträge höchstens 60 Prozent, in begründeten Fällen 80 Prozent des Aufwandes.

Massnahme: Seit 2018 liegt der Bundesanteil immer über den 25 Prozent. Auch in der BFI-Periode 2025-2028 überschreiten die geplanten Bundesausgaben die Richtgrösse. Die Pauschalbeiträge und die Innovations- und Projektbeiträge sollen deshalb so angepasst werden, dass die Richtgrösse von 25 Prozent gemäss Prognosen der Kosten der öffentlichen Hand genau eingehalten wird. Insgesamt werden die Ausgaben mit der Massnahme um rund 18 bis 24 Millionen Franken pro Jahr reduziert. Bei den Innovations- und Projektbeiträgen wird die Höhe des Bundesbeitrags auf höchstens 50 Prozent des anrechenbaren Aufwands begrenzt. Auf diese Weise wird eine angemessene Eigenleistung der Finanzhilfeempfänger erreicht. Dieser Höchstsatz soll im Berufsbildungsgesetz verankert werden.

Die Kantone tragen den überwiegenden Teil der Berufsbildungskosten. Eine Reduktion der Pauschalbeiträge des Bundes um 1 bis 2 Prozent könnte dazu führen, dass

¹⁷ www.efk.admin.ch > Publikationen > Berichte > 20167 > Aufsicht über die Organisation der Weiterbildung

¹⁸ SR 412.10

¹⁹ SR 412.101

sie einen höheren Anteil der Kosten tragen. Gleichzeitig tragen die Partner mit einer höheren Eigenbeteiligung aber einen grösseren Teil der Projektkosten.

Tabelle 34. Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	785,8	802,9
Entlastungswirkung der Massnahme	23,8	20,5
Ausgabe nach Massnahme	762,0	782,4
Entlastung in %	3	3

Voranschlagskredite:

SBFI/A231.0259 Pauschalbeiträge

SBFI/A231.0452 höhere Berufsbildung

SBFI/A231.0260 Innovations- und Projektbeiträge

2.9 Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern

Ist-Zustand: Die kantonale französischsprachige Schule in Bern (ECLF) ist eine Ausnahme im schweizerischen Bildungssystem, da der Bund Beiträge für eine kantonale öffentliche Schule leistet. Die ECLF bietet in einer deutschsprachigen Region Unterricht in französischer Sprache an. Der Bund unterstützt diese Schule seit 1960 mit einem jährlichen Beitrag, der maximal 25 Prozent der anrechenbaren Betriebskosten deckt. Damit unterstützt der Bund die Schulbildung für französischsprachige Kinder von Angestellten des Bundes und von Organisationen im Interesse des Bundes und Diplomaten in Französisch nach dem Schweizer Schulsystem. Subventionsempfänger ist der Kanton Bern.

Massnahme: Der ursprüngliche personalpolitische Zweck der Subvention (Anreiz für französischsprachige Bundesangestellte nach Bern zu ziehen, da ihre Kinder in der Muttersprache unterrichtet werden konnten) ist obsolet geworden, da die verbesserte Mobilität und die Verbreitung von Telearbeit die Rekrutierung französischsprachiger Mitarbeitender vereinfacht haben. Ausserhalb Europas trägt der Bund die Kosten für die Privatschulen der Kinder seiner Diplomaten (s. auch Massnahme 2.11 Verzicht auf Beiträge an Schweizer Schulen in Europa). Es darf deshalb davon ausgegangen werden, dass auch die in Bern vertretenen Staaten diese Kosten für die Kinder ihrer Diplomaten übernehmen können. Die Volksschule ist zudem alleinige Aufgabe der Kantone, weshalb der Bundesrat die Subvention und das Bundesgesetz 17. Juni 2022²⁰ über die Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern aufheben will. Die Kosten der Schule werden damit künftig vom Kanton oder von den Nutzniessenden getragen.

Tabelle 35. Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	1,4	1,4
Entlastungswirkung der Massnahme	1,4	1,4
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

SBFI/A231.0267 Kantonale französischsprachige Schule in Bern

2.10 Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent

Ist-Zustand: Die geförderten Modellversuche dienen der Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und Konzepte im Straf- und Massnahmenvollzug. Der Bund kann Beiträge von höchstens 80 Prozent der anerkannten Kosten gewähren. Darunter fallen Personalaufwendungen, Sach- und allenfalls für den Modellversuch zwingend notwendige Investitionskosten. Empfänger dieser Finanzhilfen sind Kantone und private Trägerschaften.

Massnahmen: Der Subventionssatz soll von heute maximal 80 Prozent auf maximal 50 Prozent der anrechenbaren Kosten gesenkt werden. Durch die damit verbundene höhere Eigenleistung der Subventionsempfänger soll die Subventionseffizienz gesteigert werden.

Tabelle 36. Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	2,1	2,1
Entlastungswirkung der Massnahme	0,8	0,8
Ausgabe nach Massnahme	1,3	1,3
Entlastung in %	38	38

Voranschlagskredit:

BJ/A231.0144 Modellversuche

2.11 Verzicht auf Beiträge an Schweizer Schulen in Europa und weitere Massnahmen im Kulturbereich

Ist-Zustand: Die Kulturförderung des Bundes basiert auf fünf Bestimmungen der Bundesverfassung: Artikel 67a BV (musikalische Bildung), Artikel 69 BV (Kultur), Artikel 70 BV (Sprachen), Artikel 71 BV (Film) und Artikel 78 BV (Natur- und Heimatschutz). Gestützt auf das Schweizerschulengesetz vom 21. März 2014²¹ (SSchG) fördert der Bund die Ausbildung junger Auslandschweizer/-innen, indem er Beiträge an 17 Schweizerschulen im Ausland sowie an die Anstellungskosten von Schweizer Lehrkräften an Auslandsschulen ausrichtet, die von zahlreichen Schweizer Kindern besucht werden. Die einzelnen Subventionsbeiträge werden aufgrund gesetzlich definierter Kriterien pauschal festgelegt. Die dafür benötigten Mittel werden dem Parlament alle vier Jahre im Rahmen der Kulturbotschaft zum Beschluss unterbreitet. Ebenso werden mit dieser Botschaft auch die Beiträge zur Förderung der Denkmalpflege und des Ortsbildschutzes, zur Unterstützung des Filmschaffens, der Leseförderung, der Förderung des Kulturgütertransfers sowie für Verständigungsmassnahmen beantragt.

Massnahme: Die Kürzungen werden im Wesentlichen durch einen Aufgabenverzicht (Schweizerschulen im Ausland) sowie durch eine Anpassung von Leistungen an die Kantone respektive mit Bezug zu kantonalen Aufgaben umgesetzt.

- Schweizerschulen im Ausland: Die Finanzierung der sechs Schweizerschulen in Europa wird eingestellt (Catania, Bergamo, Rom, Mailand und Barcelona per Mitte 2027; Madrid bereits früher, gestützt auf ein entsprechendes Gesuch der Schule). Deren Gründung stand damals vor dem Hintergrund qualitativ oft ungenügender Volksschulen. Seither hat sich die Situation in Italien und Spanien

²¹ SR 418.0

deutlich verbessert. Zudem kämpfen viele Schweizerschulen in Europa (im Gegensatz zu Südamerika und Asien) mit rückläufigen Schülerzahlen, nachlassendem Interesse an Deutsch als Unterrichtssprache und zunehmender Konkurrenz anglophoner Privatschulen. Aufgrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen will der Bundesrat den strategischen Akzent bei der Mittelverwendung in Zukunft auf die Schweizerschulen ausserhalb von Europa setzen. Die Einsparungen erfordern eine Anpassung des Schweizerschulgesetzes. Neben den Schweizerschulen in Europa wird auch die Unterstützung an schweizerische Trägerschaften oder Trägerschaften mit schweizerischer Beteiligung gemäss den Artikeln 14–16 SSchG eingestellt. Die Entlastung gegenüber dem Finanzplan beträgt bis zu 6,3 Millionen Franken.

- **Baukultur:** Die im Rahmen von Programmvereinbarungen an die Kantone ausgerichteten Finanzhilfen werden um 1 bis 2 Millionen Franken reduziert.
- **Förderung Filme:** Der Beitrag von 0,4 Millionen Franken an den Kanton Tessin zur Unterstützung von Tessiner Filmschaffenden wird eingestellt. Der Kanton Tessin ist der einzige Kanton, dessen Filmförderung durch den Bund mitfinanziert wird. Filmschaffende aus dem Tessin können sich weiterhin um Förderbeiträge bei den übrigen Förderinstrumenten des Bundes bewerben, die allen offenstehen.
- **Verständigungsmassnahmen:** Der Beitrag an die Austauschagentur Movetia wird ab 2028 um 0,5 Millionen Franken gekürzt.
- **Weitere Massnahmen** betreffen den Kulturgütertransfer (0,3 Mio. Fr.) und die Leseförderung (0,25 Mio. Fr.) ab 2028.

Die Bundesbeiträge an die sechs Schweizerschulen in Europa (Bergamo, Barcelona, Catania, Madrid, Mailand, Rom) machen knapp einen Viertel ihrer Einnahmen aus (Schuljahr 2022/2023). Der Wegfall der Anerkennungsvoraussetzungen²² führt für diese Schulen zu einer gewissen finanziellen Entlastung. Der Wegfall der Bundesbeiträge kann die Existenz namentlich jener Schulen, die bereits um den Weiterbestand kämpfen, in Frage stellen (voraussichtlich Catania, Bergamo, Rom und Barcelona). Die Kantone sind durch die Kürzung direkter Finanzhilfen (Baukultur, Förderung Filme) sowie indirekte Effekte (Förderung Landessprachen via Verständigungsmassnahmen) betroffen.

Tabelle 37. Verzicht auf Beiträge an Schweizer Schulen in Europa und weitere Massnahmen im Kulturbereich

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	248,5	252,2
Entlastungswirkung der Massnahme	6,1	9,8
Ausgabe nach Massnahme	242,4	242,4
Entlastung in %	3	4

Voranschlagskredite:

BAK/A231.0124 Förderung der Ausbildung junger Auslandschweizer

BAK/A231.0126 Förderung Filme

²²Anerkennungsvoraussetzungen (Art. 3 SSchG, SR 418.0) sind z.B. gemeinnütziger Charakter der Schulen; Erlass von Schulgeldern für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die das nachweislich nicht bezahlen können; Schweizer Lehrpersonen für gewisse Fächer; angemessener Teil des Unterrichts in einer Landessprache der Schweiz; Führen von Kindergarten, Primarschule und Sekundarstufe I; Ausgestaltung des Lehrplans, damit Übertritt in weiterführende Ausbildungen in der Schweiz problemlos möglich sind; Schulleiterin bzw. Schulleiter mit Schweizer Lehrberechtigung. Weiterer Kostenfaktor (Art. 8 SSchG): Versicherung der Schweizer Lehrpersonen in der Publica

2.12 Kürzung der indirekten Presseförderung

Ist-Zustand: Der Bund unterstützt die Tageszustellung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften durch die Schweizerische Post mit gesetzlich festgelegten Beiträgen. Begünstigt werden die Herausgeber von abonnierten Tages- und Wochenzeitungen der Regional- und Lokalpresse (30 Mio. Fr. jährlich) sowie von Zeitungen und Zeitschriften nicht gewinnorientierter Organisationen der Mitgliedschafts- und Stiftungspresse (20 Mio. Fr. jährlich). Im Jahr 2024 profitieren 147 Titel der Regional- und Lokalpresse und 913 Titel der Mitgliedschafts- und Stiftungspresse von einer ermässigten Zustellung.

Massnahme: Die Wirksamkeit der indirekten Presseförderung hinsichtlich ihres eigentlichen Ziels, der Förderung der demokratischen Meinungsbildung, ist seit längerem umstritten, namentlich weil nur gedruckte (aber keine digitalen) Erzeugnisse gefördert werden und nur die Tageszustellung (aber nicht die Frühzustellung) unterstützt wird. Der Bundesrat will deshalb die Ausgaben halbieren (auf 25 Mio. jährlich), d.h. Reduktion auf 25 Millionen Franken für die Regional- und Lokalpresse (-5 Mio. Fr.) und Streichung der Subvention für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse (-20 Mio. Fr.). Er anerkennt den Beitrag der Regional- und Lokalpresse an die Förderung des demokratischen Dialogs; die Reduktion signalisiert aber, dass die gedruckte Presse gegenüber anderen Kanälen an Bedeutung verloren hat. Er beurteilt die Bedeutung der Mitgliedschafts- und Stiftungspresse für die Meinungsbildung als geringer; auf diese Subvention soll daher künftig verzichtet werden. Die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse muss damit künftig die Kosten ihrer Verbreitung selbst tragen. Durch die Kürzung reduziert sich die Unterstützung der Regional- und Lokalpresse um 17 Prozent. Die Marktverzerrungen z.G. der Post werden damit teilweise reduziert.

Tabelle 38. Kürzung der indirekten Presseförderung

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	50,0	50,0
Entlastungswirkung der Massnahme	25,0	25,0
Ausgabe nach Massnahme	25,0	25,0
Entlastung in %	50	50

Voranschlagskredit:
BAKOM/A231.0318 Zustellermässigung Zeitungen und Zeitschriften

2.13 Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende

Ist-Zustand: Der Bund fördert die Aus- und Weiterbildung von Programmschaffenden durch Beiträge an entsprechende Institutionen. Die subventionierten Kurse fördern die Aus- und Weiterbildungsbereitschaft der Radio- und Fernsehveranstalter und tragen damit zur Qualität im Journalismus bei. Das BAKOM schliesst dafür in erster Linie mehrjährige Leistungsvereinbarungen mit Institutionen, welche ein bedeutendes Angebot im Bereich des Informationsjournalismus für Radio und Fernsehen führen. Im Jahr 2024 werden 5 Institutionen unterstützt (seit 2018 die gleichen).

Massnahme: Die Subventionierung von Aus- und Weiterbildung von Programmschaffenden soll gestrichen werden. Der Bundesbeitrag ist im Verhältnis zum Aufwand der Subventionsempfänger tief und ist deshalb keine Voraussetzung für das Angebot ei-

ner zielgerichteten Aus- und Weiterbildung. Die mehrjährigen Leistungsvereinbarungen werden gekündigt. Die Programmschaffenden bzw. ihre Arbeitgeber müssen künftig selbst für ihre Aus- und Weiterbildung aufkommen.

Tabelle 39. Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	1,0	1,0
Entlastungswirkung der Massnahme	1,0	1,0
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BAKOM/A231.0312 Beitrag Ausbildung Programmschaffender

2.14 Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen

Ist-Zustand: Der Bund leistet Beiträge an konzessionierte Veranstalter von Radioprogrammen mit einem Abgabenteil, deren jährlicher Betriebsaufwand für die Verbreitung des Programms und die Zuführung des Sendesignals ausserordentlich hoch sind. In den letzten Jahren erhielten neun Lokalradios Beiträge.

Massnahme: Auf die Subvention soll künftig verzichtet werden. Die Subvention deckt einen relativ geringen Anteil der Kosten (max. 25 % des Betriebsaufwands) ab. Zudem werden Radioprogramme spätestens ab 2027 nur noch via DAB+ verbreitet. Mit der Technologieentwicklung ist die Verbreitung kostengünstiger, eine Subventionierung daher ist nicht mehr nötig. Die betroffenen Lokalradios müssen künftig die Kosten der Verbreitung ihres Programms selbst tragen.

Tabelle 40. Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	0,6	0,6
Entlastungswirkung der Massnahme	0,6	0,6
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BAKOM/A231.0313 Beitrag Verbreitung Programme in Bergregionen

2.15 Verzicht auf Entsorgungsbeiträge

Ist-Zustand: Der Bund zahlt Beiträge an die Kosten der Entsorgung von tierischen Nebenprodukten (Tierkörper, Knochen, Innereien, etc.). Die Subvention wurde im Rahmen des Tiermehlfütterungsverbots eingeführt und soll die mit der Entsorgung der Abfälle verbundenen zusätzlichen Aufwände etwa zur Hälfte decken. Empfänger der Beiträge sind Schlachtbetriebe sowie Betriebe mit Geburten von Rindern, Schafen und Ziegen. Weil die Beiträge aufgeteilt wurden, d.h. sowohl an die Schlachtbetriebe als auch an die Geburtsbetriebe ausgerichtet werden, stärken sie auch die Melddisziplin an die Tierverkehrsdatenbank. Die Beiträge werden via die Identitas AG ausbezahlt.

Massnahme: Auf die Ausrichtung von Entsorgungsbeiträgen soll künftig verzichtet werden. Die finanzielle Unterstützung der Entsorgung war als Übergangslösung zur Abfederung der Auswirkungen des Fütterungsverbot von Tiermehl an alle Nutztiere

konzipiert, das im Januar 2001 im Rahmen der Bekämpfung der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie (BSE; «Rinderwahnsinn») in Kraft getreten ist. Gegenwärtig sind jedoch Bestrebungen im Gange, das Tiermehlfütterungsverbot zu lockern. Gestützt auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse hat die EU die Verfütterung bestimmter tierischer Proteine an bestimmte Tierkategorien seit 2021 wieder erlaubt. Die ursprüngliche Begründung für die Subvention wird deshalb in Zukunft etwas geschwächt.

Der Betrieb der Tierverkehrsdatenbank (TVD) wird vollumfänglich über Gebühren der Tierhalter (inkl. Schlachtbetriebe) und weiterer Gebührenpflichtiger finanziert. Der grösste Teil der Gebühren wird erhoben, wenn der Tierhalter / die Tierhalterin Ohrmarken zur Tierkennzeichnung erwirbt und wenn der Meldepflichtige eine Meldung an die TVD übermittelt. Heute werden diese Gebühren mit den Entsorgungsbeiträgen verrechnet. Dank der Verrechnung und weil die Beiträge die Gebühren meistens übertreffen, werden die Meldungen an die TVD mit hoher Zuverlässigkeit gemacht. Fällt die Verrechnung mit den Entsorgungsbeiträgen weg, geht dieser finanzielle Anreiz verloren und es muss mit einer Verschlechterung der Meldedisziplin gerechnet werden. In der Folge besteht zwar das Risiko einer Verschlechterung der Datenqualität und von negativen Auswirkungen auf die Tierseuchenbekämpfung. Gesetzlich sind die Meldungen an die TVD allerdings weiterhin vorgeschrieben. Die Kosten der Entsorgung tierischer Nebenprodukte werden künftig zulasten der Margen der Händlerinnen oder der Konsumentinnen und Konsumenten gehen. Damit wird die Kostenwahrheit gestärkt.

Tabelle 41. Verzicht auf Entsorgungsbeiträge

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	48,1	48,6
Entlastungswirkung der Massnahme	48,1	48,6
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BLW/A231.0227 Entsorgungsbeiträge

2.16 Entflechtung zwischen Bund und AHV

Ist-Zustand: La contribution de la Confédération à l'AVS est actuellement calculée en fonction des dépenses de l'assurance. Elle croît donc avec ces dernières. Gemäss Artikel 103 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946²³ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG), elle s'élève à présent à 20,2 % des dépenses et dès 2026 ce taux s'établira à 19,5 %, selon la proposition du Conseil fédéral présentée dans le message concernant la mise en œuvre et le financement de l'initiative pour une 13e rente AVS. Pour financer sa contribution, la Confédération utilise les ressources générales ainsi que les recettes de l'imposition de l'alcool et du tabac. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden die Ausgaben der AHV in den kommenden Jahren weiterhin stark ansteigen, während die Einnahmen des Bundes mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Dies führt zu einer Verdrängung der übrigen, insbesondere der schwach gebundenen Ausgaben.

Massnahme: Der Bundesbeitrag an die AHV soll – analog zur bereits geltenden Regelung für den Bundesbeitrag an die IV – von den Ausgaben der AHV entkoppelt wer-

²³ SR 831.10

den und neu von den Einnahmen des Bundes abhängen. Konkret soll der Bundesbeitrag an die Entwicklung der Mehrwertsteuererträge gekoppelt werden. Grâce à ce nouveau mécanisme, cette dépense, la plus importante de la Confédération en termes de volume, croîtra parallèlement aux recettes. Ainsi, la contribution de la Confédération à l'AVS ne représentera plus une menace pour l'équilibre des finances fédérales. Gleichzeitig steigt die Transparenz in der AHV, weil sich die finanziellen Auswirkungen von leistungsseitigen Anpassungen künftig zu 100 Prozent im Saldo des AHV-Haushalts niederschlagen.

Es soll zudem eine Untergrenze für den Bundesbeitrag definiert werden. Dieser soll nie unter den an die aufgelaufene Teuerung angepassten Ausgangswert zum Zeitpunkt der Entflechtung fallen. Diese Untergrenze käme zum Greifen, wenn sich das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen infolge einer Wirtschaftskrise in den nächsten Jahren unerwartet stark abschwächen würde. Der Betrag der Entlastung des Bundeshaushalts, der über die Jahre zunimmt, wird bei den AHV-Einnahmen fehlen und dazu führen, dass die Umlagedefizite stärker ansteigen als ohne die Massnahme und dass entsprechend der Stand der AHV-Fonds rascher zurückgeht. Im Jahr 2030 entspricht dieser Ausfall voraussichtlich weniger als 1,5 Mehrwertsteuer-Promille. Im Rahmen der nächsten AHV-Reform muss dafür eine Kompensation vorgesehen werden.

Tabelle 42. Entflechtung zwischen Bund und AHV

In Mio. CHF zu laufenden Preisen	2027	2028
Ausgabe gemäss Botschaft zur 13. Rente (Bundesbeitrag 19,5 %)	11'947	12'187
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024 (Bundesbeitrag 18,7 %)	11'551	11'817
Entlastungswirkung der Massnahme (gegenüber Botschaft zur 13. Rente)	204	192
Ausgabe nach Massnahme	11'743	11'995
Entlastung in %	2	2

Voranschlagskredit:
BSV/A231.0239 Leistungen des Bundes an die AHV

2.17 Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

Ist-Zustand: Gemäss Artikel 66 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994²⁴ über die Krankenversicherung (KVG) gewähren die Kantone den Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen Prämienverbilligungen (PV). Der Bund leistet den Kantonen dazu jährlich einen Beitrag in Höhe von 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Dieser Beitrag wird nach der Wohnbevölkerung sowie nach der Anzahl der versicherten Grenzgängerinnen und -gänger und deren Familienangehörigen auf die Kantone aufgeteilt. In der Vergangenheit sind die Kosten der OKP deutlich stärker gewachsen als das BIP und auch die aktuelle Finanzplanung des Bundes geht von einem Anstieg aus, der einen Prozentpunkt über dem BIP-Wachstum liegt.

Am 29. September 2023 verabschiedete das Parlament eine Änderung des KVG als indirekten Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative. Nach Artikel 54 dieser KVG-

²⁴ SR 832.10

Änderung wird der Bundesrat künftig jeweils für vier Jahre Kostenziele für die OKP-Leistungen festlegen. Zuvor hört er die Versicherer, die Versicherten, die Kantone und die Leistungserbringer an. Jeder Kanton kann unter Berücksichtigung der bundesrätlichen Kostenziele für sein Versorgungsgebiet ebenfalls Kostenziele festlegen. Die KVG-Änderung soll am 1. Januar 2026 in Kraft treten. Ende 2026 soll der Bundesrat erstmalig für die Jahre 2028-2031 Kostenziele festlegen. Vorgesehen ist, dass der Bundesrat ein nationales Gesamtkostenziel und einzelne Kostenziele pro Kostenblock verabschieden wird.

Massnahme: Neu sollen die Beiträge des Bundes an die Prämienverbilligung im Gleichschritt mit dem Gesamtkostenziel des Bundes wachsen. Dazu wird der Bundesbeitrag künftig für eine Vierjahresperiode festgelegt. Ausgehend vom Betrag von 7,5 Prozent der OKP-Bruttokosten im Vorjahr der Vierjahresperiode wird der Beitrag jährlich um die Kostenentwicklung gemäss den Gesamtkostenzielen angepasst. So entsteht für die Kantone ein Anreiz, sich dem bundesrätlichen Ziel anzuschliessen und ihren Beitrag zu dessen Erreichung zu leisten. Die Massnahme wird ab 2028 entlastend auf die Bundesfinanzen wirken. Insgesamt ist nicht nur für den Bund, sondern auch für die Kantone ein entlastender Effekt zu erwarten, da die Massnahme zu einer Dämpfung des tatsächlichen OKP-Kostenwachstums beitragen dürfte. Wenn hingegen die Kostenziele verfehlt werden, erhalten die Kantone einen geringeren Bundesbeitrag als im geltenden Recht (bei einer Zielverfehlung um 0,5 Prozentpunkte liegt die Einbusse der Kantone im mittleren zweistelligen Millionenbereich). Auch in diesem Fall bleibt der Bundesbeitrag aber längerfristig an die Entwicklung der Bruttokosten gekoppelt. Dazu wird der Bundesbeitrag in jeder weiteren Vierjahresperiode erneut ausgehend von den tatsächlichen OKP-Kosten im Vorjahr der jeweiligen Periode berechnet. En plus, une base légale est prévue permettant au Conseil fédéral d'adapter les objectifs fixés, en cas de changement considérable des bases qui ont servi à les fixer. Damit kann der Bundesrat auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren. Die Voraussetzungen für eine Anpassung der Ziele werden auf Verordnungsstufe festgelegt.

Tabelle 43. Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	3'820	3'953
Entlastungswirkung der Massnahme		
Annahme 1: OKP-Kostenziel +3%		18
Annahme 2: OKP-Kostenziel +3.2%		11
Ausgabe nach Massnahme		
Annahme 1: OKP-Kostenziel +3%		3'935
Annahme 2: OKP-Kostenziel +3.2%		3'942
Entlastung in %		
Annahme 1: OKP-Kostenziel +3%		0,5
Annahme 2: OKP-Kostenziel +3.2%		0,3

Voranschlagskredit:

BAG/A231.0214 Individuelle Prämienverbilligung (IPV)

2.18 Verkürzung der Abgeltungspflicht für Integrationspolitik auf 4 Jahre

Ist-Zustand: Der Bund leistet den Kantonen mit Globalpauschalen Beiträge an die Sozialhilfekosten, die mit der Unterstützung und Betreuung von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Personen, anerkannten Flüchtlingen, Staatenlosen sowie von Schutzsuchenden mit Status S in Zusammenhang stehen. Die Abgeltungsdauer

für Flüchtlinge und Staatenlose beträgt fünf Jahre, jene für vorläufig Aufgenommene (inkl. vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene staatenlose Personen) sieben Jahre. Für Schutzsuchende ohne Aufenthaltsbewilligung richtet der Bund den Kantonen während der ersten fünf Jahre eine volle Globalpauschale und für Schutzsuchende mit Aufenthaltsbewilligung während weiterer maximal fünf Jahren eine halbe Globalpauschale aus. Die Globalpauschalen werden den Kantonen unter Berücksichtigung der gesamtschweizerischen Erwerbstätigenquote der jeweiligen Personengruppen entrichtet.

Massnahme: Hintergrund der Massnahme ist die Absicht, die Integration von anerkannten Flüchtlingen, Staatenlosen, vorläufig aufgenommenen Personen sowie Schutzsuchenden in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Die Integrationspolitik soll auf das prioritäre Ziel hin ausgerichtet werden, dass Personen im erwerbsfähigen Alter (25–60 Jahre) drei Jahre nach Einreichung ihres Asyl- bzw. Schutzgesuchs oder ihrer Einreise erwerbstätig sind oder im Falle von Arbeitslosigkeit von den Regelstrukturen betreut werden können. Gleiches gilt für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren, welche sich spätestens nach drei Jahren in einer Berufsbildung oder im Erwerbsleben befinden sollen. Die Massnahme besteht darin, zur Stärkung der Integrationsanreize die Dauer der Abgeltung der Sozialhilfekosten durch den Bund für Flüchtlinge, Staatenlose, vorläufig Aufgenommene und Schutzsuchende auf vier Jahre zu kürzen. Im Gegenzug soll der Bund künftig nicht mehr finanziell am Integrationserfolg partizipieren; er soll den Kantonen zukünftig für alle Personen der genannten Personengruppen eine Globalpauschale entrichten und nicht nur für den Anteil der schweizweit Erwerbslosen. Mit diesem Wechsel zum sogenannten Bestandesmodell soll die Anreizwirkung für die beschleunigte Integration in den Arbeitsmarkt gestärkt werden.

Als flankierende Massnahmen sollen zudem Massnahmen zur Entlastung des Asylbereichs vertieft werden, welche auf eine weitere Beschleunigung des Asylprozesses sowie auf eine Reduktion der Anzahl unbegründeter Gesuche abzielen. Dazu zählen beispielsweise die Einführung eines Zuständigkeitsverfahrens (dem Asylverfahren vorgelagertes Verfahren, welches prüft, ob ein Asylgesuch nach Art. 18 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998²⁵ vorliegt) oder die regelmässige Überprüfung der Voraussetzungen für die vorläufige Aufnahme sowie Ansätze gemäss der Motion 24.4271 FK-S Beschleunigungspaket für Asylwesen. Das EJPD (SEM) prüft solche Massnahmen im Rahmen der Arbeiten zur Gesamtstrategie Asyl sowie den parallel dazu laufenden Arbeiten des EJPD und der SODK zu weiteren Erleichterungen im Asylbereich. Erste Ergebnisse dieser Arbeiten sowie das weitere Vorgehen wird der Bundesrat in der Botschaft zum Entlastungspaket darlegen.

Im Jahr 2027 gilt eine Übergangsregelung: Die Abgeltungsdauer wird in diesem Jahr nur auf fünf Jahre reduziert bzw. für Flüchtlinge bei fünf Jahren belassen. Um trotzdem eine erste Sparwirkung zu erzielen, erfolgen die Auszahlungen 2027 noch wie bisher unter Berücksichtigung der Erwerbstätigenquote, d.h. der Wechsel zum Bestandesmodell erfolgt erst 2028. Für Flüchtlingsgruppen nach Artikel 56 des Asylgesetzes (sog. Resettlement-Flüchtlinge) entrichtet der Bund den Kantonen die Globalpauschalen wie bisher länger. Die Auswirkungen auf die Kantone hängen entscheidend davon ab, ob es diesen gelingt, die Erwerbsintegration zu beschleunigen. Gelingt dies, resultieren durch den Wechsel auf das Bestandesmodell Mehreinnahmen

²⁵ SR 142.31

für die Kantone. Falls sie das anvisierte Ziel nicht erreichen, resultiert eine Kostenverlagerung auf die Kantone im Umfang der Entlastung des Bundes.

Tabelle 44. Verkürzung der Abgeltungspflicht für Integrationspolitik auf 4 Jahre

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	2'389,9	2'430,9
Entlastungswirkung der Massnahme	243,5	697,7
Ausgabe nach Massnahme	2'146,4	1'733,2
Entlastung in %	10	29

Voranschlagskredit:
SEM/A231.0153 Sozialhilfe Asylsuchende, vorl. Aufgenommene, Flüchtlinge

Das mittelfristige Entlastungsvolumen hängt massgeblich von der Entwicklung der Asylgesuchszahlen sowie von den Entwicklungen im Zusammenhang mit den Schutzsuchenden mit Status S ab. Bei einem Verzicht auf die Übergangsfrist sowie einer Einführung des Bestandesmodells ab 2027 ergäbe sich in diesem Jahr eine Entlastungswirkung von gut 700 Millionen Franken.

2.19 Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe

Ist-Zustand: Der Bund fördert mit Ausbildungsbeiträgen die Fachausbildung des Personals von Beratungsstellen sowie von mit Opferhilfe Betrauten. Damit soll ein Beitrag zur Qualitätssicherung und Standardisierung der Ausbildungen geleistet werden. Empfänger der Beiträge sind gesamtschweizerische oder regionale Ausbildungsveranstaltungen für Personen, die in der Opferhilfe tätig sind, wie z.B. Sozialarbeitende oder Psychologinnen und Psychologen. Die Beiträge werden pauschal bemessen und betragen in der Regel 50 Prozent der anrechenbaren Aufwendungen.

Massnahme: Die Subvention soll gestrichen werden. Zum einen erhalten Fachhochschulen und Universitäten, welche die Hauptempfänger der Subvention sind, bereits Grundbeiträge vom Bund, zum andern steht der administrative Aufwand des BJ für die Subvention in einem schlechten Verhältnis zum Subventionsbetrag. Die Kantone sind zuständig für Aufgaben im Zusammenhang mit der Opferhilfe. Sie müssen die Kosten der Ausbildung künftig selbst tragen.

Tabelle 45. Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	0,3	0,3
Entlastungswirkung der Massnahme	0,3	0,3
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:
BJ/A231.0146 Ausbildungsbeiträge Opferhilfe

2.20 BIF: Kürzung der Einlagen

Ist-Zustand: Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Bahninfrastruktur werden aus dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) finanziert: Er wird durch zweckgebundene Einnahmen des Bundes (Anteil SVA, MWST-Promille, Anteil Mineralölsteuer, Anteil direkte Bundessteuer, Kantonsbeiträge) und Einlagen aus dem allgemeinen Bundeshaushalt geöffnet. Betrieb und Substanzerhalt der bestehenden Infrastruktur haben laut Gesetz Priorität vor dem Ausbau.

Massnahme: Die Einlage aus dem Anteil der Schwerverkehrsabgabe (SVA) soll um 200 Millionen Franken pro Jahr reduziert werden. Dies entspricht knapp 15 Prozent der geplanten jährlichen Ausgaben für Ausbauprojekte. Die grosse Zahl an Ausbauprojekten führt längerfristig zu zusätzlichen Betriebs- und Unterhaltsaufwänden. Die Reduktion des Ausbauvolumens bzw. die Drosselung des Ausbautempos setzt eine umfassende Neubeurteilung der noch nicht in Angriff genommenen Vorhaben in Bezug auf Kosten und Nutzen voraus. Für die Priorisierung sollen nicht nur grosse, sondern auch mittlere Ausbauprojekte in Betracht gezogen werden. Kreditreste der Vergangenheit zeigen, dass die Vorhaben weniger rasch voranschreiten als von den Infrastrukturbetreiberinnen gewünscht, und es kommt regelmässig zu Projektverzögerungen. Während der Vernehmlassung werden die Auswirkungen auf die anstehenden Ausbauprojekte vertieft analysiert.

Tabelle 46. BIF: Kürzung der Einlage

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	6'115	6'208
Entlastungswirkung der Massnahme	200	200
Ausgabe nach Massnahme	5'915	6'008
Entlastung in %	3	3

Voranschlagskredit:

BAV/A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds

2.21 Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs

Ist-Zustand: Mit der Revision des CO₂-Gesetzes vom 23. Dezember 2011²⁶ wurde mit Artikel 37a die Möglichkeit geschaffen, dass der Bund für die Jahre 2025-2030 den grenzüberschreitenden Personenschienenverkehr mit höchstens 30 Millionen Franken pro Jahr fördern kann. Die Förderung wird mit Erlösen aus der Versteigerung der Emissionsrechte für Luftfahrzeuge zweckgebunden finanziert. Bis anhin flossen die Versteigerungserlöse in den allgemeinen Bundeshaushalt.

Massnahme: Auf die Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs soll verzichtet werden. Es ist fraglich, ob der grenzüberschreitende Personenschienenverkehr längerfristig eigenwirtschaftlich erbracht werden kann, wenn die Fördermassnahmen Ende 2030 auslaufen. Die Fördermassnahme ist zudem nicht ausschlaggebend für die Erreichung der Klimaziele. Mit dem Verzicht auf die Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs ist auch die Zweckbindung der Erlöse aus der Versteigerung der Emissionsrechte für Luftfahrzeuge anzupassen. Es sollen mindestens 50 Prozent der entsprechenden Erlöse dem Bundeshaushalt zufließen, der Rest (höchstens 50 %) soll weiterhin für Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr eingesetzt werden. Aufgrund der Streichung der Subvention können keine unrentablen Angebote subventioniert werden, so dass diese wahrscheinlich nicht geschaffen werden. Mit der Neuformulierung des gesamten Artikels 37a soll auch der Entscheid des Bundesrates zu einer Anpassung des Subventionsgesetz umgesetzt werden (Fördersätze sollen i.d.R. 50 Prozent der Kosten nicht übersteigen). Entsprechend soll der Höchstsatz für eine Förderung von Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr auf

²⁶ SR 641.71

50 Prozent der anrechenbaren Kosten reduziert werden. Damit können Mitnahmeeffekte vermieden werden. Zudem ermöglicht ein tieferer Subventionssatz, dass eine grössere Zahl von Projekten gefördert werden kann.

Tabelle 47. Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	29,6	29,6
Entlastungswirkung der Massnahme	29,6	29,6
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BAV/A231.0445 Grenzüberschreitender Personenschienenverkehr

2.22 Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe

Ist-Zustand: Auf Basis des revidierten CO₂-Gesetzes kann der Bund gemäss Artikel 41a für die Jahre 2025-2030 im konzessionierten Personenverkehr Beiträge von höchstens 47 Millionen Franken pro Jahr an die Beschaffung von Fahrzeugen mit elektrischem Antrieb und an die Umrüstung von Schiffen auf einen elektrischen Antrieb ausrichten. Im Gegenzug soll die Rückerstattung der Mineralölsteuer an die konzessionierten Verkehrsunternehmen aufgehoben werden, im Ortsverkehr ab 2026, ausserhalb des Ortsverkehrs ab 2030.

Massnahme: Auf die Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe im Ortsverkehr soll verzichtet werden. Der Ortsverkehr garantiert die Feinerschliessung im Nahbereich und wird von Kantonen und Gemeinden bestellt und finanziert. Der Ortsverkehr ist keine Bundesaufgabe. An der Förderung für alternative Antriebssysteme im regionalen Personenverkehr wird festgehalten. Die Aufhebung der Mineralölsteuer-Rückerstattung für die Transportunternehmen ausserhalb des Ortsverkehrs wird jedoch auf 2027 vorgezogen. Damit entstehen dem Bund im Zeitraum 2027-2029 Mehrerträge von rund 40 Millionen Franken pro Jahr, mit denen die Förderbeiträge für alternative Antriebe bis 2030 gegenfinanziert werden. Die im RPV durch die vorgezogene Aufhebung der Mineralölsteuer-Rückerstattung entstehenden Ertragsausfälle sind durch die Unternehmen mit Effizienzsteigerungen und/oder Tarifierhöhungen aufzufangen.

Tabelle 48. Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	46,3	46,3
Entlastungswirkung der Massnahmen	16,3	16,3
Ausgabe nach Massnahmen	30,0	30,0
Gegenfinanzierung durch Aufhebung Rückerstattung Mineralölsteuer	40,0	40,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BAV/A236.0145 Alternative Antriebssysteme für Busse und Schiffe

BAZG/E110.0111 Mineralölsteuer auf Treibstoffen

BAZG/E110.0112 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen

2.23 Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren

Ist-Zustand: Mit Beiträgen des Bundes für Pilotversuche mit automatisierten Fahrzeugen können auf dem Gebiet der digitalisierten Mobilität Erfahrungen sowie Ergebnisse zu Forschungszwecken und für den Wirtschaftsstandort Schweiz gewonnen werden. Gefördert werden sollen Projekte, primär von Mobilitätsunternehmen, die Erkenntnisse zum Stand der Technik oder der Verwendung von automatisierten Fahrzeugen bzw. Systemen liefern. Diese neue Subvention sollte ab 2025 ausgerichtet werden.

Massnahme: Der Bundesrat will sich bei der Innovationsförderung auf die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung fokussieren. Die direkte Unterstützung von Unternehmungen bei der Markteinführung von Innovationen ist aus Effizienzüberlegungen skeptisch zu beurteilen, da sie das Risiko von Mitnahmeeffekten und Marktverzerrungen birgt. Zudem sind Finanzhilfen für Unternehmungen im Vollzug sehr aufwendig (grosser Prüfaufwand der Projekte sowie nachträgliches Monitoring der Zielerreichung und Verhinderung von ungerechtfertigten Gewinnmitnahmen). Auf die Einführung dieser neuen Subvention soll daher verzichtet werden.

Tabelle 49. Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	2,0	2,0
Entlastungswirkung der Massnahme	2,0	2,0
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

ASTRA/A231.0437 Beiträge zur Förderung des automatisierten Fahrens

2.24 Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge

Ist-Zustand: Die Kantone werden mit mindestens 27 Prozent an den zweckgebundenen Einnahmen aus der Mineralölsteuer beteiligt. Damit sollen die allgemeinen Strassenaufgaben finanziert werden. 98 Prozent dieses Anteils werden an alle Kantone verteilt. Die restlichen 2 Prozent gehen an die Kantone ohne Nationalstrassen.

Massnahme: Die Ausgaben werden im Rahmen der allgemeinen Repriorisierung um rund 10 Prozent reduziert. Eine Reduktion des Investitionsvolumens im Strassenverkehr sollte nicht einzig zulasten des Nationalstrassenbaus erfolgen. Damit die Reduktion im Strassenbereich ausgewogen erfolgt, werden die Beiträge an die Kantone für deren Kosten im Zusammenhang mit den allgemeinen Strassenunterhalt reduziert. Die Kantone geben jährlich für den Bau und Unterhalt von Kantonsstrassen insgesamt 3,1 Milliarden Franken aus. Zusammen mit den Kürzungen der Beiträge für Hauptstrassen (s. Ziff. 1.5.12) fallen den Kantonen somit 1,6 Prozent des Budgets für Strassen weg. Das kann die Kantone ebenfalls zu Priorisierungen zwingen.

Tabelle 50. Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	292,0	282,5
Entlastungswirkung der Massnahme	32,4	31,4
Ausgabe nach Massnahme	259,6	251,1
Entlastung in %	11	11

Voranschlagskredit:
ASTRA/A230.0108 Allgemeine Strassenbeiträge
ASTRA/A230.0109 Kantone ohne Nationalstrassen

2.25 Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen

Ist-Zustand: Der Bund unterstützt die An- und Abflugsicherung auf acht Regionalflugplätzen der Kategorie II mit jährlich rund 30 Millionen Franken. Die entsprechenden Mittel stammen aus der Zweckbindung von Verbrauchssteuer und Zuschlag auf Flugtreibstoffen (Mineralölsteuern; Art. 87b BV). Die Nutzerinnen und Nutzer decken durchschnittlich nur 12 Prozent der Kosten der An- und Abflugsicherung auf Regionalflugplätzen.

Massnahme: Der Bundesrat erachtet es als angezeigt, dass die Nutzerinnen und Nutzern die Kosten der An- und Abflugsicherung tragen. Regionalflugplätze dienen zudem in erster Linie regionalen Geschäfts- und Touristikinteressen. Eine Bundesfinanzierung widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip. Daher werden die Beiträge auf das für die Sicherstellung der Bundesinteressen notwendige Niveau reduziert (Reservekapazitäten, Staatsflüge, Ausbildung). Der Mittelbedarf dafür wird auf 5 Millionen Franken pro Jahr für die Mitfinanzierung von Leistungen auf den Regionalflugplätzen Grenchen (Fokus Ausbildung) und Bern (Fokus Staatsflüge) festgelegt. Damit sind auch ausreichende Reservekapazitäten sichergestellt. Um den Haushalt zu entlasten, sollen die freiwerdenden Mittel für Vorhaben verwendet werden, die bisher aus allgemeinen Bundesmitteln finanziert wurden (z.B. Abgeltung an Skyguide für Flugsicherungsleistungen in angrenzenden ausländischen Lufträumen im Interesse der Schweizer Flughäfen). So werden die zweckgebundenen Mittel weiterhin entsprechend der Verfassung zugunsten der Luftfahrt eingesetzt. Mit der Massnahme wird die Kostenwahrheit erhöht: Die Nutzerinnen und Nutzer müssen einen grösseren Teil der verursachten Kosten tragen.

Tabelle 51. Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	30,0	30,0
Entlastungswirkung der Massnahme	25,0	25,0
Ausgabe nach Massnahme	5,0	5,0
Entlastung in %	83	83

Voranschlagskredit:
BAZL/A231.0298 Technische Sicherheitsmassnahmen

2.26 BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen

Ist-Zustand: Der Bund fördert aktuell gestützt auf unterschiedliche Gesetzesbestimmungen im Umweltrecht Pilot- und Demonstrationsprojekte. Dazu gehört insbesondere die Umwelttechnologieförderung, die den Transfer von Innovationen aus der Forschung auf den Markt unterstützt, sowie Teile des Aktionsplans Holz. Mit der parlamentarischen Initiative 20.433 «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» wurden zudem neue Fördertatbestände geschaffen, die Finanzhilfen für Informations- und Beratungsprojekte im Zusammenhang mit dem Umweltschutz sowie Plattformen zur Ressourcenschonung und Stärkung der Kreislaufwirtschaft vorsehen. Aktuell sind dafür jedoch noch keine Mittel in der Finanzplanung eingestellt.

Massnahme: Auf die Förderung von Pilot- und Demonstrationsprojekten soll künftig verzichtet werden. Die entsprechenden Förderbestimmungen im Umweltschutzgesetz und Gewässerschutzgesetz sollen aufgehoben werden. Der Bund soll sich bei der Innovationsförderung auf die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung fokussieren. Die direkte Unterstützung von Unternehmungen bei der Markteinführung von Innovationen bergen das Risiko von Mitnahmeeffekten und Marktverzerrungen. Die Innosuisse unterstützt im Rahmen der angewandten Forschung bereits Projekte von Einzelunternehmen im Umweltbereich, die Finanzierung fliesst aber zu deren Wissenschaftspartner im Projekt. Durch einen vermehrten Einbezug der Fachämter soll Innosuisse künftig die Expertise der Fachämter einbeziehen und so auch Umweltbelangen berücksichtigen. Der Verzicht auf die Unterstützung hat zur Folge, dass die bisher unterstützten Unternehmen und Branchen neue Produkte und Innovationen künftig verstärkt selbst finanzieren müssen.

Tabelle 52. BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	7,0*	7,0*
Entlastungswirkung der Massnahme	6,2	7,0
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	89	100

Voranschlagskredit:
BAFU/A236.0121 Umwelttechnologie
BAFU/A231.0327 Wald

2.27 Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz

Ist-Zustand: Der Fonds Landschaft Schweiz (FLS) wurde 1991 zum 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft gegründet und mit 50 Millionen Franken dotiert. Er ist ein rechtlich unselbständiger Fonds, der von einer Kommission verwaltet wird. Er unterstützt Projekte zur Pflege und Erhaltung naturnaher Kulturlandschaften. Der ursprünglich auf 10 Jahre befristete Fonds wurde bisher drei Mal verlängert, zuletzt 2019. Gemäss Bundesbeschluss vom 11. März 2019²⁷ über die Finanzierung des Fonds zur Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften werden ab dem Jahr 2021 für 10 Jahre jährlich rund 5 Millionen Franken an den Fonds überwiesen.

Massnahme: Auf weitere Fondseinlagen soll verzichtet und das Fondsgesetz aufgehoben werden. Der FLS wurde 1991 als einmalige bzw. zeitlich begrenzte Unterstützung konzipiert und seither vom Parlament dreimal verlängert. Heute fördern Bund und Kantone gemeinsam zusätzlich zum FLS als Verbundaufgabe den Natur- und Landschaftsschutz mit jährlich insgesamt rund 200 Millionen Franken. Mit den Fondsgeldern werden zudem auch Projekte und Vorhaben unterstützt, die in der Zuständigkeit der Kantone und Gemeinden liegen. Mit dem Spezialfonds und der Fondskommission bestehen ein Parallelhaushalt sowie Parallelstrukturen zum ordentlichen Haushalt, was mit Ineffizienzen verbunden ist und die Transparenz reduziert. Die bisher eingegangenen Verpflichtungen und die ordentliche Auflösung der Fondsverwaltung können aus dem bestehenden Fondsvermögen finanziert werden.

Tabelle 53. Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz

In. Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	4,9	4,9

²⁷ BBl 2019 5353

Entlastungswirkung der Massnahme	4,9	4,9
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BAFU/A231.0324 Fonds Landschaft Schweiz

2.28 Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt

Ist-Zustand: Basierend auf Förderartikeln in verschiedenen Umweltgesetzen unterstützt der Bund Projekte zugunsten der Umweltbildung. Diese Projekte verfolgen das Ziel, Kompetenzen für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen auf allen Bildungsstufen, jedoch insbesondere bei Fach- und Führungskräften, zu fördern.

Massnahme: Auf die finanzielle Förderung wird gänzlich verzichtet. Für die primäre Zielgruppe der Fach- und Führungspersonen besteht keine Notwendigkeit einer branchenspezifischen staatlichen Unterstützung, da diese von den Nutzenden auch selbst bezahlt und dann in Wert gesetzt werden kann. Die Umweltbildung wird ausserdem durch die Finanzierung von Hochschulen bereits indirekt vom Bund unterstützt. Eine zusätzliche Finanzierung der Umweltbildung führt daher zu Ungleichgewichten, Doppelspurigkeiten und einem ineffizienten Mitteleinsatz. Schliesslich liegt auf den unteren Bildungsstufen die Zuständigkeit primär bei den Kantonen. Das BAFU kann im Rahmen seines Globalbudgets weiterhin selbst Informations- und Bildungsveranstaltungen organisieren und durchführen.

Tabelle 54. Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	5,5	5,6
Entlastungswirkung der Massnahme	5,5	5,6
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BAFU/A231.0370 Bildung und Umwelt

2.29 Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft

Ist-Zustand: Basierend auf dem Landwirtschaftsgesetz finanziert der Bund saisonale Marktentlastungsmassnahmen zur Stützung der Fleisch- und Eierpreise, weil insbesondere beim Kalbfleisch und bei den Konsumeiern Angebot und Nachfrage saisonal stark differieren. Daneben unterstützt der Bund die Verwertung der inländischen Schafwolle, damit diese im Inland verwertet und nicht entsorgt wird. Der Bund leistet zudem Infrastrukturbeiträge für die Anschaffung von Geräten und/oder Ausrüstungen von öffentlichen Märkten im Berggebiet. Empfänger der Beiträge sind Fleischverwerter, Eier-Packstellen, Verwerter inländischer Schafwolle sowie Organisatoren von öffentlichen Schlachtviehmärkten im Berggebiet.

- **Massnahme:** Auf die Ausrichtung dieser Beihilfen wird künftig gänzlich verzichtet. Bei diesen Marktunterstützungsmassnahmen für einzelne Produktkategorien handelt es sich um Beiträge zur Abfederung bekannter saisonaler Marktschwankungen und nicht um die Verhinderung eines Marktversagens. Damit stehen diese

produktbezogenen Subventionen im Widerspruch zur verstärkten Marktausrichtung der Land- und Ernährungswirtschaft, die auf unternehmerische Potentiale, Selbstverantwortung und Innovationskraft der Landwirtinnen und Landwirte setzt. Schliesslich kommen die Mittel der Beihilfen Viehwirtschaft zu einem grösseren Teil nicht den Landwirtinnen und Landwirten selbst zugute, sondern den nachgelagerten Verarbeitungsbetrieben. In anderen Bereichen wie beispielsweise im Milchmarkt werden saisonale Schwankungen mit entsprechenden Marktmechanismen (Zuschläge und Abzüge) durch die Akteure selbstverantwortlich adressiert. Das Entlastungsvolumen nimmt über die Zeit leicht ab, da in den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2026-2029 ab 2027 bereits jährlich abnehmende Mittel für Inlandbeihilfen Schlachtvieh und Fleisch vorgesehen sind. Sollte die Branche in Ablösung der staatlichen Stützung eine eigenverantwortliche Lösung finden, gehen die dadurch verursachten Aufwände zu Lasten der Betriebe oder sie werden auf die Konsumentenpreise überwälzt.

Tabelle 55. Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	5,4	4,9
Entlastungswirkung der Massnahme	5,4	4,9
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BLW/A231.0231 Beihilfen Viehwirtschaft

2.30 Erhöhung Versteigerung ~~Import~~Zollkontingente

Kommentiert [REDACTED]: BLW

Ist-Zustand: Gestützt auf Artikel 48 des Landwirtschaftsgesetzes vom 29. April 1998²⁸ (LwG) versteigert der Bund 50 Prozent der Teilzollkontingente für Fleisch von Tieren der Rindvieh- und Schafgattung sowie 60 Prozent der Teilzollkontingente für Fleisch von Tieren der Pferde- und Ziegengattung. Die Teilzollkontingente für Fleisch von Tieren der Schweinegattung, von Geflügel, von Koscher- und Halalfleisch, von Fleischspezialitäten und Wurstwaren werden zu 100 Prozent versteigert. Der Bund erzielt damit Einnahmen von rund 230 Millionen Franken pro Jahr. Die nicht versteigerten Teilzollkontingente werden nach Inlandleistung zugeteilt (Verteilung nach Massgabe von Schlachtungen und von auf öffentlichen Märkten ersteigerten Tieren). Die ~~Zollk~~kontingente für andere Produkte (Kartoffeln, Eier, Butter, usw.) werden nach verschiedenen Verteilmethode(n) (Windhund an der Grenze und Windhund an der Bewilligungsstelle, Inlandleistung, Importe, Marktanteile, Versteigerung) zugeteilt oder es kann frei zum tiefen Kontingentszollansatz importiert werden.

Massnahme: Neu werden die ~~Zollk~~kontingente grundsätzlich versteigert; eine Zuteilung nach anderen Verteilmethode(n) erfolgt nur noch in Ausnahmefällen, und zwar wenn die Marktverhältnisse eine kurzfristige Zuteilung erfordern oder der erwartete Erlös tiefer ist als die für eine Versteigerung anfallenden Kosten. In diesen Fällen können die ~~Zollk~~kontingente nach dem Windhundverfahren, gemäss den bisherigen Einfuhren oder den Marktanteilen der Gesuchsteller oder in Abhängigkeit der beantragten Menge zugeteilt werden. Hohe Zölle (Ausserkontingentszollansätze) sind eine Massnahme, um die Schweizer Produktion vor Importen von wettbewerbsfähigeren Produkten zu schützen. Zollkontingente (ZK) sind internationale Verpflichtungen der

²⁸ SR 910.1

Schweiz, die Einfuhr von Mengen zu einem niedrigen Zollansatz (Kontingenzollansatz) zuzulassen. Mit einem Anteil am ~~ImportZoll~~kontingent erhält ein Importeur ~~die das Recht~~Möglichkeit, eine limitierte Menge zum tieferen günstigeren Kontingenzollansätzen einzuführen. Mit der Versteigerung von ~~Zollk~~Kontingenten schöpft der Bund einen Teil der Importrente ab. Bei nicht versteigerten ~~Zollk~~Kontingenten mit Nachfrageüberhang verbleibt ein grosser Teil der Importrente bei den Importeuren. Die Gratiszuteilung von ~~Zollk~~Kontingenten mit Nachfrageüberhang ist daher eine Subvention der Importeure, die der Landwirtschaft nur in beschränktem Ausmass zugutekommt. Die Land- und Ernährungswirtschaft ist durch den Grenzschutz und andere direkte Subventionen zudem stark gestützt. Daher soll neu mit wenigen Ausnahmen auf die Gratiszuteilung der Zollkontingente im Bereich der tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse verzichtet werden.

Grundsätzlich könnten aufgrund der heutigen Regelungen bei der Einfuhr drei Arten von Zollkontingenten unterschieden werden:

- Zollkontingente, die sich für eine Versteigerung eignen. Diese sind insbesondere: Fleisch, Tiere der Pferdegattung, Zuchtschweine, -ziegen und -schafe, Kartoffeln, Milch, Jogurt, übrige Milchprodukte, Kasein, Eier und Eiprodukte, Tiefkühlgemüse, Kernobst, Obst zu Most- und Brennzwecken, Erzeugnisse aus Kernobst, Wein und Brotgetreide (insgesamt rund 50 Versteigerungen pro Jahr).
- Zollkontingente mit zeitlichen Aufteilungen, kurzen Vorlaufzeiten und Einfuhrperioden, bei denen eine Versteigerung zumindest aktuell aus Kosten-Nutzen-Überlegungen nicht angezeigt ist: Gemüse (ZK15), Steinfrüchte (ZK18) und andere frische Früchte (ZK19). Bei diesen Kategorien erfolgt ein Antrag der Branche mit Mengenberechnung am Dienstag- und Donnerstagmorgen, die Zuteilung am selben Tag, mit einer Einfuhrperiode ab Folgetag für fünf resp. drei Arbeitstage. Für die Versteigerung dieser Zollkontingente wären ca. 1 500 Versteigerungen pro Jahr nötig; gleichzeitig würden mit der Versteigerung nur tiefe Einnahmen generiert, da die Zuteilungen nur teilweise ausgenützt werden.
- Zollkontingente, die aufgrund fehlender Nachfrage nicht bewirtschaftet werden (kommt einem Einzoll-Ansatz gleich): Eine Versteigerung würde hier mangels Nachfrage keinen Sinn machen.

Beim Käse besteht seit langer Zeit Freihandel mit der EU, was im bilateralen Landwirtschaftsabkommen festgehalten ist. Die Einfuhren von Käse aus Drittländern sind sehr gering resp. nicht existent.

Insgesamt können mit der Versteigerung aller geeigneten Zollkontingente Mehreinnahmen von insgesamt rund 127 Millionen Franken pro Jahr generiert werden. Rund 80 Millionen Franken entfallen auf die vollständige Versteigerung der Zollkontingente bei Schlachttieren und Fleisch; rund 47 Millionen Franken auf die Versteigerung von weiteren Kategorien.

Der Verzicht auf fixe Zuteilungen von Teilzollkontingenten nach Inlandleistung bedeutet für die beteiligten Branchen wegen des zusätzlichen Aufwands für die Verteilermethode Versteigerung finanzielle und personell Mehraufwände. Es ist insbesondere in

Kommentiert [REDACTED]: BLW

der Fleischbranche offen, ob diese Mehraufwände auf ihrer Stufe, z.B. über die Senkung von Betriebs- und Investitionskosten kompensiert werden können oder ob sie auf die Konsumentenpreise überwälzt werden.

Die zusätzlichen Versteigerungen bewirken Mehraufwände für die beteiligten Branchen. Diese Mehraufwände könnten die Margen der beteiligten Branche reduzieren oder auf die Konsumentenpreise überwälzt werden.

Tabelle 56. Erhöhung Versteigerung ~~ImportZoll~~kontingente

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Einnahmen gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	230,6	230,6
Entlastungswirkung der Massnahme	127,0	127,0
Einnahmen nach Massnahme	357,6	357,6
Entlastung in %	55	55

Voranschlagskredit:

BLW/E120.0103 Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen

2.31 Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent

Ist-Zustand: Mit den Landschaftsqualitätsbeiträgen fördert der Bund Leistungen zur Erhaltung und Weiterentwicklung vielfältiger und qualitativ wertvoller Kulturlandschaften. Die Massnahmen werden in Projekten auf Basis regionaler Ziele entwickelt. Die Beiträge werden seit der Einführung der Massnahme 2014 zu 90 Prozent vom Bund und zu 10 Prozent von den Kantonen finanziert. Die Beiträge des Bundes belaufen sich aktuell auf rund 147 Millionen Franken und sind Teil der Direktzahlungen für die Landwirtschaft. Die Beiträge der Kantone belaufen sich auf rund 17 Millionen Franken.

Mit der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) werden ab 2028 die bisherigen Vernetzungsbeiträge mit den Landschaftsqualitätsbeiträgen zusammengelegt (Art. 76 neues LwG²⁹; Beiträge für regionale Biodiversität und Landschaftsqualität [BrBL]). Für die Förderung der Vernetzung und der angepassten Bewirtschaftung von Biodiversitätsförderflächen richtet der Bund zurzeit ebenfalls 90 Prozent (115 Mio. Fr.) aus und die Kantone 10 Prozent (12 Mio. Fr.). ~~In Mit der AP22+ war ist vorgesehen,~~ dass diese neuen BrBL ebenfalls zu 90 Prozent vom Bund finanziert werden. Die Bundesausgaben für die neuen BrBL werden auf 280 Millionen Franken geschätzt.

Massnahme: Mit einer 90prozentigen Bundesbeteiligung ist der Subventionssatz überaus hoch. Die Kantone sollen künftig einen grösseren Anteil der Subventionen tragen, um dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz Rechnung zu tragen. Der Bundesanteil an den gesamten neuen BrBL soll deshalb auf höchstens 50 Prozent gesenkt werden. Damit werden ab 2028 weniger Mittel im Umfang von jährlich 124 Millionen Franken benötigt. Diese Einsparung liegt wegen der Zusammenlegung der Beiträge um 59 Millionen Franken über dem Sparziel des Bundesrates von 65 Millionen Franken. Der Direktzahlungskredit soll deshalb nur um 65 Millionen Franken gesenkt werden, die übrigen mindestens 59 Millionen Franken sollen innerhalb des Direktzahlungskredits für die übrigen Programme umgelagert werden. Die Änderung des Subventionssatzes alleine führt nicht zu einer Entlastung des Bundeshaushalts, sondern nur in Verbindung mit einer Senkung des Kredits Direktzahlungen durch das Parlament.

Kommentiert [REDACTED]: BLW

Kommentiert [REDACTED]: BLW: Der BR hat am 6.11.2024 entschieden, die Vergangenheitsform ist nicht mehr korrekt.

Kommentiert [REDACTED]: BLW

²⁹ BBl 2023 1527

Unter der Annahme, dass die Anzahl und der Umfang der Projekte gleich bleiben, müssten die Kantone ihre finanzielle Beteiligung an den Programmen erhöhen (von 31 auf 156 Mio. Fr.). Dies steht den Kantonen allerdings frei. Sie können stattdessen auch Priorisierungen bei den Projekten oder den geförderten Massnahmen vornehmen. Sofern die Kantone ihre finanzielle Beteiligung nicht oder nur teilweise erhöhen, wird die Wirksamkeit der Massnahmen zur Förderung der regionalen Biodiversität und Landschaftsqualität deutlich reduziert. Derzeit werden mit den Landschaftsqualitätsbeiträgen 138 Projekte unterstützt.

Kommentiert [REDACTED]: BLW

Tabelle 57. Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgaben gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	2'751,3	2'742,7
Entlastungswirkung der Massnahme		65,0
Ausgaben nach Massnahme (Bund)		2677,7
Entlastung in %		2

Voranschlagskredit:

BLW/A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

2.32 Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik

Ist-Zustand: Das revidierte CO₂-Gesetz tritt auf den 1. Januar 2025 in Kraft. Darin ist festgehalten, dass der Bund mit maximal einem Drittel des Reinertrags der CO₂-Abgabe (ungefähr 350 – 400 Mio. Fr. pro Jahr) Finanzhilfen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses leistet. Die Mittel sollen hauptsächlich ins Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen fliessen. Zudem sollen aus der Teilzweckbindung maximal 45 Millionen Franken pro Jahr für die Förderung erneuerbarer Energien eingesetzt und maximal 25 Millionen Franken dem Technologiefonds zugeführt werden.

Ebenfalls auf den 1. Januar 2025 soll das neue Bundesgesetz vom 30. September 2022³⁰ über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) in Kraft treten. Darin sind zwei weitere Subventionen vorgesehen. Das Impulsprogramm im Gebäudebereich ist auf den Heizungsersatz von grösseren Heizungssystemen und die Energieeffizienz ausgerichtet. Dafür sollen ab 2025 für zehn Jahre maximal 200 Millionen Franken pro Jahr aus Bundesmitteln zur Verfügung stehen. Ausserdem sollen Unternehmen gefördert werden, die neuartige Technologien und Prozesse zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen einsetzen. Dafür sind ab 2025 für sechs Jahre insgesamt höchstens 1,2 Milliarden Franken aus Bundesmitteln vorgesehen.

Massnahme: Neu sollen die zwei mit dem KIG beschlossenen Finanzhilfen aus dem zweckgebundenen Anteil der CO₂-Abgabe und nicht mehr aus dem allgemeinen Bundeshaushalt finanziert werden (bis zu 400 Mio. Fr. pro Jahr). Dadurch wird eine Priorisierung bei den bisher über die CO₂-Abgabe finanzierten Subventionen gemäss ihrer Wirksamkeit nötig: Neu sollen neben dem Impulsprogramm Heizungsersatz und der Förderung neuartiger Technologien bei Unternehmen noch die Förderung zur Geothermie-Nutzung (max. 30 Mio. Fr. pro Jahr) und die Einlage in den Technologiefonds (max. 25 Mio. Fr. pro Jahr) auf einem etwas reduzierten Niveau weitergeführt werden. Die restlichen Subventionen (indirekt genutzte Geothermie, kommunale und regionale Energieplanung, Produktion erneuerbarer Gase, Nutzung von Solarthermie

³⁰ SR (BB/ 2022 2403)

als Prozesswärme) sollen aufgehoben und das Gebäudeprogramm soll künftig nicht mehr durch den Bund aus Mitteln der CO₂-Abgabe finanziert werden.

Seit 2010 wurde der Ersatz fossiler Heizungen sowie Gebäudesanierungen im Rahmen des Gebäudeprogramms mit jährlich bis zu 600 Millionen Franken (kantonale Mittel sowie Mittel aus der CO₂-Abgabe) gefördert. Seit Beginn des Programms wurden bereits mehr als 3,6 Milliarden Franken an Fördergeldern ausbezahlt. Ein Ausstieg aus dem Programm und eine Neuausrichtung der Subventionen aus der CO₂-Abgabe spezifisch für den Heizungsersatz und die Förderung von neuartigen Technologien bei Unternehmen ist daher vertretbar, dies auch, weil das Gebäudeprogramm in gewissem Umfang Mitnahmeeffekte aufweist.³¹

Die Kürzung der Beiträge des Bundes an das Gebäudeprogramm führt dazu, dass entweder die Kantone zusätzliche Mittel für die Fortführung des Programms aufwenden müssen oder, dass weniger Subventionen an die Gebäudebesitzer für Gebäudesanierungen fließen. Zudem könnte eine Lücke bei der Erreichung der Klimaziele entstehen; der Bundesrat würde den Umgang mit dieser Lücke im Rahmen der Klimapolitik post 2030 klären.

Um die von der Stimmbevölkerung im Juni 2023 mit dem KIG gutgeheissenen neuen Subventionen im anvisierten Umfang finanzieren zu können, ist eine bis Ende 2031 befristete Erhöhung der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für Subventionen von heute einem Drittel auf höchstens 41 Prozent nötig. Entsprechend sinkt der Anteil der CO₂-Abgabe für die Rückverteilung an die Wirtschaft und die Bevölkerung befristet von 67 auf mindestens 59 Prozent.

Tabelle 58. Priorisierung der Subventionen für Klimapolitik

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	733,8	740,8
Entlastungswirkung der Massnahme	372,1	389,1
Zusatzmittel aus befristeter Erhöhung Teilzweckbindung	+83,2	+80,9
Ausgabe nach Massnahme	444,9	432,6
Entlastung in %	39	42

Voranschlagskredite:

BAZG/A230.0111 Rückverteilung CO₂-Abgabe auf Brennstoffen

BFE/A236.0116 Gebäudeprogramm und erneuerbare Energien

BAFU/A236.0127 Technologiefonds

BFE/A236.0149 Impulsprogramm Heizungsersatz und Massnahmen Energieeffizienz

BFE/A236.0147 Förderung neuartiger Dekarbonisierungs-Technologien

2.33 BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen

Ist-Zustand: Der Bund fördert Pilot- und Demonstrationsanlagen im Energiebereich. Die Projekte haben zum Ziel, neue Technologien zu erproben sowie den Energiedialog und die Sensibilisierung zu fördern. Subventionsempfänger sind mehrheitlich Unternehmen und Forschungsinstitutionen.

Massnahme: Auf die Förderung wird verzichtet. Der Bundesrat will sich bei der Innovationsförderung auf die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung fokussieren. Die direkte Unterstützung von Unternehmungen bei der Markteinführung von

³¹ Vgl. u.a. Bericht EFK 2014 zum Gebäudeprogramm oder Jahresberichte zum Gebäudeprogramm.

Innovationen bergen das Risiko von Mitnahmeeffekten und Marktverzerrungen; zudem sind Finanzhilfen für Unternehmungen im Vollzug sehr aufwendig (grosser Prüfaufwand der Projekte sowie nachträgliches Monitoring der Zielerreichung und Verhinderung von ungerechtfertigten Gewinnmitnahmen). Pilot- und Demonstrationsprojekten im Energie- und Klimabereich sollen nur noch im Rahmen der angewandten Forschung der Innosuisse unterstützt werden. Durch einen konsequenten Einbezug ~~und Mitentscheid~~ der Fachämter soll Innosuisse deren Expertise und Bedürfnisse berücksichtigen. Hohe Kreditreste in der Vergangenheit sind ein Indiz dafür, dass sich der Bedarf der Wirtschaft für die Fördermittel in Grenzen hält, wenn eine angemessene Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung vorausgesetzt wird.

Kommentiert [REDACTED]: Innosuisse: Mitentscheid der Ämter ist aus rechtlicher Sicht nicht möglich und inhaltlich nicht wünschenswert

Tabelle 59. BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	23,2	23,5
Entlastungswirkung der Massnahme	23,2	23,5
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0
Entlastung in %	100	100

Voranschlagskredit:

BFE/A236.0117 Technologietransfer

2.34 Verzicht auf weitere Fondseinlagen im Bereich neue Regionalpolitik

Ist-Zustand: Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) unterstützen Bund und Kantone Initiativen, Programme und Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Regionen, Berggebieten und Grenzregionen. Ebenfalls Teil der NRP ist die Schweizer Beteiligung an den grenzübergreifenden Interreg-Programmen. Die entsprechenden Globalbeiträge werden den Kantonen basierend auf Programmvereinbarungen zugesichert, die Abrechnung erfolgt ~~gestützt auf vereinbarte Ziele und~~ nach effektiv realisierten Projekten. Es werden sowohl A-fonds-perdu-Beiträge als auch Darlehen gewährt. Zur Finanzierung dieser Beiträge wurde der Spezialfonds Regionalentwicklung gebildet, welcher aus Darlehensrückflüssen und aus Einlagen des Bundes geäufnet wird. Der Fondsstand lag Ende 2023 bei gut 1,1 Milliarden Franken, die Fondsliquidität bei rund 560 Millionen Franken.

Kommentiert [REDACTED]: SECO

Massnahme: Auf weitere Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung wird verzichtet. Gleichzeitig wird die gesetzlich verankerte Vorgabe einer längerfristigen Werterhaltung der Fondsmittel aufgehoben und durch ein Verschuldungsverbot für den Fonds ersetzt. Aufgrund des gut dotierten Fonds mit seiner hohen Liquidität können somit weiterhin A-Fonds-perdu-Beiträge gewährt und das mit der Standortförderbotschaft 2024–2027 verabschiedete Mehrjahresprogramm 2024–2031 kann wie beschlossen weitergeführt werden. Die mittelfristige Ausgestaltung der NRP wird mit der nächsten Standortförderbotschaft ab 2028 angegangen und mit jener ab 2032 konkret dargelegt. Das schrittweise Vorgehen gibt den Kantonen vorderhand Planungssicherheit.

Tabelle 60. Verzicht auf weitere Fondseinlagen im Bereich neue Regionalpolitik

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	12,9	26,4
Entlastungswirkung der Massnahme	12,9	26,4
Ausgabe nach Massnahme	0,0	0,0

Entlastung in %	100	100
-----------------	-----	-----

Voranschlagskredit:

SECO/A231.0208 Neue Regionalpolitik

2.35 Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs

Ist-Zustand: Mit der Reform des Finanzausgleichs 2020 wurde der soziodemografische Lastenausgleich (SLA) um jährlich 140 Millionen Franken erhöht. Gleichzeitig wurden temporäre Abfederungsmassnahmen (2021-2025) zugunsten der ressourcen-schwachen Kantone beschlossen. Der Grund für diese beiden vom Bund finanzierten Massnahmen bestand darin, dass die Reform 2020 den Bund nach damaliger Einschätzung um rund 280 Millionen Franken pro Jahr hätte entlasten sollen («freiwerdende Mittel des Bundes») und dass diese Mittel im System des Finanzausgleichs verbleiben sollten.

Massnahme: Der Wirksamkeitsbericht 2020-2025 des Finanzausgleichs hat gezeigt, dass die Annahme, der Bund würde mit der Reform 2020 permanent um jährlich ca. 280 Millionen Franken entlastet, nicht zutraf. Nur in den Anfangsjahren der Reform fiel der Bundesbeitrag an den Ressourcenausgleich im Vergleich zum bisherigen System deutlich tiefer aus. Mit der Reform 2020 wurde die garantierte Mindestausstattung von 86,5 Prozent eingeführt. Dies bedeutet, dass die Höhe des Ressourcenausgleichs u.a. durch die Entwicklung der Disparitäten, d.h. Unterschiede bei der Ressourcenstärke der Kantone, bestimmt wird. Da diese Disparitäten in den letzten Jahren merklich zugenommen haben, hat sich das Volumen des Ressourcenausgleichs stark erhöht, so dass heute nicht mehr von «freiwerdenden Mittel des Bundes» gesprochen werden kann, sondern von einer Mehrbelastung des Bundes aufgrund der Reform 2020. Somit entfällt das Argument für die damalige Aufstockung des SLA wie auch für eine Weiterführung der Abfederungsmassnahmen. Eine solche Weiterführung hat der Bundesrat im Wirksamkeitsbericht abgelehnt. Die Kürzung entspricht rund einem Viertel der Zahlungen aus dem soziodemografischen Lastenausgleich, davon sind 10 Kantone betroffen. Es handelt sich dabei um die Kantone Waadt, Genf, Zürich, Basel-Stadt, Neuenburg, Wallis, Solothurn, Zug, Freiburg und Schaffhausen.

Tabelle 61. Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs

In Mio. CHF	FP2027	FP2028
Ausgabe gemäss Budgetbotschaft vom 21. August 2024	533,5	537,5
Entlastungswirkung der Massnahme	140,0	140,0
Ausgabe nach Massnahme	393,5	397,5
Entlastung in %	26	26

Voranschlagskredit:

EFV/A231.0163 Soziodemografischer Lastenausgleich

2.36 Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule

Ist-Zustand:

Dreisäulenkonzept

Einkünfte aus Vorsorgeeinrichtungen sind Leistungen, die auf dem Dreisäulenkonzept gemäss Artikel 111 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV)³² beruhen. Die erste Säule

³² SR 101

umfasst die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV) sowie die Ergänzungsleistungen zur Deckung des Existenzbedarfs. Die berufliche Vorsorge (2. Säule) soll zusammen mit der AHV die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung ermöglichen. Als 3. Säule erscheint schliesslich die Selbstvorsorge in Form der gebundenen Vorsorge (Säule 3a) und der freien Vorsorge (Säule 3b), mit welcher die kollektiven Massnahmen der ersten und zweiten Säule entsprechend den persönlichen Bedürfnissen ergänzt werden

Geltende Besteuerung von Vorsorgeleistungen

Das Einkommen aus den Säulen 1, 2 und 3a wird nachgelagert besteuert. Im Zeitpunkt, in dem die Beiträge erbracht werden, können diese von der Einkommenssteuer abgezogen werden; erst im Zeitpunkt der Auszahlung der Vorsorgeleistung ist diese steuerbar. Demgegenüber wird das Einkommen aus der Säule 3b grundsätzlich vorgelagert besteuert; die entsprechenden Sparbeiträge sind nicht abzugsfähig, und das Vermögenseinkommen ist im Zeitpunkt, in dem es erzielt wird, steuerbar. Die nachgelagerte Besteuerung der obligatorischen und freiwilligen Einzahlungen in die Säule 2 und 3a ist für die steuerpflichtigen Personen vorteilhaft und fördert damit das Alterssparen.

Gestützt auf Artikel 22 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990³³ über die direkte Bundessteuer (DBG) und Artikel 7 Absatz 1 des Steuerharmonisierungsgesetzes vom 14. Dezember 1990³⁴ (StHG) sind alle Einkünfte der 2. Säule und aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a) steuerbar. Die Progressionswirkung, die sich im Unterschied zur wiederkehrenden Rente aus dem einmaligen Charakter der Kapitalleistung ergibt, korrigiert der Gesetzgeber durch eine gesondert vom übrigen Einkommen erfolgende Besteuerung im Rahmen von Artikel 38 Absatz 1 DBG und Artikel 11 Absatz 3 StHG in Verbindung mit einer Tarifmilderung.

Konkret sieht Artikel 38 Absatz 2 DBG vor, dass die Kapitalleistung auf Bundesebene lediglich zu einem Fünftel des Tarifs nach Artikel 36 Absätze 1, 2 und 2^{bis} erster Satz DBG steuerbar ist. Daraus resultiert namentlich für hohe Kapitalleistungen eine vergleichsweise sehr milde Besteuerung, da die Tarifmilderung den Maximalsteuersatz bei der direkten Bundessteuer auf 2,3 Prozent begrenzt. Die tarifäre Sonderbehandlung hat zur Folge, dass der Zufluss in Kapitalform gegenüber periodisch erfolgenden Rentenzahlungen steuerlich stark privilegiert wird.

Die Kantone mildern die Steuerbelastung bei Kapitalauszahlung aus Vorsorge auf unterschiedliche Art und Weise. Ein Teil der Kantone wendet den ordentlichen Tarif an und reduziert das satzbestimmende Einkommen mittels Rentensatz³⁵ (TI, VS) oder einem fixen Multiplikator (ZH, SZ, GR). Andere Kantone folgen dem Bund und reduzieren ausgehend vom ordentlichen Tarif den Steuersatz mittels eines fixen Multiplikators (LU, OW, NW, SO, SH, AI, AG, VD, NE, GE). Die restlichen Kantone wenden einen proportionalen (UR, GL, SG, TG, JU) oder progressiven Spezialtarif an (BE, ZG, FR, BS, BL, AR). Verbreitet ist in den Kantonen die Kombination mit einem Mindeststeuersatz; seltener kommt auch ein Maximalsatz zur Anwendung. Die nachfolgende Tabelle enthält die Details nach Kantonen und liefert einen Überblick über die Steuerbelastung auf einem Kapitalbezug von einer Million Franken.

³³ SR 642.11

³⁴ SR 642.14

³⁵ Rentensatz: Der für das satzbestimmende Einkommen massgebende Teil der Kapitalleistung bestimmt sich durch die Höhe der Jahresrente, die der Empfängerin oder dem Empfänger der Kapitalleistung ausgerichtet würde, wenn die Kapitalleistung fiktiv in eine Leibrente umgewandelt und dementsprechend auf Lebenszeit jährlich wiederkehrend ausgerichtet würde.

Tabelle 62. Milderung der Steuerbelastung bei Kapitalauszahlungen aus Vorsorge

	Milderung der Steuerbelastung bei Kapitalauszahlung aus Vorsorge durch: ¹				Steuerbelastung 2024 auf Kapitalbezug von 1 Mio. CHF ²
	Reduktion des satzbestimmenden Einkommens beim ordentlichen Tarif	Reduktion ausgehend vom ordentlichen Tarif	Proportionaler Spezialtarif	Progressiver Spezialtarif	
ZH	zu 1/20; Mindestsatz				8.86%
BE				X	7.43%
LU		auf 1/3; Mindestsatz			6.06%
UR			X		3.71%
SZ	zu 1/25; Maximalsatz				8.13%
OW		auf 2/5			5.19%
NW		auf 1/4; Mindestsatz			3.44%
GL			X		4.63%
ZG				X; Mindestsatz	3.98%
FR				X	8.10%
SO		auf 1/4			5.54%
BS				X	7.68%
BL				X; Maximalsatz	7.26%
SH		auf 1/5			3.39%
AR				X	8.84%
AI		auf 1/4; Mindestsatz			3.04%
SG			X		5.35%
GR	zu 1/15; Mindest- und Maximalsatz				3.66%
AG		auf 3/10; Mindestsatz			6.51%
TG			X		6.07%
TI	nach Rentensatz; Minimalsatz				5.79%
VD		auf 1/5			6.77%
VS	nach Rentensatz; Minimal- und Maximalsatz				8.00%
NE		auf 1/4; Mindestsatz			6.49%
GE		auf 1/5			6.18%
JU			X		7.81%
Bund		auf 1/5			2.30%

¹ Quelle: ESTV Steuermäppchen 2023² Quelle: Steuerrechner ESTV für 2024, FR 2023; Belastung im Kantonshauptort; alleinstehende weibliche steuerpflichtigen Person im Alter 65

Massnahme: Vorsorgeleistungen sollen weiterhin durch die nachgelagerte Besteuerung privilegiert und das Alterssparen während des Erwerbslebens damit gefördert werden. Die vorliegende Massnahme bezieht sich einzig auf den nachgelagerten Entscheid zwischen Renten- und Kapitalbezug. Im Vergleich zur Besteuerung der Renten erscheint die Reduktion des Steuerbetrags bei Kapitalleistungen aus Vorsorge auf einen Fünftel des ordentlichen Tarifs – insbesondere bei hohen Kapitalleistungen – jedoch als eine zu weitgehende Entlastung; bei sehr hohen Kapitalleistungen müsste sich die Steuerbelastung grundsätzlich an den Maximalsatz der ordentlichen Steuertarife nach Artikel 36 DBG von 11,5 Prozent annähern. Ziel der Reform ist es, die steuerliche Begünstigung von Kapitalbezügen im Vergleich zum Rentenbezug zu reduzieren, womit Mehreinnahmen bei der direkten Bundessteuer erzielt werden können.

Die vorgeschlagene Neuregelung unterscheidet sich in der Ausgestaltung vom Vorschlag der Expertengruppe. So soll an der gesonderten Besteuerung der Kapitalleistungen aus Vorsorge sowie der Zahlungen bei Tod und für bleibende körperliche und gesundheitliche Nachteile festgehalten werden. Die bisherige Methode, wonach ausgehend von den Tarifen nach Artikel 36 DBG die Steuerbelastung auf Kapitalleistungen auf einen Fünftel bzw. auf höchstens 2,3 Prozent reduziert wird, soll von einem progressiven Spezialtarif abgelöst werden, wie ihn auch verschiedene Kantone bereits kennen. Der Spezialtarif umfasst sieben Tarifstufen. Die Grenzsteuersätze im Eingangsbereich des Tarifs bis zu einem Kapitalleistungsbetrag von 100 000 Franken sind mit Sätzen von 0,1 bis 1,0 Prozent milde ausgestaltet. Oberhalb dieser

Schwelle nehmen die Grenzsteuersätze zunächst auf 3 Prozent, oberhalb von 250 000 Franken auf 5 Prozent, oberhalb von 1 Million Franken auf 7,5 Prozent und oberhalb von 10 Millionen Franken auf 11,5 Prozent zu. Diese Tarifgestaltung hat zur Folge, dass die typischerweise tieferen Bezüge aus der Säule 3a weiterhin zu sehr gemässigten Sätzen besteuert werden. Dies gilt selbst für grössere Guthaben, sofern diese gestaffelt auf mehrere Jahre verteilt bezogen werden können. Somit trifft die Reform vor allem grössere Kapitalbezüge aus der 2. Säule und in einem deutlich geringeren Ausmass Kapitalbezüge von Selbstständigerwerbenden ohne Pensionskasse, bei denen die Säule 3a Ersatz für die fehlende 2. Säule ist.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Steuerbelastung von Kapitalleistungen unterschiedlicher Höhe im geltenden Recht für einzeln besteuerte Alleinstehende und gemeinsam besteuerte Verheiratete sowie im Reformszenario. Im Reformszenario gibt es nur noch einen Tarif. Der Grund dafür ist, dass die Kapitalleistungen der Eheleute nicht mehr zusammengerechnet werden, wodurch der durch die Addition der Auszahlungen (Faktorenaddition) verursachte Progressionseffekt entfällt. Entsprechend kann auf einen zweiten, milderer Tarif für Verheiratete verzichtet werden. Die Besteuerung folgt dabei der Systematik der Einzahlung in die Vorsorge, bei der die Einzahlungshöchstbeträge auch auf Stufe der einzelnen Personen und nicht gemeinsam für das Ehepaar festgelegt sind. Beziehen beispielsweise im gleichen Jahr beide Eheleute ein Guthaben aus der Säule 3a von je 50 000 Franken werden sie im geltenden Recht zusammen zu 0,372 Prozent auf 100 000 Franken besteuert, während im Reformszenario eine Steuerbelastung von zweimal je 0,19 Prozent auf je 50 000 Franken resultiert.

Tabelle 63. Steuerbelastung geltendes Recht vs. Reformszenario

Höhe der Kapitalleistung in Franken	Steuerbelastung		
	Geltendes Recht Alleinstehende	Geltendes Recht Verheiratete	Reformszenario
20'000	0.039%	0.000%	0.100%
50'000	0.165%	0.083%	0.190%
100'000	0.547%	0.372%	0.595%
200'000	1.309%	1.207%	1.798%
500'000	2.107%	2.043%	3.519%
1'000'000	2.300%	2.300%	4.260%
1'500'000	2.300%	2.300%	5.340%
2'000'000	2.300%	2.300%	5.880%
5'000'000	2.300%	2.300%	6.852%
10'000'000	2.300%	2.300%	7.176%
20'000'000	2.300%	2.300%	9.338%

Die nachfolgende Tabelle weist für verschiedene Fallbeispiele aus, wie hoch die Steuer in Franken und in Abhängigkeit von der Höhe der Kapitalleistung für verschiedene Haushaltskonstellationen (Alleinstehende, Ehepaare mit Kapitalleistungen an eine Person oder an beide Eheleute) im geltenden Recht und im Reformszenario ausfällt. Am Beispiel der Alleinstehenden zeigt sich, dass bei tiefen Kapitalleistungen die Differenz der Steuer im Reformszenario zur Steuer im geltenden Recht nur geringfügig ansteigt, aber mit zunehmender Höhe der Kapitalleistung sich ausweitete. Bei den Ehepaaren bestätigt sich dieses Grundmuster, wenn im gleichen Jahr beide Eheleute niedrige Kapitalleistungen beziehen, stellt sich gegenüber dem geltenden Recht hingegen eine Steuerersparnis ein, weil die Kapitalleistungen unter Eheleuten nicht mehr zusammengerechnet werden.

Tabelle 64. Fallbeispiele für Höhe der Steuern nach Höhe der Kapitalleistungen und Haushaltskonstellationen

Alleinstehende Person					
Kapitalleistung aus Vorsorge, in Franken	50'000	100'000	200'000	1'000'000	10'000'000
Steuer nach geltendem Recht, in Franken	83	547	2'617	23'000	230'000
Steuer im Reformszenario, in Franken	95	595	3'595	42'595	717'595
Ehepaar, nur eine Person bezieht Kapitalleistung					
Kapitalleistung aus Vorsorge, in Franken	50'000	100'000	200'000	1'000'000	10'000'000
Steuer nach geltendem Recht, in Franken	41	372	2'414	23'000	230'000
Steuer im Reformszenario, in Franken	95	595	3'595	42'595	717'595
Ehepaar, beide Eheleute beziehen Kapitalleistungen					
Kapitalleistung aus Vorsorge, 1. Person, in Franken	50'000	100'000	200'000	1'000'000	10'000'000
Kapitalleistung aus Vorsorge, 2. Person, in Franken	50'000	50'000	100'000	500'000	100'000
Kapitalleistung aus Vorsorge, total, in Franken	100'000	150'000	300'000	1'500'000	10'100'000
Steuer nach geltendem Recht, in Franken	372	1'115	5'014	34'500	232'300
Steuer im Reformszenario, in Franken	190	690	4'190	60'190	718'190
- davon 1. Person, in Franken	95	595	3'595	42'595	717'595
- davon 2. Person, in Franken	95	95	595	17'595	595

Artikel 37b DBG sieht vor, dass der Liquidationsgewinn bei definitiver Aufgabe der selbstständigen Erwerbstätigkeit zu einem Fünftel der Tarife nach Artikel 36 DBG besteuert wird, sofern ein fiktiver Einkauf in die Vorsorge nachgewiesen werden kann. Diese Bestimmung soll nicht geändert werden.

Formatiert: Zentriert

Starke Anreize zum Vorsorgesparsen bleiben erhalten

Der Anreiz, Vorsorgesparsen zu betreiben, soll erhalten bleiben. Dies wird durch die Beibehaltung der nachgelagerten Besteuerung des Vorsorgeeinkommens aus den Säulen 2 und 3a erreicht, welche die folgenden Elemente umfasst:

1. Einzahlungen in die Säule 2 und 3a können von der Einkommenssteuer abgezogen werden.
2. Während der Ansparphase bleiben die in den Säulen 2 und 3a erwirtschafteten Vermögenserträge einkommens- und vermögenssteuerfrei.
3. Erst in der Auszahlungsphase wird die gesamte Auszahlung von der Einkommenssteuer erfasst.

Der Steuervorteil der nachgelagerten gegenüber der vorgelagerten Besteuerung kann am Beispiel eines Betrags von 1 000 Franken aufgezeigt werden, der über zehn Jahre in der vorgelagerten Besteuerung der Säule 3b bzw. in der nachgelagerten Besteuerung nach den Säulen 2 und 3a angelegt wird. Dabei sei ein Einkommenssteuersatz von 30 Prozent, ein Vermögenssteuersatz von 0,4 Prozent, eine Vermögensrendite von 3 Prozent und ein risikofreier Zinssatz von 1,25 Prozent als Diskontsatz für die Barwertberechnung unterstellt:

Tabelle 65. Steuervorteil der nachgelagerte vs. vorgelagerte Besteuerung

		Einkommenssteuersatz		30%		
		Vermögenssteuersatz		0.4%		
		Vermögensrendite		3%		
		Diskontsatz für Barwertberechnung		1.25%		
Jahr	Vorgelagerte Besteuerung (Säule 3b)				Nachgelagerte Besteuerung (Säulen 2, 3a)	
	Kapital vor Steuern	Einkommenssteuer	Vermögenssteuer	Steuer total	Kapital vor Steuern	Steuer

0	1000.00		4.00	4.00	1000.00	-300.00
1	1025.88	8.96	4.10	13.07	1030.00	
2	1043.20	9.12	4.17	13.29	1060.90	
3	1060.81	9.27	4.24	13.51	1092.73	
4	1078.71	9.43	4.31	13.74	1125.51	
5	1096.92	9.58	4.39	13.97	1159.27	
6	1115.44	9.75	4.46	14.21	1194.05	
7	1134.27	9.91	4.54	14.45	1229.87	
8	1153.41	10.08	4.61	14.69	1266.77	
9	1172.88	10.25	4.69	14.94	1304.77	
10	1192.68	10.42		10.42	1343.92	403.17
Summe Steuer		96.76	48.30	140.29		103.17
Barwert Steuer				131.39		56.08

Bei der vorgelagerten Besteuerung resultiert aus der jährlich anfallenden Einkommens- und die Vermögenssteuer eine kumulierte Steuerbelastung von 140,29 Franken und in Barwertbetrachtung bezogen auf das Jahr 0 eine Steuerbelastung von 131,39 Franken. Im Vergleich dazu ergibt sich bei der nachgelagerten Besteuerung zunächst durch die abzugsfähige Einzahlung eine Steuerreduktion von 300 Franken und im Jahr der Auszahlung eine Einkommenssteuerlast von 403,17 Franken. Daraus ergibt sich eine kumulierte Steuerbelastung von 103,17 Franken und in Barwertbetrachtung bezogen auf das Jahr 0 eine Steuerbelastung von 56,08 Franken. Die nachgelagerte Besteuerung ist aus Sicht der steuerpflichtigen Person also deutlich vorteilhafter. Ein zusätzlicher Anreiz – wie z.B. über eine stark ermässigte Besteuerung des Kapitalbezugs – ist für die Anreizwirkung nicht nötig.

Gemessen an den Kapitaleistungen für das Jahr 2021 führt die Tarifänderung bei der direkten Bundessteuer zu geschätzten jährlichen Mehreinnahmen von rund 200 Millionen Franken. Nach Abzug des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer von 21,2 Prozent verbleiben der Bundeskasse Mehreinnahmen von rund 160 Millionen Franken ab 2028. Aufgrund des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer fließen den Kantonen jährlich schätzungsweise rund 40 Millionen Franken Mehreinnahmen zu. Ansonsten hat die Massnahme für die Kantone und Gemeinden wegen der Tarifautonomie keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen.

2.37 Änderung Subventionsgesetz

Ist-Zustand: Das Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990³⁶ gibt als Rahmengesetz in Artikel 7 vor, nach welchen Grundsätzen Bestimmungen über Finanzhilfen auszugestalten sind. In den Buchstaben c und d von Artikel 7 ist geregelt, dass Empfänger von Finanzhilfen die Eigenleistung erbringen, die ihnen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zugemutet werden kann. Auch haben die Empfänger zumutbare Selbsthilfemassnahmen zu ergreifen und die übrigen Finanzierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Diese Grundsätze werden in den verschiedenen Subventionserlassen sehr unterschiedlich umgesetzt. Die EFK kommt in ihrem Synthesebericht zu vergangenen Subventionsprüfungen³⁷ zum Schluss, dass die zumutbaren Eigenleistungen von Subventionsempfängern heute zu wenig berücksichtigt werden und dass hohe Eigenleistungen wichtig sind für eine effiziente Aufgabenerfüllung.

Massnahme: Der Bundesrat will, dass Finanzhilfen in der Regel 50 Prozent der Kosten der unterstützten Aufgabe nicht übersteigen. Das bedeutet, dass in verschiedenen Bereichen künftig eine höhere Eigenleistung der Finanzhilfeempfänger und -empfängerinnen gefordert wird. Damit können Mitnahmeeffekte vermieden werden (Aufgabe würde auch ohne staatliche Hilfe erbracht). Ob und in welchem Ausmass Einsparungen für den Bund resultieren, wird im Rahmen der periodischen Prüfung nach

³⁶ SR 616.1

³⁷ www.efk.admin.ch > Berichte > Öffentliche Finanzen und Steuern > EFK-22537

Artikel 5 SuG erhoben. Eine Reduktion der Subventionssätze würde es in gewissen Bereichen auch ermöglichen, eine grössere Zahl von Projekten zu fördern. In Ausnahmefällen sind höhere Sätze möglich, insbesondere wenn die Finanzhilfen befristet sind und degressiv ausgestaltet werden. Bestehende Subventionssätze über 50 Prozent werden, beispielsweise im Rahmen kommender Subventionsüberprüfungen, korrigiert bzw. Ausnahmen gut begründet werden müssen.

3 Erläuterungen zu einzelnen Artikeln

3.1 Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dezember 2005³⁸ (AIG)

Artikel 87 [Massnahmenbeschrieb 2.18]

Absatz 3: Die Kürzung der Abgeltungsdauer von heute 7 Jahren auf neu maximal 4 Jahre für vorläufig aufgenommene Personen, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene staatenlose Personen erfordert eine entsprechende Anpassung von Artikel 87 Absatz 3.

Absatz 4: Die Kürzung der Abgeltungsdauer von heute 5 Jahren auf neu maximal 4 Jahre für Staatenlose sowie für staatenlose Personen mit einer Landesverweisung oder einer Ausweisung erfordert eine entsprechende Anpassung von Artikel 87 Absatz 4.

Artikel 126e Übergangsbestimmung zur Änderung vom ... [Massnahmenbeschrieb 2.18]

Im Rahmen einer Übergangsbestimmung sollen die finanziellen Folgen für die Kantone etwas abgefedert werden, indem die Abgeltungsdauer nach Artikel 87 Absätze 3 und 4 im Jahr des Inkrafttretens bzw. im Jahr 2027 nicht bereits auf 4 Jahre, sondern zunächst auf 5 Jahre verkürzt wird.

3.2 Asylgesetz vom 26. Juni 1998³⁹ (AsylG)

Artikel 88 [Massnahmenbeschrieb 2.18]

Absatz 2: Die Kürzung der Abgeltungsdauer von heute 5 Jahren auf neu maximal 4 Jahre für schutzbedürftige Personen ohne Aufenthaltsbewilligung erfordert eine entsprechende Anpassung von Artikel 88 Absatz 2.

Absatz 3: Für Asylsuchende wird die Pauschale weiterhin während der gesamten Dauer des Asylverfahrens ausgerichtet. Für schutzbedürftige Personen mit Aufenthaltsbewilligung wird keine Pauschale mehr ausgerichtet, was eine Streichung dieser Personengruppe in Artikel 88 Absatz 3 erfordert.

Absatz 3^{bis}: In diesem Absatz ist eine Anpassung an die geänderte Abgeltungsdauer nach Absatz 2 nötig. Damit kann der Bund für Resettlementflüchtlinge die Pauschalen länger als 4 Jahre (bis anhin 5 Jahre) ausrichten. An der Abgeltungsdauer von gegenwärtig 7 Jahren für Resettlementflüchtlinge soll auf Verordnungsstufe weiterhin festgehalten werden.

Artikel 121a Übergangsbestimmung zur Änderung vom ... [Massnahmenbeschrieb 2.18]

Im Rahmen einer Übergangsbestimmung sollen die finanziellen Folgen für die Kantone etwas abgefedert werden, indem die Abgeltungsdauer nach Artikel 88 Absätze 2

³⁸ SR 142.20

³⁹ SR 142.31

und 3 im Jahr des Inkrafttretens bzw. im Jahr 2027 nicht bereits auf 4 Jahre gekürzt, sondern noch bei fünf Jahren belassen.

3.3 Bundesgesetz vom 17. März 2023⁴⁰ über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG)

Artikel 17 [Massnahmenbeschrieb 2.1]

Der Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte erfordert eine Aufhebung von Artikel 17.

3.4 Opferhilfegesetz vom 23. März 2007⁴¹ (OHG)

Article 31 [Massnahmenbeschrieb 2.19]

La suppression des aides financières que la Confédération accorde aux organisateurs de formations destinées aux personnes chargées de l'aide aux victimes nécessite l'abrogation de l'art. 31.

3.5 Bundesgesetz vom 5. Oktober 1984⁴² über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug

Artikel 10 [Massnahmenbeschrieb 2.10]

Für die Reduktion des Beitragssatzes an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug von 80 Prozent auf 50 Prozent an die anerkannten Projektkosten muss Artikel 10 angepasst werden.

3.6 Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002⁴³ (BBG)

Artikel 57 [Massnahmenbeschrieb 2.8]

Absatz 1^{bis}: Zur Stärkung des Verursacherprinzips wird der Höchstsatz der Bundesbeteiligung für die Projektförderung nach den Artikeln 54 und 55 auf 50 Prozent festgelegt und im Gesetz festgehalten. Die heutigen Höchstsätze sind auf Verordnungsebene geregelt und betragen 60 Prozent - in Ausnahmefällen 80 Prozent.

3.7 Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30. September 2011⁴⁴ (HFKG)

Artikel 2 [Massnahmenbeschrieb 2.5]

Absatz 3: Es wird festgehalten, dass das HFKG für die pädagogischen Hochschulen mit Ausnahme der Förderbestimmungen (Grundbeiträge sowie Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge) gilt, auch wenn sie aufgrund des Verzichtes auf projektgebundene Bundesbeiträge keine Beiträge mehr nach HFKG beantragen können.

Artikel 12 [Massnahmenbeschrieb 2.5]

⁴⁰ SR 172.019

⁴¹ SR 312.5

⁴² SR 341

⁴³ SR 412.10

⁴⁴ SR 414.20

Absatz 3: Der Verzicht auf die Ausrichtung von projektgebundenen Bundesbeiträgen macht eine Aufhebung von Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe f nötig, da der Hochschulrat nicht mehr über die Gewährung von projektgebundenen Bundesbeiträgen entscheidet.

Artikel 47 [Massnahmenbeschrieb 2.5]

Absatz 1: Der Verzicht auf die Ausrichtung von projektgebundenen Bundesbeiträgen macht eine Streichung des Verweises in Buchstabe c nötig.

Absatz 2: Da Pädagogische Hochschulen aufgrund des Verzichtes auf projektgebundene Bundesbeiträge keine Beiträge mehr nach dem HFKG beantragen können, wird Absatz 2 aufgehoben.

Artikel 48 [Massnahmenbeschrieb 2.5]

Absatz 3: Da keine projektgebundenen Bundesbeiträge mehr ausgerichtet werden, muss entsprechend auch kein Zahlungsrahmen beschlossen werden.

Absatz 4: Da die Bundesversammlung mit dem Verzicht auf projektgebundene Bundesbeiträge nur noch einen Verpflichtungskredit für Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge beschliessen wird, wird Artikel 48 Absatz 4 entsprechend angepasst.

Artikel 50 Beitragssätze [Massnahmenbeschrieb 2.4]

Die Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen bedingt eine Anpassung von Artikel 50. Wie bisher wird geregelt, welchen Anteil der Bund am Gesamtbetrag der Referenzkosten übernimmt. Die Referenzkosten sind gemäss Artikel 44 Absatz 1 die notwendigen Aufwendungen für eine Lehre von hoher Qualität pro Studentin oder Student. Die Prozentsätze werden so gesenkt, dass die anteilmässige Entlastungswirkung einer Erhöhung der Gebühren berücksichtigt ist. Um dem Bund auch bei diesen Beiträgen eine gewisse Flexibilität zu geben, werden die Prozentsätze zudem als Höchstwerte ausgestaltet. Der Bund ist selbstverständlich weiterhin bestrebt, möglichst stetige Beiträge auszurichten und damit den Kantonen eine hohe Sicherheit zu geben.

Artikel 59-61 [Massnahmenbeschrieb 2.5]

Der Verzicht auf die Ausrichtung projektgebundener Bundesbeiträge erfordert eine Aufhebung von Abschnitt 5 mit den Artikel 59, 60 und 61. Die darin geregelten Voraussetzungen, die Bemessungsgrundlagen sowie die Prozesse für projektgebundene Beiträge sind nicht mehr nötig.

Artikel 80a [Massnahmenbeschrieb 2.5]

Damit das Programm zur Förderung der Ausbildungsabschlüsse in der Pflege an den kantonalen Fachhochschulen trotz Verzicht auf die projektgebundene Bundesbeiträge wie geplant weitergeführt werden kann, ist in Artikel 80a festgelegt, dass die Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe f, 47 Absatz 1 Buchstabe c, 48 Absatz 4 Buchstabe b und die Artikel 59–61 [Stand 01.03.2023] bis zum geplanten Abschluss des Programms auf dieses anwendbar bleiben.

3.8 Schweizerschulgesetz vom 21. März 2014⁴⁵ (SSchG)

Artikel 3 [Massnahmenbeschrieb 2.11]

Absatz 1: Die Voraussetzungen für die Anerkennung einer Schule im Ausland als beitragsberechtigte Schweizerschule werden mit einem zusätzlichen Buchstaben erweitert. Der neue Buchstabe q legt fest, dass nur Schulen an Standorten ausserhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom Bundesrat anerkannt werden können. Damit entfallen für die bisher in Italien und Spanien anerkannten Schulen die Unterstützungsleistungen nach dem Schuljahr, das im Jahr des Inkrafttretens dieses Gesetzes endet.

Artikel 14–16 [Massnahmenbeschrieb 2.11]

Die Artikel 14–16 werden aufgehoben. Damit können schweizerische Trägerschaften oder Trägerschaften mit schweizerischer Beteiligung ab Inkrafttreten des Gesetzes vom Bund nicht mehr finanziell unterstützt werden.

Artikel 25 [Massnahmenbeschrieb 2.11]

Absatz 5: Die Finanzhilfen an die anerkannten Schweizerschulen in Italien und Spanien enden mit Ablauf des Schuljahres 2026/2027 (Mitte 2027). Die anerkannten Schweizerschulen bieten Bildungsabschlüsse nach Schweizer Recht an (namentlich Maturität). Dieses Angebot ist an die Anerkennung als Schweizerschule gekoppelt. Damit Schülerinnen und Schüler während einer beschränkten Zeit noch einen Schweizer Bildungsabschluss machen können und die Schweizerschulen in Italien und Spanien neue Bildungsabschlüsse evaluieren und einführen können, behalten sie ihre Anerkennung nach Ende der Finanzhilfen während drei Jahren bei. Die Anerkennung endet von Gesetzes wegen (ohne Aberkennung durch Verfügung) am Ende des Schuljahres 2029/2030 (Mitte 2030). Die Anerkennungsvoraussetzungen gemäss Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a–h und j–p müssen bis zum Wegfall der Anerkennung dauernd erfüllt sein.

3.9 Bundesgesetz vom 20. Juni 2014⁴⁶ über die Weiterbildung (WeBiG)

Artikel 11 [technische Anpassung]

Mit der Änderung des FIG vom 17. Dezember 2021 (AS 2022 221) wurde der Regelungsinhalt der Buchstaben a–d in Artikel 16 Absatz 2 FIG neu gegliedert. Daher muss der Verweis auf das FIG angepasst werden.

Artikel 12, 16 und 17 [Massnahmenbeschrieb 2.7]

Der Verzicht auf die Subventionen, die sich auf das Weiterbildungsgesetz stützen, erfordert eine Aufhebung der Artikel.

3.10 Bundesgesetz vom 14. Dezember 2012⁴⁷ über die Förderung der Forschung und Innovation (FIG)

Artikel 18 [Massnahmenbeschrieb 2.6]

⁴⁵ SR 418.0

⁴⁶ SR 419.1

⁴⁷ SR 420.1

Absatz 2: Die Kürzung des Bundesbeitrages für Innosuisse führt dazu, dass die Förderung hochqualifizierter Personen nicht eingeführt wird. Buchstabe b^{bis} in Absatz 2 wird folglich aufgehoben.

Artikel 19 [Massnahmenbeschrieb 2.6]

Die Kürzung des Beitrages an die Innosuisse erfordert eine umfassende Revision von Artikel 19. Für die Beteiligung der Umsetzungspartner und von Jungunternehmen wird eine Untergrenze der finanziellen Selbstbeteiligung von mindestens 50 Prozent festgelegt. Eine geringere Eigenleistung der Umsetzungspartner ist auch in Einzelfällen nicht mehr möglich, weshalb der bisherige Absatz 2^{bis} gestrichen wird. Die Kriterien, um vom Umsetzungspartner eine höhere Beteiligung zu verlangen (Abs. 4 Bst. a und b) werden unverändert vom geltenden Recht übernommen. Die Absätze 1, 2, 3 (Bst. a, b und d), 4 und 6–10 werden unverändert vom geltenden Recht übernommen, da an den Grundsätzen der Projektförderung nichts geändert wird. Einzig die Absatzverweise wurden angepasst. Die Förderung von Innovationsprojekten ohne Umsetzungspartner (Art. 19 Abs. 3 gemäss geltendem Recht, neu Abs. 5) wird eingeschränkt auf gemeinsame Programme der Forschungsförderungsinstitutionen (konkret BRIDGE).

Artikel 20a [Massnahmenbeschrieb 2.6]

Die Kürzung des Bundesbeitrages für Innosuisse führt dazu, dass die Förderung hochqualifizierter Personen nicht eingeführt wird. Artikel 20a wird folglich aufgehoben.

3.11 Innosuisse-Gesetz vom 17. Juni 2016⁴⁸

Artikel 23 [Massnahmenbeschrieb 2.6]

Wegen der Änderung von Artikel 19 FIG müssen die Verweise in Artikel 23 Buchstaben b^{bis} und b^{ter} auf diesen Artikel angepasst werden.

3.12 Bundesgesetz vom 1. Juli 1966⁴⁹ über den Natur- und Heimatschutz (NHG)

Artikel 1 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Buchstabe e: Der Verzicht auf die Förderung in der Umweltbildung führt dazu, dass die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten im Bereich des Naturschutzes, des Heimatschutzes und der Denkmalpflege nicht mehr gefördert wird, entsprechend muss der Zweckartikel angepasst werden.

Artikel 14a [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 1: Mit dem Verzicht auf die Förderung in der Umweltbildung soll die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten nicht mehr gefördert werden. Buchstabe b wird entsprechend aufgehoben.

Absatz 2: Da in Absatz 1 die Förderbeiträge für die Aus- und Weiterbildung gestrichen werden, muss Absatz 2, der auf Absatz 1 Bezug nimmt, entsprechend ergänzt werden, sodass der Bund auch Tätigkeiten für die Aus- und Weiterbildung selber durchführen kann.

⁴⁸ SR 420.2

⁴⁹ SR 451

3.13 Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003⁵⁰ über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG)

Artikel 9 [Massnahmenbeschrieb 2.35]

Absatz 2^{bis}: Die Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs (SLA) bedeutet eine Rückgängigmachung der mit der Reform des Finanzausgleichs erfolgten Aufstockung des SLA. Die diesbezügliche Bestimmung, die 2020 eingeführt wurde, wird daher aufgehoben.

3.14 Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990⁵¹ (SuG)

Artikel 7 [Massnahmenbeschrieb 2.37]

Absatz 2: Die Bestimmung gilt nur für Finanzhilfen, d.h. für Beiträge des Bundes zur Förderung von Aufgaben, *die von der Subventionsempfängerin oder vom Subventionsempfänger selbst gewählt* worden sind. Auf Abgeltungen (übertragene Bundesaufgaben) ist sie nicht anwendbar. Im Grundsatz sollen Finanzhilfen in der Regel 50 Prozent der Kosten der unterstützten Aufgabe nicht übersteigen. Der Kostenbegriff orientiert sich an Artikel 14 SuG (anrechenbare Aufwendungen) und an den spezialgesetzlichen Bestimmungen zu den anrechenbaren Aufwendungen der jeweiligen Finanzhilfe. Bei Subventionen, die in Form von Pauschalen ausgerichtet werden, wird der Höchstsatz bei der Bemessung der Pauschale berücksichtigt: Es werden höchstens 50 Prozent der voraussichtlichen Aufwendungen einer kostengünstigen Lösung mitfinanziert; massgebend sind somit Normkosten. Die Höhe der Pauschalen ist periodisch zu überprüfen. Betriebsbeiträge sind eine Form von Pauschalen. Bei Betriebsbeiträgen ist im Spezialerlass oder in den Umsetzungsdokumenten zu regeln, woran sich der Bundesbeitrag bemisst (subventionierte Tätigkeit und damit verbundene Kosten). Der Bundesbeitrag soll höchstens 50 Prozent der für diese spezifische Auftragsbefüllung notwendigen Betriebskosten betragen. Erbringt die subventionierte Organisation beziehungsweise Einheit nebst der zu fördernden Tätigkeit weitere (gewerbliche) Tätigkeiten, bemisst sich der Bundesbeitrag einzig an den Betriebskosten der subventionierten Leistungen (in der Regel wird diesbezüglich eine Spartenrechnung nötig sein). Kosten für Tätigkeiten, die gemäss den spezialrechtlichen Regelungen nicht förderungswürdig oder nicht förderungsfähig sind, gelten nicht als «Kosten der unterstützten Aufgabe» beziehungsweise nicht als anrechenbare Kosten.

Die Bemessung einer Finanzhilfe ist eng verknüpft mit den Vorgaben zur Eigenleistung der Endempfänger von Finanzhilfen (vgl. Abs. 1 Bst c und d sowie Art. 6 Bst. d). Das Eigeninteresse des Empfängers sowie seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die zumutbaren Selbsthilfemassnahmen müssen sich in der finanziellen Beteiligung des Endempfängers widerspiegeln. Was nicht staatlich subventioniert wird, ist vom Empfänger selbst zu finanzieren bzw. der Empfänger hat die notwendige Finanzierung zu organisieren (u.a. durch Finanzierungen bei Dritten, z.B. bei Banken). Dabei gelten Finanzhilfen der Kantone oder der Gemeinden oder von anderweitigen Förderinstitutionen nicht als Eigenleistung im Sinne des SuG. Zwar erfordert die «Einwerbung» weiteren Subventionen (z.B. von Kantonen, Gemeinden) eine Leistung des Empfängers; eine finanzielle Eigenleistung stellt dies jedoch nicht dar.

⁵⁰ SR 613.2

⁵¹ SR 616.1

Die Finanzhilfen können in begründeten Ausnahmefällen höher sein. ~~Dies beispielsweise, wenn der Endempfänger aufgrund seiner wirtschaftlichen Lage eine Eigenleistung von mindestens 50 Prozent nicht erbringen kann, wie dies bei der direkten Projektfinanzierung in der Entwicklungszusammenarbeit der Fall sein kann.~~ Als begründete Ausnahmen gelten die Finanzierung von Projekten und Programmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der Förderung des Friedens und der Menschenrechte, weil die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Finanzhilfempfänger eingeschränkt ist. Eine angemessene Eigenleistung (geldwertige Sach- und/oder Personalleistung) wird grundsätzlich angestrebt, kann jedoch, je nach Kontext, wie z. B. in Not- und Krisensituationen, bei politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Spannungen sowie bei einem bewaffneten Konflikt oder Krieg, nicht immer vorausgesetzt werden. Demzufolge können auch Finanzhilfen bis zu 100% vorge-nommen werden. Ebenfalls nicht ausgeschlossen sind höhere Sätze in Aufgabenbe-reichen in alleiniger Bundeszuständigkeit, wenn bei zukunftsorientierten Investitionen mit hohem gesamtwirtschaftlichen Interesse Investitionsbedarf und Erträge zeitlich stark auseinanderfallen und die Bundesbeiträge den Charakter einer Anschubfinan-zierung haben. Solche Ausnahmen sind insbesondere möglich, wenn die Finanzhilfen zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet werden. Diese beiden Anforderungen sind in der Regel kumulativ zu erfüllen. Für alle Beteiligten, insbesondere auch für die Fi-nanzhilfempfänger, ist eine Befristung mit einem schrittweisen Auslaufen der Finanz-hilfe in Bezug auf die Planung und Vorbereitung für die Zeit nach der Subventionie-rung vorteilhaft: Ein «abrupter» Wegfall von Finanzhilfen wird vermieden und die Empfänger werden angehalten, sich frühzeitig auf die Situation ohne Finanzhilfe ein-zustellen.

hat formatiert: Schriftart: (Standard) +Textkörper (Arial)

Kommentiert [REDACTED]: SECO: Textvorschlag in Koordi-nation mit EDA erarbeitet

3.15 Mineralölsteuergesetz vom 21. Juni 1996⁵² (MinöStG)

Artikel 18 [Massnahmenbeschrieb 2.22]

Die Rückerstattung der Mineralölsteuer für konzessionierte Transportunternehmen ist in Artikel 18 Mineralölsteuergesetz (MinöStG) geregelt. Mit der Änderung des Mi-nöStG per 1. Januar 2026 wird im Rahmen der Änderung des CO₂-Gesetzes die Rückerstattung der Mineralölsteuer im Ortsverkehr per 1. Januar 2026 (Art. 18 Abs. 1^{bis}), im übrigen konzessionierten Personenverkehr per 1. Januar 2030 (Art. 18 Abs. 1^{ter}) aufgehoben. Durch ein Vorziehen der Aufhebung der Mineralölsteuerrücker-stattung im übrigen konzessionierten Personenverkehr wird die Förderung alternativer Antriebe im regionalen Personenverkehr gegenfinanziert. Entsprechend können Arti-kel 18 Absatz 1^{bis} (Ortsverkehr) und Artikel 18 Absatz 1^{ter} (übriger konzessionierter Personenverkehr) per 1. Januar 2027 aufgehoben werden. Damit werden per 1. Ja-nuar 2027 sämtliche Rückerstattungsansprüche für konzessionierte Transportunter-nehmen – mit Ausnahme der konzessionierten Schifffahrtsunternehmen (vgl. Art. 18 Abs. 2 MinöStG) – aufgehoben. Diese Aufhebung gilt auch für Linien, für welche die Busse aus topografischen Gründen nicht umgerüstet werden können. Die Entwick-lung der E-Bus-Technologie ist rasant, eine Umstellung dürfte künftig somit nur noch in Einzelfällen nicht möglich sein.

3.16 CO₂-Gesetz vom 23. Dezember 2011⁵³

Artikel 33a [Massnahmenbeschrieb 2.32]

⁵² SR 641.61

⁵³ SR 641.71; BBl 2024 698

Absatz 1: Neu sollen die mit dem Bundesgesetz vom 30. September 2022⁵⁴ über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) beschlossenen Subventionen statt aus allgemeinen Bundesmitteln aus Erträgen der CO₂-Abgabe finanziert werden. Damit das mit dem KIG anvisierte Fördervolumen erreicht werden kann, wird künftig auf die Finanzierung des Gebäudeprogramms aus der CO₂-Abgabe, auf die Subventionen an die Erschliessungen indirekt nutzbarer hydrothermaler Ressourcen, an kommunale und überkommunale räumliche Energieplanung zur Nutzung erneuerbarer Energien, neue und erhebliche Erweiterungen bestehender Anlagen zur Produktion erneuerbarer Gase sowie Anlagen zur Nutzung der Solarthermie verzichtet. Neu fliessen die Mittel aus der CO₂-Abgabe somit prioritär in die Förderung von neuartigen Technologien und Prozessen und die Absicherung von Risiken nach dem KIG und in das Impulsprogramm nach dem EnG (Bst. a und b). Im Weiteren werden die Mittel für die Förderung von Geothermieprojekten (Bst. c) und die Äufnung des Technologiefonds (Bst. d) verwendet. Damit bei den Subventionen nach den Buchstaben a und b das mit dem KIG angestrebte Fördervolumen aus der neuen Finanzierungsquelle erreicht werden kann, sollen befristet bis Ende 2031 höchstens 41 Prozent, ab 2032 wieder höchstens ein Drittel des Reinertrags der CO₂-Abgabe zweckgebunden verwendet werden. Bis anhin lag der Anteil in allen Jahren bei einem Drittel (max. 450 Mio. Fr.).

Absatz 2: Die Mittel sollen prioritär für die mit dem KIG beschlossenen neuen Finanzhilfen eingesetzt werden. Die jährlichen Erträge aus der Abgabe werden deshalb bis höchstens 400 Millionen Franken hälftig auf Förderungen nach den Buchstaben a und b von Absatz 1 verteilt.

Absatz 3: Sollten die jährlichen Erträge aus der Abgabe 400 Millionen Franken übersteigen, so wird der Mehrertrag hälftig auf Förderungen nach den Buchstaben c und d verteilt, wobei für die Förderung nach Buchstabe c ein Höchstbetrag von 30 Millionen Franken und für die Förderung nach Buchstabe d ein Höchstbetrag von 25 Millionen Franken festgelegt ist.

Absatz 4: Können die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel nicht vollständig für Förderungen nach Absatz 1 verwendet werden, dürfen wie bis anhin höchstens 150 Millionen Franken für eine entsprechende Verwendung in den folgenden Jahren zweckgebunden bleiben. Dafür wird innerhalb der Bundesrechnung eine Spezialfinanzierung geführt. Der Rest fliesst in die Rückverteilung.

Absatz 5: Die mögliche Reserve von bis zu 150 Millionen Franken (Saldo in der Spezialfinanzierung) darf in den Folgejahren zusätzlich zu den Höchstbeträgen nach den Absätzen 2 und 3 für Förderungen nach Absatz 1 verwendet werden.

Artikel 34 [Massnahmenbeschrieb 2.32]

Das im Artikel 34 verankerte Gebäudeprogramm soll im Rahmen der Priorisierung der Subventionen für Klimapolitik beendet werden. Der Artikel wird folglich aufgehoben.

Artikel 34a [Massnahmenbeschrieb 2.32]

Auf die Förderungen nach Absatz 1 Buchstaben b–e soll künftig verzichtet werden; die Subventionsgrundlage für die Förderung von Projekten zur direkten Nutzung der Geothermie für die Wärmebereitstellung nach Absatz 1 Buchstabe a findet sich neu in Artikel 33a Absatz 1 Buchstabe c. Artikel 34a kann deshalb aufgehoben werden.

Artikel 35 [Massnahmenbeschrieb 2.32]

⁵⁴ SR ...; BBl 2022 2403

Absatz 1: Wie viele Mittel für die Äufnung des Technologiefonds verwendet werden können, wird neu in Artikel 33a Absatz 3 geregelt, weshalb Absatz 1 von Artikel 35 aufgehoben werden kann. Neu wird der bisherige Absatz 2 zu Absatz 1. Ausserdem wird der Absatz mit einem Verweis auf Artikel 33a ergänzt.

Absätze 2 und 3: Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden zu den Absätzen 2 und 3.

Absatz 4: Neu wird in diesem Absatz explizit festgelegt, dass sich der Technologiefonds nicht verschulden darf und dass im Fall eines negativen Fondsstands die Mittel aus der CO₂-Abgabe in Abweichung zur Regelung in Artikel 33a Absätze 2 und 3 zur Äufnung des Fonds verwendet werden.

Artikel 36 [Massnahmenbeschrieb 2.32]

Absatz 1: Aufgrund der Priorisierung der Subventionen in der Klimapolitik wird in Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe b festgelegt, dass die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für die Fördertatbestände nach Art. 33a verwendet wird. Dabei werden nicht alle bisher vorgesehenen Tatbestände übernommen. Ausserdem wird in Buchstabe d der Verweis auf Artikel 33a angepasst.

Artikel 37a [Massnahmenbeschrieb 2.21]

Der Verzicht auf die Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs und die daraus folgende Anpassung der Zweckbindung Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionsrechte für Luftfahrzeuge führt zu einer Neuformulierung des gesamten Artikels 37a. Zudem wird der Höchstsatz für eine Förderung von Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr auf 50 Prozent der anrechenbaren Kosten reduziert.

Artikel 41 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 1: Der Verzicht auf die Förderung im Bereich Bildung und Umwelt hat zur Folge, dass Aus- und Weiterbildungen, die den Klimaschutz in der Berufstätigkeit zum Gegenstand haben, nicht mehr gefördert werden. Der Bereich der Umweltinformation ist von diesem Förderungsverzicht jedoch nicht betroffen. So können Plattformen und weitere Öffentlichkeitsarbeiten im Bereich des Klimaschutzes gefördert werden. Absatz 1 wird entsprechend angepasst.

Absatz 2: Da wegen der Anpassung in Absatz 1 auch die Sachüberschrift angepasst werden muss, wird der ganze Artikel neu aufgeführt. Absatz 2 wird unverändert übernommen.

Artikel 41a [Massnahmenbeschrieb 2.22]

Absatz 1: Der Teilverzicht auf die Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe hat zur Folge, dass die Förderung auf den nach Artikel 28 des Personenbeförderungsgesetzes vom 20. März 2009⁵⁵ gemeinsam von Bund und Kantonen bestellten regionalen Personenverkehr eingeschränkt und auf höchstens 30 Millionen Franken pro Jahr festgesetzt wird. Die Förderbeiträge werden unverändert für sechs Jahre (2025–2030) ausgerichtet.

Absatz 2: Für Strassenfahrzeuge sollen unverändert 75 Prozent der zusätzlichen Investitionskosten, im Schiffsverkehr 30 Prozent der zusätzlichen Investitionskosten

⁵⁵ SR 745.1

oder der Kosten, die für die Umrüstung von Schiffen auf einen elektrischen Antrieb entstehen, ausgeglichen werden. Dies nach Abzug aller Fördermittel, die ergänzend ausgerichtet werden.

3.17 Schwerverkehrsabgabengesetz vom 19. Dezember 1997⁵⁶ (SVAG)

Artikel 19 [Massnahmenbeschrieb 2.20]

Absatz 2: Die Reduktion der BIF-Einlage aus den Einnahmen der Schwerverkehrsabgabe bedingt grundsätzlich keine Anpassung des Schwerverkehrsabgabengesetzes (SVAG). Mit der Revision von Artikel 19 Absatz 2 werden die verschiedenen Verwendungszwecke der Schwerverkehrsabgabe als gleichwertig definiert, was die Transparenz erhöht und die heutige Praxis präzisiert.

Absatz 2^{bis}: Gleichzeitig wird die bestehende Mindestreserve von 300 Millionen Franken gemäss Artikel 19 Absatz 2^{bis} bestätigt, wobei neu die effektiven Reserven die Beurteilungsgrundlage bilden anstatt die mit Unsicherheiten behafteten Prognosen. Damit die Mindestreserve zur Sicherung der Liquidität trotz reduzierter Einlage gehalten werden kann, wird das zuständige Bundesamt für Verkehr die Ausgaben aktiv steuern müssen, was zu zeitlichen Verzögerungen in der Realisierung von Bauprojekten führen kann. Betrieb und Substanzerhalt der Bahninfrastruktur sind vorgängig zu gewährleisten (Art. 4 Abs. 2 Bahninfrastrukturfondsgesetz vom 21. Juni 2013⁵⁷).

3.18 Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990⁵⁸ über die direkte Bundessteuer (DBG)

Artikel 38 [Massnahmenbeschrieb 2.36]

Absatz 1^{ter}: Es wird ausdrücklich festgehalten, dass mehrere im gleichen Jahr bezogene Kapitalleistungen zusammengerechnet werden. Diese die herrschende Lehre widerspiegelnde Regelung geht aus dem bisherigen Gesetzestext nicht explizit hervor und soll daher verdeutlicht werden.

Die Regelung zur Zusammenrechnung soll jedoch durch die Bestimmung eingeschränkt werden, dass keine Zusammenrechnung unter Eheleuten erfolgt. Damit soll in diesem Bereich der Ausgestaltung der gesonderten Besteuerung das von Kanton Basel-Stadt verwendete Modell zur Anwendung kommen. Der Progressionseffekt, der sich im Vergleich zu Alleinstehenden durch die Faktoraddition unter Eheleuten ergeben würde, kann dadurch vermieden werden. Entsprechend kann auf einen zweiten, mildernden Tarif für Verheiratete verzichtet werden.

Absatz 2: Die bisherige Regelung in Artikel 38 Absatz 2 DBG reduziert die Steuerbelastung auf Kapitalleistungen, ausgehend von den ordentlichen Tarife nach Artikel 36 DBG auf einen Fünftel. Dadurch beträgt die maximale Steuerbelastung für Kapitalleistungen 2,3 Prozent. Werden sehr hohe Guthaben aus der Pensionskasse statt als Kapital als Rente bezogen, werden diese Jahresrenten selbst dann zum ordentlichen Maximalsatz von 11,5 Prozent besteuert, wenn das übrige Einkommen null beträgt. Daher ist die heutige Lösung mit der Begrenzung der Steuerbelastung von Kapitalleistungen auf maximal 2,3 Prozent nicht sachgerecht. Die heutige Regelung soll daher mit einer Tarifstruktur abgelöst werden, die insbesondere im Bereich hoher Kapi-

⁵⁶ SR 641.81

⁵⁸ SR 642.11

talleistungen schärfer ausfällt. Konkret umgesetzt werden soll dies mittels eines progressiven Spezialtarifs, der sieben Tarifestufen kennt. Die Regelung reduziert bei höheren Kapitalleistungen die heutige steuerliche Privilegierung stärker. Bei tieferen Kapitalleistungen ergeben sich eher geringfügige absolute Mehrbelastungen und im Falle des tieferen Kapitalbezugs beider Eheleute im gleichen Jahr sogar Entlastungen.

Wie bisher unterscheidet die Regelung nicht nach der Säule 2 oder 3a. Die Voraussetzungen für einen Vorbezug sind in Bezug auf die Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit, bezüglich Wohneigentum (Erwerb und Erstellung von Wohneigentum, Beteiligungen am Wohneigentum zum Eigenbedarf sowie Rückzahlung von Hypothekendarlehen) und Wegzug ins Ausland in beiden Säulen gleich. Einzahlungen können in beiden Fällen in Abzug gebracht werden.

Eine Differenz besteht bei der Wahlmöglichkeit zwischen Renten- und Kapitalbezug. Bei Auszahlungen des Guthabens aus der Säule 3a kommt zumindest bei den Bankprodukten nur die Kapitalform in Frage. Bei der 2. Säule hingegen kann das Altersguthaben entweder in Rentenform oder in Kapitalform oder einer Mischung von Beidem ausbezahlt werden.

- Es ist aber fraglich, ob die fehlende Wahlfreiheit bei Produkten der Säule 3a ein Argument darstellt, die Säule 2 und 3a steuerlich ungleich zu behandeln. Aufgabe des Steuerrechts ist es, den Kapital- und den Rentenbezug – so weit möglich – gleich zu behandeln, nicht aber Produktnachteile nicht-steuerlicher Natur durch eine steuerliche Vorzugsbehandlung zu kompensieren.
- Es trifft zwar zu, dass Vorsorgesparer der Säule 2 auf die verschärfte Besteuerung des Kapitalbezugs reagieren können, indem sie stattdessen den Rentenbezug wählen. Allerdings erzielen sie dadurch keinen Vorteil, da der Kapitalbezug auch mit der vorliegenden Reform steuerlich weiterhin günstiger bleibt als der Rentenbezug. Es ist deshalb fraglich, ob der Gesichtspunkt der Ausweichmöglichkeiten eine Ungleichbehandlung zugunsten der Säule 3a zu begründen vermag.

Der Tarif nach Absatz 2 unterliegt dem Ausgleich der Folgen der kalten Progression nach Artikel 39.

Absatz 3: Im geltenden Recht wird explizit festgehalten, dass die Sozialabzüge (z.B. Kinderabzüge) bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die gesonderte Besteuerung nicht in Abzug gebracht werden können. Damit wollte der Gesetzgeber verhindern, dass diese Abzüge, die bereits bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage der ordentlich besteuerten Einkommensteile berücksichtigt werden, ein zweites Mal in Anspruch genommen werden können. Auch wenn dies im geltenden Absatz 3 nicht explizit erwähnt ist, dürfen auch keine anderen Abzüge vorgenommen werden. So können die im Rahmen einer selbstständigen Erwerbstätigkeit eingetretenen Verluste nicht mit der separat besteuerten Kapitalleistung verrechnet werden. Ebenso wenig ist ein Schuldzinsenanteil auf die Kapitalleistung zu verlegen. Zur Verdeutlichung wird nun explizit festgehalten, dass die Besteuerung von Kapitalleistungen nach Artikel 38 generell mit keinen abzugsfähigen Tatbeständen verknüpft werden sollen. Dies wird mit der vorliegenden Bestimmung verdeutlicht.

3.19 Wasserbaugesetz vom 21. Juni 1991⁵⁹ (WBG)

Artikel 7 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 1: Aufgrund des Verzichtes auf die Förderung im Bereich Bildung und Umwelt wird die Ausrichtung von Finanzhilfen für die Weiterbildung von Fachleuten zur Vereinheitlichung der Vollzugspraxis und der wirkungsvollen Umsetzung des integralen Risikomanagements in Buchstabe a aufgehoben.

Absatz 2: Entsprechend können keine Finanzhilfen mehr nach Buchstabe a an Weiterbildungsinstitute und insbesondere die Vereinigungen für die Weiterbildung von Fachleuten ausgerichtet werden.

3.20 Bundesgesetz vom 22. März 1985⁶⁰ über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für die Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG)

Artikel 4 [Massnahmenbeschrieb 2.24]

Absatz 2: Damit das angestrebte Ziel einer Kürzung der Strassenbeiträge erreicht werden kann, ist der Mindestanteil der Hälfte des Reinertrages der Verbrauchssteuer auf allen Treibstoffen - ausser den Flugtreibstoffen - von aktuell 27 Prozent auf 24 Prozent zu reduzieren.

Artikel 37 [Massnahmenbeschrieb 2.25]

Absatz 1: Aufgrund der Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen soll die Bundesfinanzierung der An- und Abflugsicherung auf den Flugplätzen der Kategorie II gemäss Anhang der Verordnung vom 18. Dezember 1995⁶¹ über den Flugsicherungsdienst (VFSD; hiernach Regionalflugplätze) auf das für die Sicherstellung der Bundesinteressen notwendige Niveau reduziert werden. Zu diesem Zweck wird Artikel 37f Absatz 1 Buchstabe a ergänzt. Bundesinteressen bestehen in Bezug auf die Sicherstellung der aviatischen Ausbildung im Instrumentenflugverfahren und der Abwicklung von Staatsflügen. Diesen Bundesinteressen kann durch die Unterstützung der An- und Abflugsicherung auf den Regionalflugplätzen Grenchen (Ausbildung) und Bern (Staatsflüge) Rechnung getragen werden. Auf Verordnungsstufe soll dementsprechend festgelegt werden, dass nur noch diese zwei Regionalflugplätze Anträge auf eine Mitfinanzierung des Bundes stellen können. Auf eine finanzielle Unterstützung der übrigen Regionalflugplätze der heutigen Kategorie II der VFSD durch den Bund (Buochs, La Chaux-de-Fonds, Lugano, Samedan, Sion, St. Gallen-Altenrhein) wird hingegen verzichtet.

Die durch die Reduktion der Bundesfinanzierung für die An- und Abflugsicherung auf den Regionalflugplätzen freiwerdenden Mittel sollen in Zukunft für Beiträge an Erbringer von Flugsicherungsleistungen verwendet werden. Dies wird im neuen Artikel 37f Absatz 1 Buchstabe f festgehalten. In Übereinstimmung mit Artikel 87b Buchstabe c der Bundesverfassung wird auch mit diesen Beiträgen die Förderung eines hohen technischen Sicherheitsniveaus bezweckt. Die geförderten Projekte oder Massnahmen müssen somit einen unmittelbaren Bezug zu diesem Thema haben. Denkbar wäre beispielsweise eine Verwendung für die jährliche Abgeltung von Skyguide für Flugsicherungsleistungen in angrenzenden ausländischen Lufträumen im Interesse der

⁵⁹ SR 721.100; BBl 2024 687

⁶⁰ SR 725.116.2

⁶¹ SR 748.132.1

Schweizer Flughäfen; diese Abgeltung wird heute aus allgemeinen Bundesmitteln geleistet. Es ist vorgesehen Artikel 37f Absatz 1 Buchstabe f auf Stufe Verordnung entsprechend zu konkretisieren.

Absatz 2: Die Definition eines Bundesinteresses obliegt gemäss dem neuen Absatz 2 dem Bundesrat.

3.21 Energiegesetz vom 30. September 2016⁶² (EnG)

Artikel 49 [Massnahmenbeschrieb 2.33]

Absätze 2-4: Pilot- und Demonstrationsanlagen im Energiebereich werden nicht mehr gefördert. Die entsprechenden rechtlichen Grundlagen in Artikel 49 Absätze 2–4 werden aufgehoben. Artikel 49 Absatz 1 bleibt bestehen, da diese Bestimmung die rechtliche Grundlage für Förderung der Forschung und nicht der Pilot- und Demonstrationsanlagen betrifft.

Artikel 50a [Massnahmenbeschrieb 2.32]

Absatz 1: Aufgrund der Priorisierung der Subventionen für Klimapolitik wird mit dem Begriff «höchstens» neu festgehalten, dass, je nachdem, wie viele Mittel aus der CO₂-Abgabe nach Artikel 33a CO₂-Gesetz eingehen, auch weniger als die 200 Millionen Franken für das Impulsprogramm zur Verfügung stehen können.

Absatz 2: Durch die Aufhebung des Gebäudeprogramms kann der Vollzug des Impulsprogramms nicht mehr im Rahmen des Gebäudeprogramm stattfinden, weshalb der Absatz angepasst wird.

Absatz 3: Wegen der Aufhebung des Gebäudeprogramms muss auch das Verfahren für die Beantragung der Mittel nach Absatz 1 durch die Kantone angepasst werden. Die Kantone werden laufend über die noch verfügbaren Mittel informiert.

Artikel 51 [Massnahmenbeschrieb 2.32]

Absatz 2: In diesem Absatz finden sich Regelungen zum Verhältnis zwischen dem Gebäudeprogramm und den Globalbeiträgen gemäss EnG. Mit Aufhebung des Gebäudeprogramms ist diese Bestimmung nicht mehr notwendig und ist aufzuheben.

Artikel 53 [Massnahmenbeschrieb 2.33]

Absatz 2^{bis}: Pilot- und Demonstrationsanlagen im Energiebereich werden nicht mehr gefördert, die Finanzierungsgrundlage wird aufgehoben.

Absatz 3: Pilot- und Demonstrationsanlagen im Energiebereich werden nicht mehr gefördert, die Definition der anrechenbaren Kosten in Absatz 3 Buchstabe a ist nicht mehr erforderlich und wird aufgehoben (bzw. nicht in Kraft gesetzt).

3.22 Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958⁶³ (SVG)

Artikel 105a [Massnahmenbeschrieb 2.23]

Der Bundesrat hat Artikel 105a (Finanzhilfen für neue Technologien) des Strassenverkehrsgesetzes sowie die dazugehörige Verordnung über Finanzhilfen zur Förderung neuartiger Lösungen für den Verkehr auf öffentlichen Strassen bisher nicht in

⁶² SR 730.0

⁶³ SR 741.01

Kraft gesetzt. Da er auf die Förderung für das automatisierte Fahren verzichten will, wird der entsprechende Artikel aufgehoben (bzw. nicht in Kraft gesetzt).

3.23 Postgesetz vom 17. Dezember 2010⁶⁴ (PG)

Artikel 16 [Massnahmenbeschrieb 2.12]

Absatz 4: Für die Halbierung der indirekten Presseförderung muss das Postgesetz angepasst werden. Der Verzicht auf den Subventionsbeitrag für die Mitgliedschafts- und Stiftungspressen wird durch die Aufhebung von Artikel 16 Absatz 4 Buchstabe b umgesetzt.

Absatz 6: Der erste Satz hält fest, dass nicht der ermässigte Preis, sondern die Ermässigung vom Bundesrat zu genehmigen ist.

Absatz 7: Der Verzicht wird betragsmässig auch unter Absatz 7 nachvollzogen. Zudem wird der Betrag auch um die Kürzung des jährlichen Beitrags an die Regional- und Lokalpresse angepasst. Der Subventionsbeitrag wird von 30 Millionen auf 25 Millionen Franken reduziert.

3.24 Bundesgesetz vom 24. März 2006⁶⁵ über Radio und Fernsehen (RTVG)

Artikel 28 [Massnahmenbeschrieb 2.2]

Die Finanzierung des Auslandangebots durch allgemeine Bundesmittel wird gestrichen. Dazu wird Absatz 1 von Artikel 28 aufgehoben. Der bestehende Absatz 2 wird zu Absatz 1 und Absatz 3 zu Absatz 2. Dieser Absatz wird angepasst, und damit die Beteiligung des Bundes am publizistischen Angebot für das Ausland gestrichen.

Artikel 57 [Massnahmenbeschrieb 2.14]

Der Verzicht auf die Unterstützung der Verbreitung von Radioprogrammen in Bergregionen erfordert eine Aufhebung von Artikel 57.

Artikel 76 [Massnahmenbeschrieb 2.13]

Der Verzicht auf die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Programmschaffenden durch Beiträge an die Aus- und Weiterbildungsinstitutionen wird durch die Streichung von Artikel 76 erreicht.

3.25 Umweltschutzgesetz vom 7. Oktober 1983⁶⁶ (USG)

Artikel 49 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 1: Aufgrund des Verzichts auf die Förderung im Bereich Bildung und Umwelt wird der Bund die Aus- und Weiterbildung der mit Aufgaben nach dem USG betrauten Personen nicht mehr fördern.

Absatz 1^{bis}: Der Bund wird auch keine Beiträge an private Organisationen gewähren, die Aus- und Weiterbildungskurse zum Umgang mit Pflanzenschutzmitteln anbieten.

Artikel 49 [Massnahmenbeschrieb 2.26]

⁶⁴ SR 783.0

⁶⁵ SR 784.40

⁶⁶ SR 814.01

Absatz 3: Aufgrund des Verzichts auf die Unterstützung von Demonstrations- und Pilotanlagen verzichtet der Bund inskünftig auf die Förderung für die Entwicklung, Zertifizierung, Verifizierung und die Markteinführung von Anlagen und Verfahren, mit denen die Umweltbelastung im öffentlichen Interesse vermindert werden kann. Auch die Beurteilung der Wirkung der Förderung und Berichterstattung an die eidgenössischen Räte entfällt.

3.26 Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991⁶⁷ (GSchG)

Artikel 57 [Massnahmenbeschrieb 2.26]

Absatz 2: Aufgrund des Verzichts auf die Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen verzichtet der Bund inskünftig auf die finanzielle Beteiligung an der Entwicklung von Anlagen und Verfahren, mit denen der Stand der Technik im allgemeinen Interesse des Gewässerschutzes erhöht wird.

Artikel 64 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 2: Aufgrund des Verzichts auf die Förderung im Bereich Bildung und Umwelt wird der Bund keine Finanzhilfen mehr an die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal gewähren. Die übrigen Bestimmungen von Artikel 64 bleiben bestehen, insbesondere Finanzhilfen für die Information der Bevölkerung sind weiterhin möglich.

Artikel 64a [Massnahmenbeschrieb 2.26]

Der Bund übernimmt aufgrund des Verzichts auf die Unterstützung von Demonstrations- und Pilotanlagen keine Risikogarantien mehr für Erfolg versprechende neuartige Anlagen und Einrichtungen.

3.27 Gentechnikgesetz vom 21. März 2003⁶⁸ (GTG)

Artikel 26 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 3: Der Bund fördert aufgrund des Verzichts auf die Förderung im Bereich Bildung und Umwelt die Aus- und Weiterbildung der mit Aufgaben nach dem GTG betrauten Personen nicht mehr.

3.28 Zivildienstgesetz vom 6. Oktober 1995⁶⁹ (ZDG)

Artikel 46 [Massnahmenbeschrieb 2.3]

Absatz 3: Bei Wegfall der Finanzhilfe an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen entfällt auch der in Artikel 46 Absatz 3 Buchstabe c festgehaltene Grund, auf das Erheben der Abgabe des Einsatzbetriebes an den Bund zu verzichten. Die Möglichkeit, ~~bestimmten~~ Einsatzbetrieben an deren Mitwirkung im Vollzug ein besonderes Interesse besteht, die Abgabe zu erlassen, bleibt durch Artikel 46 Absatz 3 Buchstabe a weiterhin gewährleistet.

Artikel 47 [Massnahmenbeschrieb 2.3]

Kommentiert [REDACTED]: ZIVI: Präzisierung ist wichtig, um unbegründeten Erwartungen der Einsatzbetriebe vorzubeugen.

⁶⁷ SR 814.20

⁶⁸ SR 814.91

⁶⁹ SR 824.0

Da auf die Finanzhilfen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen verzichtet wird, wird der Artikel aufgehoben.

3.29 Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946⁷⁰ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)

Artikel 103 [Massnahmenbeschrieb 2.16]

Absatz 1: Der Bundesbeitrag soll neu an die Mehrwertsteuereinnahmen gebunden werden. Dazu wird in Absatz 1 ein Ausgangswert festgelegt. Celle-ci correspond au montant de la contribution de la Confédération l'année précédant l'entrée en vigueur de la présente modification. Bei einem Inkrafttreten im Jahr 2027 wären somit die Gesamtausgaben der AHV des Jahres 2026 massgebend. Selon le message concernant la mise en œuvre et le financement de l'initiative pour une 13^e rente AVS, la contribution de la Confédération à l'AVS s'élèvera dès 2026 à 19,5 % des dépenses de l'assurance. Gemäss den aktuellen Finanzperspektiven, welche die Einführung der 13. Altersrente berücksichtigen, werden die Ausgaben der AHV im Jahr 2026 auf rund 59 Milliarden Franken und der Bundesbeitrag auf 11,4 Milliarden Franken (bei einem Anteil von 19,5%) geschätzt. Anders als bei der Entflechtung des Bundesbeitrags an die IV wird als Ausgangswert nur ein Jahr und nicht der Durchschnittswert von zwei Jahren gewählt. Dies deshalb, weil die Mehrausgaben aus der 13. AHV-Rente im Ausgangswert für die Entflechtung voll berücksichtigt werden sollen. Dies wäre bei einem Zweijahresdurchschnitt der Jahre 2025/26 nicht der Fall, da die 13. AHV-Rente 2026 erstmals ausbezahlt wird.

Absatz 2: Der Absatz beschreibt die Ermittlung des Bundesbeitrags für die Folgejahre, d.h. ab dem Inkrafttreten. Dès lors, l'évolution annuelle de la contribution de la Confédération à l'AVS correspondra à l'évolution des recettes de la TVA, qui est égale au rapport entre les recettes d'une année et celles de l'année précédente. L'évolution des recettes de la TVA étant directement liée à la situation économique de la Suisse, la contribution de la Confédération à l'AVS progressera parallèlement à l'évolution économique du pays. Weil aber Änderungen wie zum Beispiel eine Anpassung bei der Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer (z. B. Einführung einer neuen Steuerausnahme oder Aufhebung einer Steuerausnahme) Auswirkungen auf die Mehrwertsteuereinnahmen haben, werden solche Strukturbrüche wie auch künftige Mehrwertsteuersatzänderungen berücksichtigt, damit der Wirtschaftsverlauf korrekt abgebildet wird. Dieser neue Mechanismus lehnt sich weitgehend an den Mechanismus an, der für die Berechnung des Bundesbeitrags an die IV gilt (Art. 78 IVG). Allerdings wird bei der Berechnung des Bundesbeitrags zwecks Vereinfachung auf einen Diskontfaktor verzichtet.

Absatz 3: Die Mehrwertsteuereinnahmen widerspiegeln die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und können deshalb grösseren konjunkturellen Schwankungen unterliegen. Um eine starke Senkung des Bundesbeitrags an die AHV während einer starken Rezession zu vermeiden, wird eine gesetzliche Mindestgarantie festgelegt. Sie sieht vor, dass der Bundesbeitrag nicht unter den jährlich an die Teuerung angepassten Ausgangswert fällt. Bei einem starken Konjunkturunbruch würde die AHV dank dieser Regelung mindestens den an die Teuerung angepassten Ausgangswert erhalten.

Absatz 4: Wie bisher wird der Beitrag an die Hilfenentschädigung nach Artikel 102 Absatz 2 vom berechneten Betrag nach Absatz 2 abgezogen.

⁷⁰ SR 831.10

Absatz 5: Der Bundesrat wird auf Verordnungsstufe die Details, wie z.B. die Definition der Mehrwertsteuereinnahmen, die Frage der Rundung oder von Bagatellgrenzen für Korrekturen bei Änderung der Bemessungsgrundlage, regeln.

3.30 Bundesgesetz vom 18. März 1994⁷¹ über die Krankenversicherung (KVG)

Artikel 54 [Massnahmenbeschrieb 2.17]

Absatz 2: Artikel 54 KVG sieht vor, dass der Bundesrat nach Anhörung der Versicherer, der Versicherten, der Kantone und der Leistungserbringer Kosten- und Qualitätsziele für die Leistungen für vier Jahre festlegt. Artikel 54b KVG präzisiert, dass die Kosten- und Qualitätsziele spätestens zwölf Monate vor Beginn der Periode, für die sie gelten sollen, festgelegt werden müssen. Die Zielfestlegung kann sich somit nicht auf aktuelle Daten abstützen, sondern nur auf solche von 2-3 Jahren vor dem Geltungszeitraum. Um zu verhindern, dass die Kostenziele gegen Ende der Vierjahresperiode an Aussagekraft verlieren, wird vorgesehen, dass der Bundesrat die Kostenziele während der laufenden Vierjahresperiode anpassen kann, wenn sich die Grundlagen, die zum Zeitpunkt der Festlegung der Ziele als Referenz dienten, wesentlich verändert haben. Eine regelmässige Anpassung der Kostenziele durch den Bundesrat ist nicht vorgesehen. Auf Verordnungsstufe soll vielmehr festgelegt werden, was wesentliche Änderungen dieser Grundlagen sind. Wesentlich können einschlägige Gesetzesänderungen des Bundes, vom Bund beschlossene, signifikante Änderungen bei der Ausgestaltung des Leistungsumfangs der OKP oder erhebliche Änderungen bei den vom Bund bestimmten Tarifen sein, die zum Zeitpunkt der Festlegung der Kostenziele noch nicht berücksichtigt werden konnten. Berücksichtigt werden nur Faktoren, die nicht von den Kantonen beeinflusst werden können, weil sonst deren Anreiz unterlaufen wird, kostendämpfende Massnahmen zu ergreifen. Auch unerwartet starke Veränderungen des Versichertenbestands oder von dessen Morbidität können als wesentlich gelten. Zudem soll eine quantitative Wesentlichkeitsgrenze vorgesehen werden. Wie bei der Festlegung der Ziele würde der Bundesrat überdies die Versicherer, Versicherten, Kantone und Leistungserbringer vor einer Anpassung der Ziele anhören.

Artikel 66 [Massnahmenbeschrieb 2.17]

Absatz 2: Heute entspricht der Bundesbeitrag 7,5 Prozent der Bruttokosten der OKP (Art. 66 Abs. 2 KVG). Er wird jährlich festgelegt. Artikel 54 der Änderung vom 29. September 2023 des KVG «Massnahme zur Kostendämpfung – Vorgabe von Kosten- und Qualitätszielen» sieht vor, dass der Bundesrat jeweils für vier Jahre für die Leistungen Kosten- und Qualitätsziele festlegt. Es ist davon auszugehen, dass er die Ziele pro Kalenderjahr festlegt und dabei auch ein nationales Gesamtkostenziel definiert.

Neu sollen die Beiträge des Bundes an die Prämienverbilligung im Gleichschritt mit dem Gesamtkostenziel des Bundes wachsen. Dazu wird der Bundesbeitrag künftig für eine Vierjahresperiode festgelegt. Ausgehend vom Betrag von 7,5 Prozent der OKP-Bruttokosten im Vorjahr der Vierjahresperiode wird der Beitrag jährlich um die Kostenentwicklung gemäss den Gesamtkostenzielen angepasst. Die Entwicklung der tatsächlichen OKP-Kosten kann natürlich von den Kostenzielen abweichen. Der Bundesbeitrag wird daher in jeder weiteren Vierjahresperiode erneut ausgehend vom Betrag von 7,5 Prozent der tatsächlichen OKP-Bruttokosten im Vorjahr der entsprechen-

⁷¹ SR 832.10; BBl 2024 2412

den Periode aus berechnet. Dadurch ist gewährleistet, dass es auch bei einer Abweichung der tatsächlichen Kosten von den Kostenzielen längerfristig nicht zu einer Verschiebung der Lasten zwischen Bund und Kantonen kommt.

Artikel 106 [Massnahmenbeschrieb 2.17]

Die Übergangsbestimmung hält fest, auf welche Vierjahresperiode die neue Berechnung des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung erstmals Anwendung findet (2028–2031).

3.31 Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006⁷² über Regionalpolitik

Artikel 21 [Massnahmenbeschrieb 2.34]

Absatz 1: Da auf weitere Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung verzichtet wird, wird die Gesetzesgrundlage für die Fondseinlage aufgehoben. Neu soll in Absatz 1 jedoch festgehalten werden, dass die Massnahmen nach dem Gesetz über Regionalpolitik aus dem Fonds für Regionalentwicklung finanziert werden.

Absatz 3: Damit auch ohne Fondseinlagen A-Fonds-perdu-Beiträge geleistet werden können, soll das Ziel der Fondswerterhaltung aufgehoben werden. So kann das vom Bundesparlament am 23. September 2023 genehmigte Mehrjahresprogramm (BBI 2023 2336) weitergeführt werden. Auf die Standortförderbotschaft 2028–2031 hin wird geprüft, ob Änderungen am Mehrjahresprogramm ab 2028 nötig sind. Da das Erfordernis des Fondswerterhalts aufgehoben und gleichzeitig das Mehrjahresprogramm weitergeführt wird, soll im Gesetz neu ein Verschuldungsverbot für den Fonds aufgenommen werden. Bei der Festlegung der Darlehenskonditionen sollen zudem wie bisher die Fondsentnahmen, die Verluste aus bisherigen Darlehen sowie Zins- und Teuerungsentwicklung berücksichtigt werden. Damit wird gewährleistet, dass der Umfang der Fondsmittel und deren Abnahme gut steuerbar bleibt.

3.32 Landwirtschaftsgesetz vom 29. April 1988⁷³ (LwG)

Artikel 22 [Massnahmenbeschrieb 2.30]

Absatz 1: Heute verlangt das Gesetz lediglich, dass bei der Verteilung von Zollkontingenten der Wettbewerb gewahrt bleibt. Neu sind Zollkontingente grundsätzlich zu versteigern. Dies wird im Absatz 1 festgelegt. In zwei Ausnahmefällen kann eine Zuteilung der Zollkontingente ohne Versteigerung erfolgen: Erstens, wenn nach Buchstabe a die Zuteilungen aufgrund der Marktverhältnisse zu kurzfristig erfolgen würden (bspw. Zuteilung von Zollkontingenten von frischem Gemüse und Obst). Zweitens, wenn nach Buchstaben b ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufgrund der geringen Nachfrage resultieren würde.

Absatz 2: Die Verfahren zur Verteilung von Zollkontingenten, die in beiden Ausnahmefällen nach Absatz 1 anzuwenden sind, werden abschliessend aufgeführt. Diese Methoden zur Zuteilung der Zollkontingente werden grundsätzlich in der Verordnung über die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Agrareinfuhrverordnung, AEV; SR 916.01) geregelt. Möglich sind vier Verfahren: Eine Verteilung nach Buchstaben a entsprechend der Reihenfolge der Veranlagung entspricht dem sogenannten Prinzip «Windhund an der Grenze» oder «first come – first served». Dabei werden die Kontingentsanteile nach der Reihenfolge der Annahme der Zollanmeldungen zugeteilt und die Zollanmeldung gilt als Gesuch um einen Kontingentsanteil. Wird das

⁷² SR 901.0

⁷³ SR 910.1

Zollkontingent entsprechend Buchstaben b nach Massgabe der bisherigen Einfuhren der Gesuchsteller verteilt, so werden die Einfuhren eines Importeurs im Vorjahr ins Verhältnis gesetzt zum Total aller Einfuhren dieses Produkts im Vorjahr. Der daraus resultierende Prozentsatz wird für die Verteilung der Mengen im Kalenderjahr herangezogen. Beim Verteilkriterium nach Buchstaben c, nach Marktanteilen, handelt es sich um eine Kombination von Inlandübernahmen einer (natürlichen oder juristischen) Person und deren Einfuhren. Die beiden Grössen Inlandübernahmen und Einfuhren werden ins Verhältnis gesetzt zum Total aller Inlandübernahmen und Einfuhren dieses Produkts im Vorjahr. Der daraus resultierende Prozentsatz wird für die Verteilung der Mengen im Kalenderjahr herangezogen. Die Verteilmethode nach Buchstaben d aufgrund der beantragten Menge wird im Zusammenhang mit Anbauverträgen zwischen inländischen Produzenten und Händlern angewendet. Kommt es beispielsweise infolge von Witterungsverhältnissen oder wegen Schädlingsbefall zu Ernteaussfällen und können deshalb die Anbauverträge nicht eingehalten werden, so kann der Importeur einen Ersatz der Fehlmenge mit einer Zuteilung für den Import innerhalb des Kontingents beantragen.

Absätze 3–5: Diese Absätze entsprechen den bisherigen Absätzen 4–6.

Artikel 23 [Massnahmenbeschrieb 2.30]

Aufgrund des neu in Artikel 22 festgelegten Grundsatzes der Versteigerung ist dieser Artikel nicht mehr notwendig und wird aufgehoben.

Artikel 48 [Massnahmenbeschrieb 2.30]

Aufgrund des neu in Artikel 22 festgelegten Grundsatzes der Versteigerung ist dieser Artikel nicht mehr notwendig und wird aufgehoben.

Artikel 50, 51 Abs. 1 Bst. a, 51^{bis} und 52 [Massnahmenbeschrieb 2.29]

Diese Artikel regeln die Finanzhilfen an Massnahmen zur Entlastung des Fleischmarkts, an die Verwertung von Schafwolle und an die Inlandeierproduktion. Mit dem Verzicht auf die Beihilfen Viehwirtschaft werden sie aufgehoben.

Artikel 76 [Massnahmenbeschrieb 2.31]

Absatz 3: Der maximale Anteil des Bundes an den Beiträgen für regionale Biodiversität und Landschaftsqualität wird auf 50 Prozent festgelegt.

3.33 Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966⁷⁴ (TSG)

Artikel 45a [Massnahmenbeschrieb 2.15]

Der Verzicht auf die Ausrichtung von Beiträgen zur Entsorgung tierischer Nebenprodukte erfordert eine Aufhebung des Artikels.

3.34 Waldgesetz vom 4. Oktober 1991⁷⁵ (WaG)

Artikel 29 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

⁷⁴ SR 916.40

⁷⁵ SR 921.0

Absatz 1: Der Bund soll die forstliche Ausbildung weiterhin koordinieren. Der heutige Satzteil, wonach der Bund die forstliche Ausbildung fördert, soll aufgrund des Verzichts auf die Förderung im Bereich Bildung und Umwelt hingegen aufgehoben werden. Materiell entsteht dadurch gegenüber der heutigen Praxis keine Änderung, da gestützt auf diese Grundlage auch bisher keine Finanzhilfen ausgerichtet wurden.
Absatz 2: Der Bund wird die theoretische und praktische forstliche Aus- und Weiterbildung auf Hochschulstufe nicht mehr fördern. Die Bestimmung ist deshalb aufzuheben.

Artikel 34a [Massnahmenbeschrieb 2.26]

Der Bund fördert den Absatz und die Verwertung von nachhaltig produziertem Holz durch die Unterstützung von Projekten im Rahmen des Aktionsplans Holz. Diese projektbezogene Förderung wird weitergeführt, allerdings sollen künftig Pilot- und Demonstrationsprojekte vom Bund nicht mehr mitfinanziert werden. Damit fokussiert der Aktionsplan Holz künftig stärker auf befristete Projekte in den Bereichen angewandte Forschung, Praxisprojekte sowie Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, welche die Absatz- und Verwertungsmöglichkeiten von nachhaltig produziertem Holz verbessern.

Artikel 38a [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 1: Die Förderung der praktischen Ausbildung von Waldfachleuten auf Hochschulstufe durch den Bund wird aufgrund des Verzichts auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt wegfallen, ebenso die Förderung der Sicherheitskurse für Waldarbeiter. Buchstabe e wird folglich aufgehoben.

Absatz 2: Aufgrund der Aufhebung von Buchstabe e in Absatz 1 muss auch der Verweis in Absatz 2 Buchstabe a zur Gewährung der Finanzhilfen angepasst werden.

Artikel 39 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Der Bund leistet aufgrund des Verzichts auf die Förderung in den Bereichen Bildung und Umwelt keine Beiträge mehr an die Ausbildung des Forstpersonals nach den Artikeln 52–59 des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002. Entsprechend ist Artikel 39 integral zu streichen.

3.35 Jagdgesetz vom 20. Juni 1986⁷⁶ (JSG)

Artikel 14 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 4: Da der Bund auch im Bereich der Wildtiere die Bildungstätigkeit aufgrund des Verzichts auf die Förderung in den Bereichen Bildung und Umwelt nicht mehr unterstützen wird, ist die Bestimmung anzupassen.

3.36 Bundesgesetz vom 21. Juni 1991⁷⁷ über die Fischerei (BGF)

Artikel 13 [Massnahmenbeschrieb 2.28]

Absatz 1: Der Bund wird aufgrund des Verzichts auf die Förderung in den Bereichen Bildung und Umwelt keine Finanzhilfen mehr leisten, um die zuständigen kantonalen Behörden bei der Organisation der Kurse für die Berufsfischer und Fischzüchter zu unterstützen.

⁷⁶ SR 922.0

⁷⁷ SR 923.0

3.37 Ziffer II

Bundesgesetz vom 17. Juni 2022⁷⁸ über die Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern

[Massnahmenbeschrieb 2.9]

Das Bundesgesetz vom 17. Juni 2022 über die Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern soll aufgehoben werden.

Bundesgesetz vom 3. Mai 1991⁷⁹ über Finanzhilfen zu Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften

[Massnahmenbeschrieb 2.27]

Das Bundesgesetz stellt die rechtliche Grundlage für den Fonds Landschaft Schweiz dar; es wurde von den eidg. Räten mit Beschluss vom 22. März 2019 um 10 weitere Jahre bis zum 31. Juli 2031 verlängert. Parallel dazu wurde mit Bundesbeschluss vom 11. März 2019 für die Verlängerung eine Fondseinlage von insgesamt 50 Millionen Franken beschlossen. Die Fondseinlagen erfolgen in Tranchen von je rund 5 Millionen Franken verteilt über 10 Jahre. Mit dem Verzicht auf künftige Fondseinlagen müssen sowohl das Bundesgesetz wie auch der Bundesbeschluss aufgehoben werden.

3.38 Ziffer III

Das Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2025 für den Bundeshaushalt muss am 1. Januar 2027 in Kraft treten können, um einen mit der Schuldenbremse konformen Voranschlag 2027 gewährleisten zu können.

4 Auswirkungen

4.1 Auswirkungen auf den Bund

4.1.1 Finanzielle Auswirkungen

Die Vorlage hilft, den Mehrbedarf im Bereich der militärischen und der sozialen Sicherheit zu finanzieren und zugleich die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Ob sie auch finanzpolitischen Spielraum für künftige Herausforderungen schafft, hängt wesentlich davon ab, welche Finanzierungslösungen das Parlament bei der Armee und der AHV wählt, namentlich bei der Finanzierung der 13. AHV-Rente.

Die Vorlage ermöglicht Entlastungen von 3,5 bis 4,4 Milliarden Franken in den Jahren 2027 und 2028. Dabei tragen alle Aufgabengebiete zur Entlastung bei. Auch die Ausgaben der Verwaltung werden im Vergleich zu früheren Planungen um bis zu 300 Millionen Franken pro Jahr (knapp 3 %) reduziert, wobei auch das Bundespersonal einen Beitrag leisten wird. Trotz der ausgabenseitigen Entlastungen werden die Ausgaben des Bundes in den kommenden Jahren weiterwachsen, aus heutiger Sicht mit mehr als 2 Prozent pro Jahr, auf 91 Milliarden Franken im 2027 und voraussichtlich 96 Franken 2030. Die Entlastungen dienen demnach primär einer Umverteilung im Haushalt, und nicht einer Reduktion der Ausgaben, wenngleich es in einzelnen Aufgabengebieten effektiv zu rückläufigen Ausgaben kommen kann. Die Vorlage leistet

⁷⁸ AS 2022 786

⁷⁹ AS 1991 1974, 2000 935, 2008 3437, 2010 4999, 2019 2337

zudem einen Beitrag an die Stabilisierung bzw. Lockerung von Ausgabenbindungen und erhöht somit den Handlungsspielraum des Parlaments.

Die Vorlage ermöglicht auch jährliche Mehreinnahmen von rund 300 Millionen Franken, insbesondere durch die höhere Besteuerung von Kapitalbezügen aus der 2. und 3. Säule, die Versteigerung der ~~ImportZoll~~kontingente landwirtschaftlicher Produkte und die frühere Aufhebung der Rückerstattung der Mineralölsteuer im Bereich des regionalen Personenverkehrs.

4.1.2 Personelle Auswirkungen

Ein Teil der Sparvorgabe im Eigenbereich soll bei den Löhnen und Anstellungsbedingungen umgesetzt werden. Der Bundesrat konkretisiert derzeit die nötigen Massnahmen und wird sie in der Botschaft zum Entlastungspaket 2027 darlegen. Ein weiterer Teil der Sparvorgaben wird stellsenartig umgesetzt werden. Das kann zum Abbau von bis zu 500 Vollzeitstellen führen (höchstens 1,5 % des Stellenbestands); das Wachstum des Personalbestands würde damit gebremst. Für den Abbau von 500 Stellen sind aus heutiger Sicht keine Entlassungen nötig; ein Abbau dieser Grössenordnung kann mit der natürlichen Fluktuation und durch die Nutzung von Pensionierungen aufgefangen werden.

4.2 Auswirkungen auf Sozialversicherungen

Ein wesentlicher Teil der Defizite ist auf das starke Wachstum der sozialen Wohlfahrt zurückzuführen. Der Bund wird einen Teil der Kosten der 13. AHV-Rente aus allgemeinen Bundesmitteln mitfinanzieren müssen. Das Entlastungspaket ist nötig, um die Bundesbeiträge an die Sozialwerke auch in Zukunft sicherzustellen.

Vom Entlastungspaket ist nur die AHV direkt betroffen. Mit der Entkoppelung des Bundesbeitrags von der Ausgabenentwicklung der AHV entgehen der Versicherung Einnahmen, mit denen sie bisher rechnete. So liegen unter Berücksichtigung der Botschaft zur 13. AHV-Rente der Stand der AHV-Fonds in Prozent der Ausgaben (97 statt 100 %) und das Umlageergebnis (-930 Mio. Fr. statt -410 Mio. Fr.) im Jahr 2030 tiefer. Aus diesem Grund wird der Bundesrat dafür im Rahmen der nächsten AHV-Reform, die er bis Ende 2026 verabschieden will, eine Kompensation vorsehen. Die Entflechtung hat für die AHV und für den Bund wesentliche Vorteile: Sie erhöht die Transparenz der AHV-Finanzierung und beseitigt den Verdrängungseffekt, den der Beitrag an die AHV – die grösste Ausgabe des Bundes – aufgrund seines starken Wachstums auf die übrigen Ausgaben des Bundes bisher hatte.

4.3 Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden sowie auf urbane Zentren, Agglomerationen und Berggebiete

Die Kantone erhalten rund 30 Prozent der Bundesausgaben oder 25 Prozent, wenn die reinen Durchlaufpositionen, bei denen die Kantone das Geld direkt weiterverteilen, ausgeklammert werden (z.B. Landwirtschaft, Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose). Es ist somit unvermeidbar, dass die Kantone in wesentlichem Umfang von den Massnahmen aus der Aufgaben- und Subventionsüberprüfung betroffen sind.

Von den 59 Massnahmen hat mehr als die Hälfte keine direkten finanziellen Auswirkungen auf die Kantone. Je nach Massnahme können die Auswirkungen auf die Kantone sehr unterschiedlich sein. Insgesamt umfasst das Paket Massnahmen in der Grössenordnung von 1 Milliarde Franken (2027), die sich auf die Kantone auswirken können; das sind weniger als 30 Prozent des angestrebten Entlastungsziels.

Die wichtigsten Massnahmen im Bereich der Verbundaufgaben mit den Kantonen betreffen folgende Aufgaben:

- Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen
- Klimapolitik / Gebäudeprogramm
- Hochschulen (Grundbeiträge, Projektbeiträge)
- Soziodemografischer Lastenausgleich
- Regionaler Personenverkehr
- Landschaftsqualitätsbeiträge
- Strassen (Hauptstrassen, allgemeine Strassenbeiträge, Agglomerationsprojekte)
- Verbundaufgaben im Umweltbereich

In keinem dieser Bereiche zieht sich der Bund vollständig aus der Aufgabenerfüllung zurück. Die künftige Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (Entflechtung 2027) kann somit ergebnisoffen angegangen werden. Die Mehrheit der Massnahmen lässt den Kantonen zudem einen Handlungsspielraum; sie können die Ausfälle durch eigene Mittel kompensieren oder in den betroffenen Bereichen ihre Leistungen anpassen. Einige Massnahmen können zu einer Entlastung für die Kantone führen (z.B. Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr, Auslaufen des Gebäudeprogramms, Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen). Die Kantone erhalten zudem Mehreinnahmen aus der höheren Besteuerung der Kapitalbezüge: Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer steigt um 40 Millionen Franken.

Die einzelnen Kantone sind vom Paket unterschiedlich betroffen. Zum Beispiel wirken sich spezifische Vorschläge exklusiv auf den Kanton Genf aus (z.B. Verschiebung der Zuständigkeit für das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum, Verzicht auf den Beitrag an die diplomatische Gruppe der Genfer Polizei). Zusätzlich zum Kanton Genf ist auch der Kanton Basel-Stadt von einer Massnahme speziell betroffen (Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen). Aber damit wird eine Sonderregelung abgeschafft und eine Gleichbehandlung mit dem Kanton Zürich sichergestellt. Der Kanton Bern ist vom Verzicht auf Subventionskredit für die kantonale französischsprachige Schule betroffen. Zehn Kantone sind von der Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs betroffen. Die Auswirkungen der Massnahme beim RPV sind abhängig von deren Umsetzung: Werden die Kosten linear über alle Transportunternehmen gekürzt oder höhere Tarife eingeführt, profitieren auch die Kantone. Werden allerdings Angebote aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit gestrichen, dürfte das primär die strukturschwachen Kantone treffen; entweder durch ein vermindertes Angebot oder durch höhere Kosten, weil sie das Angebot allein finanzieren müssen.

Die Auswirkungen auf die Gemeinden und Regionen sind schwierig zu quantifizieren. Verschiede Massnahmen können Auswirkungen haben, wie z.B. der Verzicht auf die Förderung alternativer Antriebe im Ortsverkehr, die Kürzung der Finanzhilfen für Sportförderung, der Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung,

der Finanzhilfen für Schweiz Tourismus sowie die Projekte im Rahmen der Agglomerationsprogramme oder der Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen. Durch den Verzicht auf weitere Fondseinlagen im Bereich der neuen Regionalpolitik verlieren die Gemeinden, Städte, Agglomerationen und Berggebiete ein vom Bund koordiniertes Förderinstrument. Inwiefern die Massnahmen eine stärkere finanzielle Beteiligung der Gemeinden und der Regionen beanspruchen werden, hängt aber ab von der Aufgabenteilung mit den Kantonen und der Festsetzung von Prioritäten auf Regionalebene.

4.4 Auswirkungen auf die Volkswirtschaft

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von finanzpolitischen Konsolidierungsmassnahmen ergeben sich primär durch die damit verbundene Senkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage infolge einer höheren Steuerbelastung oder tieferer Staatsausgaben. Als Alternative zu einer Steuererhöhung setzt das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt primär auf der Ausgabenseite an, um die Schuldenbremse einzuhalten. Die Entlastungsmassnahmen auf der Ausgabenseite betragen in den Jahren 2027 bis 2030 zwischen 3,5 und 4,5 Milliarden und auf der Einnahmenseite rund 300 Millionen. Die Entlastungsmassnahmen sind aber klein im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, sie entsprechen ungefähr 0,4 bis 0,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP).

Um die Schuldenbremse einzuhalten und die höheren Ausgaben zu finanzieren, wären alternativ zu einem Entlastungspaket auch Steuererhöhungen (z.B. Mehrwertsteuererhöhung) in derselben Grössenordnung möglich. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen beider Varianten werden im Hinblick auf die Botschaft im Rahmen einer externen Studie geschätzt. Gemäss Studien aus der Vergangenheit dürfte eine primär ausgabenseitige Konsolidierung des Bundeshaushalts im Vergleich zu einer Steuererhöhung aus volkswirtschaftlicher Sicht zu einem höheren Wachstumspfad des BIP führen.

4.5 Auswirkungen auf die Gesellschaft

Die Auswirkungen auf die Gesellschaft sind unterschiedlich, bleiben aber insgesamt finanziell gering. Um die Schuldenbremse einzuhalten, müssen entweder die Ausgaben gekürzt oder die Einnahmen erhöht werden. Der Bundesrat will auf der Ausgabenseite ansetzen; damit kann die Bevölkerung und die Wirtschaft von zusätzlichen Steuererhöhungen verschont werden. Einzig mit der höheren Besteuerung insbesondere grosser Kapitalbezüge aus der 2. und 3. Säule wird die Bevölkerung steuerlich belastet. Die Konsumentinnen und Konsumenten verschiedener Leistungen werden einen höheren Anteil der verursachten Kosten tragen müssen, etwa in der Hochschulbildung, im regionalen Personenverkehr oder bei der Produktesicherheit. Einige Massnahmen im Landwirtschaftsbereich können zudem unter Umständen zu höheren Lebensmittelpreisen führen, etwa der Verzicht auf die Entsorgungsbeiträge für Schlachtabfälle, die Versteigerung der Zollkontingente oder der Verzicht auf Beihilfen in der Viehwirtschaft. Auch damit wird aber die Kostenwahrheit erhöht. Es werden keine Sozialleistungen wie Renten gekürzt.

Umgekehrt profitiert die Bevölkerung vom besseren Schutz, den man sich aus der Erhöhung der Armeeaussgaben verspricht, und sie erhält eine 13. AHV-Rente.

4.6 Auswirkungen auf die Umwelt

Einige Massnahmen können Auswirkungen auf die Umwelt haben. Die Entlastungsmassnahme bei den Priorisierungen der Subventionen für die Klimapolitik könnte den Beitrag der Schweiz gegen den Klimawandel reduzieren. Sollte durch die Reduktion des Subventionsvolumens eine Lücke bei der Erreichung der Klimaziele entstehen, so will der Bundesrat den Umgang mit dieser Lücke im Rahmen der Klimapolitik post 2030 klären.

5 Rechtliche Aspekte

5.1 Verfassungsmässigkeit

Sämtliche im Mantelerlass aufgeführten Gesetze wurden gestützt auf die Bundesverfassung im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassen. Die Verfassungsgrundlage ergibt sich aus dem jeweiligen Ingress der einzelnen Gesetze. Die beantragten Gesetzesänderungen halten sich im Rahmen der entsprechenden Verfassungsgrundlage.

Die Teilzweckbindung der Erträge aus der CO₂-Abgabe (höchstens 41 %) ist insofern als verfassungsmässig zu betrachten, als sie die Erreichung der Lenkungsziele unterstützt und nur den kleineren Teil des Abgabbeertrags betrifft. Der grössere Teil des Ertrags (mind. 59 %) wird wie bisher an die Bevölkerung und an die Wirtschaft rückverteilt. Die CO₂-Abgabe wird ihre Lenkungswirkung demnach weiterhin primär durch die Abgabbeerhebung entfalten.

Das Bundesamt für Justiz vertritt demgegenüber die Auffassung, dass die Teilzweckbindung aus verfassungsrechtlichen Gründen einen Drittel nicht übersteigen darf. Ist sie höher, so steht gemäss ihm nicht mehr die Lenkung durch die Verteuerung des Abgabeobjekts im Vordergrund, sondern das Generieren zusätzlicher Mittel.

5.2 Vereinbarkeit mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz

Die Charte TV5Monde ist ein internationales Abkommen. Die Redimensionierung des Auslandsangebots der SRG könnte Auswirkungen auf die Beteiligung der Schweiz haben. Ansonsten hat das vorliegende Massnahmenpaket keine Auswirkungen auf Verpflichtungen, die sich aus der Ratifikation internationaler Abkommen oder aus der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen oder Kommissionen ergeben. Die übrigen Massnahmen betreffen im Wesentlichen Beiträge an Subventionsempfänger im Inland sowie den Eigenbereich der Verwaltung. Die Kürzungen im Bereich der Beiträge an internationale Organisationen beschränken sich auf freiwillige Beiträge.

5.3 Erlassform

Zur rechtlichen Umsetzung der Massnahmen müssen 36 Bundesgesetze geändert und zwei Gesetze aufgehoben werden, für die seinerzeit nach Artikel 141 der Bundesverfassung das Referendum verlangt werden konnte. Alle Massnahmen sind in der Form eines sogenannten Mantelerlasses zusammengefasst; dieser ist in die Form eines Bundesgesetzes gekleidet und untersteht dem fakultativen Referendum. Dieses Vorgehen ist aufgrund des einheitlichen Zwecks der verschiedenen Massnahmen (Aufgaben- und Subventionsüberprüfung zur Entlastung des Haushalts) gerechtfertigt.

5.4 Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und des Prinzips der fiskalischen Äquivalenz

Die Gesetzesänderungen im Mantelerlass zielen darauf ab, den Bundeshaushalt zu entlasten. Die Vorlage führt zu Kürzungen und Streichungen einzelner Subventionen. In einzelnen Bereichen wird damit die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und des Prinzips der fiskalischen Äquivalenz gestärkt.

5.5 Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen

In den meisten Gesetzen bleiben die delegierten Rechtsetzungsbefugnisse unverändert bestehen. Zusätzlich hinzu kommen in Artikel 37f Absatz 2 MinVG die Befugnis des Bundesrats festzulegen, in welchen Fällen bei den An- und Abflugsicherungsdiensten auf schweizerischen Flugplätzen mit Flugsicherung ein Bundesinteresse besteht, und in Artikel 54 Absatz 2 KVG die Möglichkeit des Bundesrats, bei wesentlichen Veränderungen der Festlegungsgrundlagen die Kosten- und Qualitätsziele während der Vierjahresperiode anzupassen.

Bundesgesetz *Entwurf*
über das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt

vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹,
beschliesst:*

I
Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dezember 2005² (AIG)

Art. 87 Abs. 3 und 4

³ Die Pauschalen nach Absatz 1 Buchstaben a und b werden während längstens vier Jahren nach der Einreise ausgerichtet.

⁴ Die Pauschale nach Absatz 1 Buchstabe d wird während längstens vier Jahren nach der Anerkennung der Staatenlosigkeit ausgerichtet.

Art. 126e Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Im Jahr des Inkrafttretens der Änderung wird die Pauschale nach Artikel 87 Absatz 3 während längstens fünf Jahren nach der Einreise und die Pauschale nach Artikel 87 Absatz 4 während längstens fünf Jahren nach der Anerkennung der Staatenlosigkeit ausgerichtet.

2. Asylgesetz vom 26. Juni 1998³ (AsylG)

Art. 88 Abs. 2 zweiter Satz, Abs. 3 und Abs. 3^{bis}

² Sie werden während der gesamten Dauer des Asylverfahrens und längstens während vier Jahren nach Einreichung des Gesuches um vorübergehenden Schutz ausgerichtet.

¹ BBl ...
² SR 142.20
³ SR 142.31

³ Die Pauschalen für Flüchtlinge und für Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66a oder 66a^{bis} StGB⁴ oder Artikel 49a oder 49a^{bis} MStG⁵ oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 AIG⁶ decken namentlich die Kosten für die Sozialhilfe und enthalten zudem einen Beitrag an die Betreuungs- und Verwaltungskosten. Sie werden während längstens vier Jahren nach Einreichung des Asylgesuchs ausgerichtet.

^{3bis} Der Bund kann für Personen, die im Rahmen einer Asylgewährung für Flüchtlingsgruppen nach Artikel 56 in der Schweiz aufgenommen werden, die Pauschale nach Absatz 3 länger als vier Jahre ausrichten, namentlich wenn diese Personen bei ihrer Einreise behindert oder betagt sind.

Art. 121a Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Im Jahr des Inkrafttretens der Änderung wird die Pauschale nach Artikel 88 Absatz 2 während längstens fünf Jahren nach Einreichung des Gesuches um vorübergehenden Schutz und die Pauschale nach Artikel 88 Absatz 3 während längstens fünf Jahren nach Einreichung des Asylgesuchs ausgerichtet.

3. Bundesgesetz vom 17. März 2023⁷ über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG)

Art. 17

Aufgehoben

4. Opferhilfegesetz vom 23. März 2007⁸ (OHG)

Art. 31

Aufgehoben

⁴ SR 311.0

⁵ SR 321

⁶ SR 142.20

⁷ SR 172.019

⁸ SR 312.5

5. Bundesgesetz vom 5. Oktober 1984⁹ über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug*Art. 10* Höhe der Beiträge

Der Beitrag beläuft sich auf höchstens 50 Prozent der anerkannten Projektkosten, bei bestehenden Einrichtungen auf höchstens 50 Prozent der projektbedingten Mehrkosten.

6. Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002¹⁰ (BBG)*Art. 57 Abs. 1^{bis}*

^{1bis} Beiträge nach den Artikeln 54 und 55 decken höchstens 50 Prozent des anrechenbaren Aufwands.

7. Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30. September 2011¹¹ (HFKG)*Art. 2 Abs. 3*

³ Für die ETH, die anderen eidgenössischen Institutionen des Hochschulbereichs und die pädagogischen Hochschulen gilt dieses Gesetz mit Ausnahme der Bestimmungen über die Grundbeiträge sowie die Bauinvestitions- und die Baunutzungsbeiträge.

Art. 12 Abs. 3 Bst. f und 47 Abs. 1 Bst. c und Abs. 2

Aufgehoben

Art. 48 Abs. 3 und 4

³ *Aufgehoben*

⁴ Die Bundesversammlung beschliesst mit einfachem Bundesbeschluss einen Verpflichtungskredit für die Bauinvestitions- und Baunutzungsbeiträge sowie für die Beiträge an gemeinsame Infrastruktureinrichtungen der Hochschulen und anderen Institutionen des Hochschulbereichs.

Art. 50 Beitragssätze

Der Bund übernimmt vom Gesamtbetrag der Referenzkosten:

- a. höchstens 18,4 Prozent bei den kantonalen Universitäten;

⁹ SR 341

¹⁰ SR 412.10

¹¹ SR 414.20

- b. höchstens 27 Prozent bei den Fachhochschulen.

8. Kapitel 5. Abschnitt (Art. 59–61)

Aufgehoben

Einfügen vor dem Gliederungstitel des 4. Abschnitts

Art. 80a Pflegefinanzierung

Für die Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildungsabschlüsse in der Pflege an den kantonalen Fachhochschulen gemäss Bundesgesetz vom 16. Dezember 2022¹² über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege bleiben bis Ende 2031 anwendbar:

- a. Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe f;
- b. Artikel 47 Absatz 1 Buchstabe c;
- c. Artikel 48 Absatz 4 Buchstabe b;
- d. Artikel 59–61.

8. Schweizerschulgesetz vom 21. März 2014¹³ (SSchG)

Art. 3 Abs. 1 Bst. q

¹ Der Bundesrat anerkennt eine Schule im Ausland als beitragsberechtigte Schweizerschule, wenn sie:

- q. ihren Standort ausserhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat.

3. Abschnitt (Art. 14–16)

Aufgehoben

Art. 25 Abs. 5

⁵ Die Finanzhilfen an anerkannte Schweizerschulen in Italien und Spanien enden mit Ablauf des Schuljahres 2026/2027. Die Anerkennung als Schweizerschule erlischt von Gesetzes wegen per Ende Schuljahr 2029/2030. Die Anerkennungsvoraussetzungen nach Artikel 3 Buchstaben a–h und j–p müssen bis zum Wegfall der Anerkennung dauernd erfüllt sein.

¹² SR 811.22

¹³ SR 418.0

9. Bundesgesetz vom 20. Juni 2014¹⁴ über die Weiterbildung (WeBiG)

Art. 11 Ressortforschung des Bundes

Die Ressortforschung des Bundes in der Weiterbildung richtet sich nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstaben a–c des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1012¹⁵ über die Förderung der Forschung und der Innovation.

Art. 12, 16 und 6. Abschnitt (Art. 17)

Aufgehoben

10. Bundesgesetz vom 14. Dezember 2012¹⁶ über die Förderung der Forschung und Innovation (FIFG)

Art. 18 Abs 2 Bst. b^{bis}

Aufgehoben

Art. 19 Förderung von Innovationsprojekten

¹ Die Innosuisse als Förderorgan des Bundes für die wissenschaftsbasierte Innovation nach dem Innosuisse-Gesetz vom 17. Juni 2016¹⁷ kann Innovationsprojekte fördern, die von Hochschulforschungsstätten oder nichtkommerziellen Forschungsstätten ausserhalb des Hochschulbereichs (Forschungspartnern) zusammen mit privaten oder öffentlichen Partnern, die für die Verwertung sorgen (Umsetzungspartnern), durchgeführt werden.

² Der Beitrag der Innosuisse dient zur Deckung der direkten Projektkosten der Forschungspartner. Die Innosuisse kann in ihrer Beitragsverordnung vorsehen, dass auch Beiträge an Umsetzungspartner geleistet werden, wenn dies für eine internationale Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftsbasierten Innovation vorausgesetzt wird.

³ Beiträge werden nur gewährt, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Eine wirkungsvolle Umsetzung der Forschungsergebnisse zugunsten der Wirtschaft und der Gesellschaft kann erwartet werden.
- b. Das Projekt kann ohne die Förderung durch den Bund voraussichtlich nicht realisiert werden.
- c. Die Umsetzungspartner beteiligen sich durch Eigenleistungen oder durch Leistungen an die Forschungspartner im Umfang von mindestens 50 Prozent der direkten Gesamtkosten am Projekt.

¹⁴ SR 419.1

¹⁵ SR 420.1

¹⁶ SR 420.1

¹⁷ SR 420.2

- d. Das Projekt trägt zur praxisorientierten Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei.

⁴ Die Innosuisse kann in Einzelfällen vom Umsetzungspartner eine höhere Beteiligung verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- Das Projekt weist geringe Realisierungsrisiken und für den Umsetzungspartner gleichzeitig ein überdurchschnittliches wirtschaftliches Erfolgspotenzial auf.
- Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Umsetzungspartners oder die Eigenheiten des Projekts rechtfertigen eine höhere Beteiligung, insbesondere, wenn der Umsetzungspartner seine Beteiligung wegen anderweitiger Unterstützung teilweise nicht selber finanziert.

⁵ Innosuisse kann im Rahmen von gemeinsamen Programmen ~~des~~ mit Forschungsförderungsinstitutionen Innovationsprojekte fördern, die von Forschungspartnern ohne Umsetzungspartner realisiert werden, sofern die Projekte ein bedeutendes, jedoch noch nicht hinreichend bestimmtes Innovationspotenzial aufweisen.

⁶ Sie kann Innovationsprojekte von Jungunternehmen fördern, wenn die Projektarbeiten zur Vorbereitung ihres erstmaligen Markteintritts erforderlich sind. Der Beitrag der Innosuisse dient zur Deckung von höchstens 50 Prozent der Projektkosten des Jungunternehmens. Die Innosuisse legt in ihrer Beitragsverordnung die Kriterien zur Festlegung des Beitrags fest.

⁷ Soweit Schweizer Unternehmen der Zugang zu Förderangeboten für Einzelprojekte der Europäischen Kommission verwehrt ist, kann die Innosuisse Innovationsprojekte mit bedeutendem Innovationspotenzial von Jungunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen mit dem Ziel einer raschen und effizienten Vermarktung und einem entsprechenden Wachstum fördern. Der Beitrag der Innosuisse dient zur teilweisen oder vollständigen Deckung sowohl der dem Unternehmen selbst entstehenden direkten Projektkosten als auch der Kosten für Drittleistungen. Die Innosuisse legt die Förderkriterien und die Kriterien für die Bestimmung der Höhe Festlegung des Beitrags der Eigenleistungen der Unternehmen in ihrer Beitragsverordnung fest.

⁸ Sie kann zudem Instrumente zur Beteiligung an den Kosten für Abklärungen der wirkungsvollen Umsetzbarkeit von Projekten der Unternehmen vorsehen.

⁹ Sie fördert insbesondere Vorhaben nach den Absätzen 1, 5, 6, und 7 und 8, die einen Beitrag zur nachhaltigen Ressourcennutzung leisten.

¹⁰ Die geförderten Vorhaben müssen die Grundsätze der wissenschaftlichen Integrität und der guten wissenschaftlichen Praxis beachten. Bei Verstössen gelten die Sanktionen und die Informationspflicht nach Artikel 12 Absätze 2–4.

Art. 20a

Aufgehoben

Kommentiert []: Input Innosuisse

Kommentiert []: Input Innosuisse

Kommentiert []: Input Innosuisse

11. Innosuisse-Gesetz vom 17. Juni 2016¹⁸

Art. 23 Bst. b^{bis} und b^{ter}

Der Verwaltungsrat legt in der Beitragsverordnung namentlich fest:

- b^{bis}, die Fälle, in denen nach Artikel 19 Absatz 2 FiFG¹⁹ Beiträge an Umsetzungspartner geleistet werden können;
- b^{ter}, die Kriterien für die Festlegung des Beitrags an Bestimmung der Höhe der Eigenleistungen der Jungunternehmen und an kleinen und mittleren Unternehmen nach Artikel 19 Absätze 6 und 7 FiFG.

Kommentiert []: Input Innosuisse

12. Bundesgesetz vom 1. Juli 1966²⁰ über den Natur- und Heimatschutz (NHG)

Art. 1 Bst. e

Dieses Gesetz hat zum Zweck, im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes nach Artikel 78 Absätze 2–5 der Bundesverfassung:

- e. die Lehre und Forschung im Bereich des Naturschutzes, des Heimatschutzes und der Denkmalpflege zu fördern.

Art. 14a Abs. 1 Bst. b und Abs. 2

¹ Der Bund kann Beiträge ausrichten an:

- b. *Aufgehoben*

² Sofern es im gesamtschweizerischen Interesse liegt, kann er solche Tätigkeiten sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten selber durchführen.

13. Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003²¹ über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG)

Art. 9 Abs 2^{bis}

Aufgehoben

¹⁸ SR 420.2

¹⁹ SR 420.1

²⁰ SR 461

²¹ SR 613.2

14. Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990²² (SuG)*Art. 7 Abs. 2*

² Finanzhilfen dürfen 50 Prozent der Kosten der unterstützten Aufgabe in der Regel nicht übersteigen. Sie können in begründeten Fällen höher sein, insbesondere wenn der Umfang der Finanzhilfe degressiv ausgestaltet und die Finanzhilfe zeitlich befristet ist.

15. Mineralölsteuergesetz vom 21. Juni 1996²³ (MinöStG)*Art. 18 Abs. 1^{bis} und 1^{ter}²⁴**Aufgehoben***16. CO₂-Gesetz vom 23. Dezember 2011²⁵***Art. 33a Grundsatz*

¹ Bis Ende 2031 werden höchstens 41 Prozent, ab dem Jahr 2032 höchstens ein Drittel des Ertrags aus der CO₂-Abgabe verwendet für:

- a. die Förderung von neuartigen Technologien und Prozessen (Art. 6 KIG²⁶) und die Absicherung von Risiken (Art. 7 KIG);
- b. das Impulsprogramm für den Ersatz von Wärmezeugungsanlagen und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz (Art. 50a EnG²⁷);
- c. die Förderung von Projekten zur direkten Nutzung der Geothermie für die Wärmebereitstellung;
- d. die Äufnung des Technologiefonds zur Finanzierung von Bürgschaften zur Verminderung der Treibhausgase (Art. 35).

² Von den jährlichen Erträgen nach Absatz 1 werden vorab höchstens 400 Millionen Franken je zur Hälfte für die Förderung nach Absatz 1 Buchstaben a und b eingesetzt.

³ Von den jährlichen Erträgen nach Absatz 1, die 400 Millionen Franken übersteigen, wird je die Hälfte für die Förderung nach Absatz 1 Buchstaben c und d eingesetzt, wobei die Förderung nach Buchstabe c höchstens 30 Millionen Franken und diejenige nach Buchstabe d höchstens 25 Millionen Franken beträgt.

²² SR 616.1

²³ SR 641.61

²⁴ BBl 2024 686 Anhang

²⁵ SR 641.71; BBl 2024 686

²⁶ SR 814.310

²⁷ SR 730.0

⁴ Am Ende eines Rechnungsjahres nicht ausgeschöpfte zweckgebundene Mittel dürfen nicht mehr als 150 Millionen Franken betragen.

⁵ Die nicht ausgeschöpften Mittel nach Absatz 4 dürfen in den Folgejahren zusätzlich zu den Höchstbeträgen nach den Absätzen 2 und 3 für die Förderungen nach Absatz 1 verwendet werden.

Art. 34 und 34a

Aufgehoben

Art. 35 Förderung von Technologien zur Verminderung der Treibhausgase

¹ Der Technologiefonds nach Artikel 33a Absatz 1 Buchstabe d wird durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation verwaltet.

² Mit den Mitteln aus dem Technologiefonds verbürgt der Bund Darlehen an Unternehmen, wenn diese damit Anlagen und Verfahren entwickeln und vermarkten, welche:

- a. die Treibhausgasemissionen vermindern;
- b. den Einsatz der erneuerbaren Energien ermöglichen; oder
- c. den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern.

³ Die Bürgschaften werden für die Dauer von höchstens 10 Jahren gewährt.

⁴ Der Technologiefonds darf sich nicht verschulden. Sollte der Fondsstand infolge unerwarteter Bürgschaftsverluste negativ werden, werden die Mittel nach Artikel 33a Absatz 1 in Abweichung von der Aufteilung nach Artikel 33a Absätze 2 und 3 für die Äufnung des Technologiefonds verwendet. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 36 Abs. 1 Bst. b und d

¹ An die Bevölkerung und die Wirtschaft werden nach Massgabe der von ihnen entrichteten Beträge folgende Mittel ausbezahlt:

- b. der Teil des Ertrags, der nicht für Förderungen nach Artikel 33a verwendet wird;
- d. die Mittel, die nicht nach Artikel 33a Absatz 5 eingesetzt werden konnten; die Auszahlung erfolgt alle fünf Jahre.

Art. 37a Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr

¹ Von den Erlösen aus der Versteigerung der Emissionsrechte für Luftfahrzeuge werden höchstens 50 Prozent eingesetzt für Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr, insbesondere für die Entwicklung und Herstellung von erneuerbaren synthetischen Flugtreibstoffen.

² Nicht ausgeschöpfte Mittel dürfen jeweils in den Folgejahren verwendet werden.

³ Die Beiträge an die Massnahmen nach Absatz 1 betragen höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten.

⁴ Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel und deren Bemessung.

Art. 41 Information

¹ Der Bund kann Plattformen und weitere Öffentlichkeitsarbeiten im Bereich des Klimaschutzes fördern. Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel und deren Bemessung.

² Die zuständigen Behörden informieren die Öffentlichkeit und beraten Gemeinden, Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten über den Klimaschutz.

Art. 41a Abs. 1 und 2

¹ Der Bund richtet bis 2030 im nach Artikel 28 des Personenbeförderungsgesetzes vom 20. März 2009²⁸ gemeinsam von Bund und Kantonen bestellten regionalen Personenverkehr Beiträge von höchstens 30 Millionen Franken pro Jahr an die Beschaffung von Fahrzeugen mit elektrischem Antrieb und an die Umrüstung von Schiffen auf einen elektrischen Antrieb aus.

² Die Beiträge decken die Kosten in folgendem Umfang:

- a. für Strassenfahrzeuge: 75 Prozent der zusätzlichen Investitionskosten nach Abzug aller Fördermittel;
- b. für Schiffe: 30 Prozent der zusätzlichen Investitionskosten oder der Kosten, die für die Umrüstung von Schiffen auf einen elektrischen Antrieb entstehen, nach Abzug aller Fördermittel.

17. Schwerverkehrsabgabengesetz vom 19. Dezember 1997²⁹ (SVAG)

*Art. 19 Abs. 2 und 2^{bis}*³⁰

² Der Bund verwendet seinen Anteil am Reinertrag für:

- a. die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds nach dem Bahninfrastrukturfondsgesetz vom 21. Juni 2013;
- b. den Ausgleich der von ihm getragenen ungedeckten Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr.

^{2bis} Weist der Bahninfrastrukturfonds eine Reserve von weniger als 300 Millionen Franken auf, ist der Anteil des Bundes vorab für die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds zu verwenden.

²⁸ SR 745.1

²⁹ SR 641.81

³⁰ BBl 2024 2495

18. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990³¹ über die direkte Bundessteuer (DBG)

Art. 38 Abs. 1^{ter}, 2 und 3

^{1ter} Kapitalleistungen des gleichen Steuerjahrs werden zusammengerechnet. Eheleute versteuern ihre Kapitalleistungen unabhängig voneinander.

² Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

– auf dem Betrag bis	20 000 Franken	0,1 Prozent
– auf dem Betrag über 20 000 bis	50 000 Franken	0,25 Prozent
– auf dem Betrag über 50 000 bis	100 000 Franken	1 Prozent
– auf dem Betrag über 100 000 bis	250 000 Franken	3 Prozent
– auf dem Betrag über 250 000 bis	1 000 000 Franken	5 Prozent
– auf dem Betrag über 1 000 000 bis	10 000 000 Franken	7,5 Prozent
– auf dem Betrag über 10 000 000 Franken		11,5 Prozent

³ Es werden keine Abzüge gewährt.

19. Wasserbaugesetz vom 21. Juni 1991³² (WBG)

Art. 7 Abs. 1 Bst. a und Abs. 2 Bst. a

¹ Der Bund kann zur Vereinheitlichung der Vollzugspraxis und der wirkungsvollen Umsetzung des integralen Risikomanagements Finanzhilfen ausrichten für:

a. Aufgehoben

² Finanzhilfen können ausgerichtet werden an:

a. Aufgehoben

20. Bundesgesetz vom 22. März 1985³³ über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für die Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG)

Art. 4 Abs. 2

² Der Anteil für die Beiträge nach Artikel 86 Absatz 3 Buchstaben d und e BV (nicht werkgebundene Beiträge) wird für jeweils vier Jahre festgelegt; er beträgt 24 Prozent

³¹ SR 642.11
³² SR 721.100; BBl 2024 687
³³ SR 725.116.2

der Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf allen Treibstoffen, ausser den Flugtreibstoffen, nach Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe e BV.

Art. 37f Abs. 1 Bst. a und f

¹ Der Bund kann zur Förderung eines hohen technischen Sicherheitsniveaus im Luftverkehr Beiträge gewähren an:

- a. die Finanzierung der An- und Abflugsicherungsdienste auf schweizerischen Flugplätzen mit Flugsicherung, sofern ein Bundesinteresse besteht;
- f. Erbringer von Flugsicherungsdiensten.

² Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen ein Bundesinteresse nach Absatz 1 Buchstabe a besteht.

21. Energiegesetz vom 30. September 2016³⁴ (EnG)

Art. 49 Abs. 2–4

Aufgehoben

Art. 50a Abs. 1–3³⁵

¹ Der Bund fördert im Rahmen eines Impulsprogramms mit einem Betrag von höchstens 200 Millionen Franken pro Jahr und befristet auf zehn Jahre den Ersatz fossil betriebener Heizungen und ortsfester elektrischer Widerstandsheizungen durch eine Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz.

² Der Vollzug erfolgt durch die Kantone.

³ Die Kantone können die Mittel fortlaufend und in dem Umfang, in dem sie Gesuche gutgeheissen haben, beim Bund reservieren. Ist eine Massnahme abgeschlossen, wird der Betrag dem Kanton ausgerichtet. Der Bund informiert die Kantone fortlaufend über die verfügbaren Mittel.

Art. 51 Abs. 2 und 53 Abs. 2^{bis} und 3 Bst. a³⁶

Aufgehoben bzw. gegenstandslos

³⁴ SR 730.0

³⁵ BBl 2022 2403 Anhang

³⁶ BBl 2022 2403 Anhang

22. Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958³⁷ (SVG)

Art. 105a³⁸

Gegenstandslos

23. Postgesetz vom 17. Dezember 2010³⁹ (PG)

Art. 16 Abs. 4, 6 und 7

⁴ Ermässigungen werden gewährt für die Zustellung von abonnierten Tages- und Wochenzeitungen der Regional- und Lokalpresse.

⁶ Die Ermässigungen bedürfen der Genehmigung des Bundesrates.

⁷ Der Bund leistet zur Gewährung dieser Ermässigung jährlich Beiträge von 25 Millionen Franken für die Regional- und Lokalpresse.

24. Bundesgesetz vom 24. März 2006⁴⁰ über Radio und Fernsehen (RTVG)

Art. 28 Publizistisches Angebot für das Ausland

¹ In Krisensituationen kann der Bundesrat mit der SRG besondere kurzfristige Leistungsaufträge zur Völkerverständigung vereinbaren.

² Die Kosten für Leistungen nach Absatz 1 werden der SRG vom Bund im vollen Umfang abgegolten.

Art. 57 und 3. Kapitel (Art. 76)

Aufgehoben

25. Umweltschutzgesetz vom 7. Oktober 1983⁴¹ (USG)

Art. 49 Abs. 1, 1^{bis}₄₂ und 3

Aufgehoben bzw. gegenstandslos

³⁷ SR 741.01

³⁸ BBl 2023 791

³⁹ SR 783.0

⁴⁰ SR 784.40

⁴¹ SR 814.01

⁴² BBl 2024 2502

26. Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991⁴³ (GSchG)*Art. 57 Abs. 2**Aufgehoben**Art. 64 Abs. 2*² Er kann Finanzhilfen für die Information der Bevölkerung gewähren.*Art. 64a**Aufgehoben***27. Gentechnikgesetz vom 21. März 2003⁴⁴ (GTG)***Art. 26 Abs. 3**Aufgehoben***28. Zivildienstgesetz vom 6. Oktober 1995⁴⁵ (ZDG)***Art. 46 Abs. 3 Bst. c und Art. 47**Aufgehoben***29. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946⁴⁶ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)***Art. 103* Bundesbeitrag¹ Der Ausgangswert des Bundesbeitrags beläuft sich auf 19,5 Prozent der Ausgaben der AHV des Jahres vor Inkrafttreten der Änderung vom ...² Der Ausgangswert wird jährlich an die Veränderungsrate der Mehrwertsteuereinnahmen angepasst. Dabei werden die Mehrwertsteuereinnahmen um allfällige Änderungen der Steuersätze und der Bemessungsgrundlage bereinigt.³ Der Bundesbeitrag entspricht mindestens dem Ausgangswert nach Absatz 1 angepasst an die aufgelaufene Teuerung.⁴³ SR 814.20⁴⁴ SR 814.91⁴⁵ SR 824.0⁴⁶ SR 831.10

⁴ Von dem nach Absatz 2 berechneten Betrag wird der Beitrag an die Hilflosenentschädigung nach Artikel 102 Absatz 2 abgezogen.

⁵ Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

30. Bundesgesetz vom 18. März 1994⁴⁷ über die Krankenversicherung (KVG)

Art. 54 Abs. 2

² Der Bundesrat kann die Kosten- und Qualitätsziele während der Vierjahresperiode anpassen, falls sich die Grundlagen für deren Festlegung wesentlich verändert haben.

Art. 66 Abs. 2

² Der Bundesrat legt den Bundesbeitrag für eine Vierjahresperiode fest. Der Bundesbeitrag entspricht 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung des Vorjahres einer Vierjahresperiode und entwickelt sich jährlich entsprechend den Kostenzielen nach Artikel 54.

Art. 106 Festlegung des Bundesbeitrags

Der Bundesbeitrag nach Artikel 66 wird erstmals für die Jahre 2028–2031 festgelegt.

31. Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006⁴⁸ über Regionalpolitik

Art. 21 Abs. 1 und 3

¹ Die Massnahmen nach diesem Gesetz werden über den Fonds für Regionalentwicklung finanziert.

³ Die Fondsentnahmen und Darlehenskonditionen sind unter Berücksichtigung der Verluste aus laufenden Darlehen, den Zinserträgen und der Teuerung festzulegen. Der Fonds darf sich nicht verschulden.

32. Landwirtschaftsgesetz vom 29. April 1988⁴⁹ (LwG)

Art. 22 Versteigerung von Zollkontingenten

¹ Die Zollkontingente werden grundsätzlich versteigert. Unter folgenden Umständen kann von diesem Grundsatz abgewichen werden:

⁴⁷ SR 832.10; BB1 2024 2412

⁴⁸ SR 901.0

⁴⁹ SR 910.1

Formatiert: Absatz

- a. die Marktverhältnisse erfordern eine kurzfristige Zuteilung;
- b. der erwartete Erlös aufgrund der Marktverhältnisse ist tiefer als die für die Versteigerung anfallenden Kosten.

² In den unter Absatz 1 Buchstaben a und b erwähnten Ausnahmefällen können die Zollkontingente wie folgt zugeteilt werden:

- a. entsprechend der Reihenfolge der Veranlagung;
- b. nach Massgabe der bisherigen Einfuhren der Gesuchsteller;
- c. nach Marktanteilen; oder
- d. aufgrund der beantragten Menge.

³ Um Missbräuche zu verhindern, kann der Bundesrat Importeure von der Berechtigung ausschliessen.

⁴ Der Bundesrat kann die Kompetenz zur Festlegung von Kriterien zur Verteilung von Zollkontingenten nach Absatz 2 dem WBF übertragen.

⁵ Die Zuteilung der Zollkontingente wird veröffentlicht.

Art. 23 und 48

Aufgehoben

Art. 50, 51 Abs. 1 Bst. a, 51^{bis} und 52

Aufgehoben

Art. 76 Abs. 3

³ Der Bund übernimmt höchstens 50 Prozent der im Projekt festgelegten Beiträge. Die Kantone stellen die Restfinanzierung sicher.

33. Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966⁵⁰ (TSG)

Va. (Art. 45a)

Aufgehoben

34. Waldgesetz vom 4. Oktober 1991⁵¹ (WaG)

Art. 29 Abs. 1 und 2

¹ Der Bund koordiniert die forstliche Ausbildung.

⁵⁰ SR 916.40

⁵¹ SR 921.0

² *Aufgehoben**Art. 34a Absatz und Verwertung von Holz*

Der Bund fördert Projekte zugunsten des Absatzes und der Verwertung von nachhaltig produziertem Holz.

Art. 38a Abs. 1 Bst. e und Abs. 2 Bst. a

¹ Der Bund gewährt Finanzhilfen an Massnahmen, welche die Wirtschaftlichkeit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung verbessern, namentlich an:

e. Aufgehoben

² Er gewährt Finanzhilfen:

- a. an Massnahmen nach Absatz 1 Buchstaben a, b, d, f und g: als globale Beiträge auf der Grundlage von Programmvereinbarungen, die mit den Kantonen abgeschlossen werden;

*Art. 39**Aufgehoben***35. Jagdgesetz vom 20. Juni 1986⁵² (JSG)***Art. 14 Abs. 4*

⁴ Der Bund führt die Schweizerische Forschungs- und Dokumentationsstelle für das Wildtiermanagement. Er fördert die Information der Öffentlichkeit und kann Forschungsstätten und anderen Einrichtungen von gesamtschweizerischer Bedeutung, welche der Forschung oder Beratung dienen, Beiträge gewähren.

36. Bundesgesetz vom 21. Juni 1991⁵³ über die Fischerei (BGF)*Art. 13 Abs. 1**Aufgehoben*

II

Die nachstehenden Erlasse werden aufgehoben:

⁵² SR 922.0

⁵³ SR 923.0

1. Bundesgesetz vom 17. Juni 2022⁵⁴ über die Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern

2. Bundesgesetz vom 3. Mai 1991⁵⁵ über Finanzhilfen zu Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

⁵⁴ AS 2022 786

⁵⁵ AS 1991 1974, 2000 935, 2008 3437, 2010 4999, 2019 2337



Eingabe neue Vorschläge WBF für Mantelerlass EP27

Inhalt

1	SECO - Verzicht auf Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik.....	1
2	SECO - Verzicht auf die bundesseitige Beteiligung an einer nächsten Landesaussstellung in den 2030er-Jahren.....	2
3	BLW - Massnahmen im Bereich der Verwertung von Früchten (Streichung Art. 58 LwG) ...	2
4	Büro für Konsumentenfragen – Verzicht auf Holzdeklaration	2
5	Büro für Konsumentenfragen – Aufhebung Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen	3
6	Preisüberwachung – Gebührenerhebung und eigenes Budget.....	4

1 SECO - Verzicht auf Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik

Ist-Zustand: Im Rahmen der Regionalpolitik unterstützt der Bund die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Regionen und die Erhöhung derer Wertschöpfung. Gestützt auf Art. 12 des Bundesgesetzes über Regionalpolitik können Steuererleichterungen an industrielle Unternehmen oder produktionsnahe Dienstleistungsbetriebe gewährt werden. Damit kann der Bund die Schaffung und Neuausrichtung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen regionalen Zentren unterstützen. Seit der Reform des Instruments von 2016 gewährte der Bund insgesamt 40 Steuererleichterungen, davon betreffen 38 industrielle Vorhaben und 2 produktionsnahe Dienstleistungsbetriebe. Diese Projekte sehen die Schaffung von 1'573 neuen und die Neuausrichtung von 3'824 bestehenden Arbeitsplätzen vor. Die geplanten Investitionen betragen insgesamt 2'772,4 Millionen Franken. Die Kosten des Instruments für den Bund gemessen an den hypothetischen Steuerausfällen nehmen seit 2017 stetig ab. Sie belaufen sich 2020 auf rund 30 Millionen Franken, davon betreffen 3 Millionen Franken Verfügungen nach revidierter Rechtsgrundlage von 2016.

Massnahme: Aufhebung Art. 12 und Art. 19 Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über Regionalpolitik

Auf Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik wird gänzlich verzichtet. Die Nachfrage nach dem Instrument ist in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Im Schnitt werden aktuell noch etwa fünf Steuererleichterungen pro Jahr gewährt.

Generalsekretariat GS-WBF

Bundeshaus Ost
3003 Bern

<https://www.wbf.admin.ch/>



2 SECO - Verzicht auf die bundesseitige Beteiligung an einer nächsten Landesausstellung in den 2030er-Jahren

Ist-Zustand: Zurzeit sind vier Initiativen am Laufen, die die Organisation einer nächsten Landesausstellung (Expo) bezwecken. Der Bundesrat hat im Juni 2022 gemeinsam mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) eine nächste Landesausstellung grundsätzlich begrüsst. Im November 2023 hat er einen Bericht zu den Rahmenbedingungen verabschiedet. Im März 2024 ist die Motion «Landesausstellung» (23.3966) angenommen worden, die den Bundesrat beauftragt, die Rahmenbedingungen für eine nächste Landesausstellung ab dem Durchführungsjahr 2030 festzulegen. Der Bundesrat hat daraufhin im Juni 2024 entschieden, Rechtsgrundlagen für eine allfällige Mitfinanzierung zu schaffen sowie in Aussicht gestellt, sich bis Ende 2026 zu seiner Finanzierungsabsicht zu äussern.

Massnahme: Der Bundesrat hält an seiner grundsätzlichen ideellen Unterstützung für eine Landesausstellung fest. Gleichzeitig erachtet er es als unverantwortlich, vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage und der Kürzungen in zahlreichen Bereichen Mittel für eine Grossveranstaltung in den 2030er-Jahren in Aussicht zu stellen, zumal im Jahr 2038 mit den Olympischen Winterspielen in der Schweiz bereits ein Grossevent stattfinden könnte. Er will daher in den 2030er-Jahren auf die finanzielle Beteiligung an einer Landesausstellung verzichten. Bis zur Annahme dieser Sparmassnahme werden die Arbeiten zu den Rechtsgrundlagen sowie zum Prüf- und Selektionsprozess weitergeführt. Die Vorarbeiten zu den Gesetzesgrundlagen stehen für eine Landesausstellung zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung. Die Begleitarbeiten zu einer Landesausstellung in den 2030er-Jahren seitens Bund werden bis auf Weiteres eingestellt.

3 BLW - Massnahmen im Bereich der Verwertung von Früchten (Streichung Art. 58 LwG)

Ist-Zustand: Das BLW hat eine Bewertung der Massnahmen der Landwirtschaftspolitik bezüglich ihres Beitrags zu den Verfassungszielen gemacht und analysiert, welche Massnahmen im Vergleich zu ihrer Wirkung einen verhältnismässig hohen Aufwand an personellen Ressourcen mit sich bringen. Dabei hat es die Obstverwertungsbeiträge identifiziert.

Massnahme: Streichung Art. 58 LwG, Verzicht Obstverwertungsbeiträge

Die Obstverwertungsbeiträge wirken analog wie die die Beihilfen Viehwirtschaft (Marktentlastung) und können von der Branche selbstverantwortlich umgesetzt werden. Zudem ergäbe sich eine gewisse Opfersymmetrie, da hier auch der Pflanzenbau betroffen wäre (nicht nur Viehwirtschaft). Mit der Streichung dieser Massnahme spart das BLW 0,8 FTE ein. Die nicht mehr ausbezahlten Beiträge sollen vorderhand im Kredit «Beihilfen Pflanzenbau» verbleiben.

4 Büro für Konsumentenfragen – Verzicht auf Holzdeklaration

Ist-Zustand: In der Schweiz existiert seit 2010 die Deklarationspflicht für Holz und Holzprodukte (SR 944.021). Sie zielte damals im Wesentlichen darauf ab, dank Transparenz über die Holzherkunft, die (international) illegale Holzernte zu bekämpfen (Tropenholz). Die Holzdeklarationspflicht wurde durch die Schweiz unilateral eingeführt und stellte eine Ausnahme vom Cassis-de-Dijon-Prinzip im Sinne von Artikel 16a Absatz 2 Buchstabe e des THG dar. Der Bundesrat hatte am 20. Dezember 2017 im Zusammenhang mit Massnahmen gegen die Hochpreisinsel Schweiz das WBF beauftragt (EXE 2017.2111), ihm in Zusammenarbeit mit dem UVEK die Aufhebung der Verordnung über die Deklaration von Holz und Holzprodukten sowie der entsprechenden Ausnahme des Cassis-de-Dijon-Prinzips zu unterbreiten. Dies, nachdem eine Studie von HTW-Chur zeigte, dass bei Holzprodukten und Holzmöbeln, welche gemäss Schweizer Deklarationsvorschrift korrekt deklariert sind, ein Preisaufschlag im Vergleich zu Deutschland für das identische Produkt von durchschnittlich 12

Prozentpunkten gegenüber nicht-deklarationspflichtigen Produkten vorhanden war. Die Abschaffung der Holzdeklarationspflicht sollte auch vor dem Hintergrund der damaligen parlamentarischen Beratungen zur Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) erfolgen, welches den Handel von illegal geschlagenem Holz und den daraus gefertigten Produkten verbieten sollte. Das revidierte USG wurde 2019 vom Parlament angenommen und der Bundesrat setzte es auf den 1. Januar 2022 in Kraft. Zeitgleich setzte der Bundesrat die neue Holzhandelsverordnung in Kraft (SR 814.021). Sie verlangt von allen Marktakteuren ihre Pflicht zur Sorgfalt einzuhalten und die Risiken für illegales Holz zu minimieren. Ziel war zum einen, dass in der Schweiz kein Holz und keine Holzerzeugnisse in Verkehr gebracht werden, die illegal geschlagen oder gehandelt wurden. Zum anderen sollten Handelshemmnisse zwischen der Schweiz und der EU abgebaut werden. Im Zuge der Beratungen zum revidierten USG führte das Parlament mit Artikel 35g Absatz 2 jedoch eine gesetzliche Grundlage für die Holzdeklarationspflicht ein (die bisher nur auf Verordnungsstufe geregelt war). Eine Aufhebung der gesetzlichen Grundlage würde auch die 'direkte' administrative Belastung bei den kontrollierten Betrieben senken und die 'indirekte' administrative Belastung bei Betrieben, die die Holzdeklarationspflicht nicht vorschriftsgemäss umsetzen, indem sich in diesen Fällen die verwaltungsstrafrechtlichen Verfahren erübrigen würden.

Die Kontrollen zur Umsetzung der Holzdeklarationspflicht erfolgen durch das Büro für Konsumentenfragen, welches dem GS-WBF angeschlossen ist. Dafür werden 0.8 FTE eingesetzt.

Massnahme: Aufhebung von Artikel 35g Absatz 2 im Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG; SR 814.01)

(«Jede Person, die Holz oder Holzerzeugnisse an den Konsumenten abgibt, muss die Holzart und die Herkunft des Holzes deklarieren. Der Bundesrat bestimmt das Holz und die Holzerzeugnisse, für die diese Deklarationspflicht gilt»).

Nachdem es mit dem revidierten Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG; SR 814.01) und der neuen Holzhandelsverordnung seit 1.1.2022 in der Schweiz verboten ist, illegal geschlagenes Holz und die daraus gefertigten Produkte in Verkehr zu bringen, ist das Kernanliegen der Holzdeklarationspflicht erfüllt (Verhindern von illegal geschlagenen Tropenhölzern) und die gesetzliche Grundlage für die Holzdeklarationspflicht kann aufgehoben werden. Zusätzlich spricht auch eine Kosten-/Nutzen-Abwägungen für die Aufhebung: eine Studie von HTW-Chur im Jahr 2017 zeigte auf, dass bei Holzprodukten und Holzmöbeln, welche gemäss Schweizer Deklarationsvorschrift korrekt deklariert sind, ein Preisaufschlag im Vergleich zu Deutschland für das *identische* Produkt von durchschnittlich 12 Prozentpunkten gegenüber nicht-deklarationspflichtigen Produkten vorhanden war. Eine Aufhebung der gesetzlichen Grundlage würde auch die 'direkte' administrative Belastung bei den kontrollierten Betrieben senken und die 'indirekte' administrative Belastung bei Betrieben, die die Holzdeklarationspflicht nicht vorschriftsgemäss umsetzen, indem sich in diesen Fällen die verwaltungsstrafrechtlichen Verfahren erübrigen würden.

Die Kontrollen zur Umsetzung der Holzdeklarationspflicht erfolgen durch das Büro für Konsumentenfragen, welches dem GS-WBF angeschlossen ist. Dafür werden 0.8 FTE eingesetzt.

5 Büro für Konsumentenfragen – Aufhebung Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen

Ist-Zustand: Die Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen (EKK) erlässt pro Jahr einige wenige Empfehlungen an den Bundesrat ([Empfehlungen](#)) und beteiligt sich an ausgewählten Vernehmlassungen ([Stellungnahmen der EKK](#)). Die EKK generiert durchschnittliche jährliche Kosten im Umfang von rund 21'000 Franken.

Im Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates vom 15. November 2022 «Ausserparlamentarische Verwaltungskommissionen» wurde der Bundesrat mit der Empfehlung 5

ersucht, die Notwendigkeit von Verwaltungskommissionen kritisch zu hinterfragen, u.a. indem er bei spezialgesetzlich vorgesehenen Verwaltungskommissionen analysieren soll, ob der Leistungen nicht von der zentralen Bundesverwaltung besser erbracht oder Kommissionen zusammengeschlossen werden können. In ihrem Schreiben vom 18. Oktober 2024 an den Bundesrat bekräftigt die Subkommission EJPB/BK der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S) diese Erwartungshaltung.

Massnahme: Aufhebung von Artikel 9 des Bundesgesetzes über die Informationen der Konsumentinnen und Konsumenten (Konsumenteninformationsgesetz, KIG) vom 5. Oktober 1990 (SR 944.0)

Artikel 9 des Bundesgesetzes über die Informationen der Konsumentinnen und Konsumenten (Konsumenteninformationsgesetz, KIG) vom 5. Oktober 1990 (SR 944.0) lautet folgendermassen:

Art. 9

¹ Der Bundesrat bestellt eine Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen, in der die Konsumenten, die Wirtschaft und die Wissenschaft vertreten sind.

² Die Kommission berät den Bundesrat und die Departemente in Angelegenheiten, die die Konsumenten betreffen.

³ Die Kommission fördert die partnerschaftliche Lösung von Konsumentenfragen.

Mit der Richtlinie des Bundesrates für die Regulierungsfolgenabschätzung bei Rechtsetzungsvorhaben des Bundes (RFA-Richtlinien) vom 6. Dezember 2019 (BBI 2019 8519) erhält die Berücksichtigung der Anliegen der Konsumenten einen grösseren Stellenwert als bisher. Die Richtlinien richten sich an alle Einheiten der Bundesverwaltung, welche die Federführung bei der Ausarbeitung von rechtsetzenden Erlassen des Bundes haben. Die RFA erfordert namentlich eine Analyse der zu erwartenden Auswirkungen (Kosten, Nutzen, Verteilungswirkungen) auf Haushalte bzw. Konsumenten: Verfügbarkeit, Vielfalt, Qualität von Produkten und Dienstleistungen, Preise von Produkten und Dienstleistungen, Zugang zu korrekten und verständlichen Informationen. Zu erwähnen ist, dass die drei Konsumentenschutzorganisationen FRC, SKS und kf zum Kreis der ständigen (zwingenden) Vernehmlassungsadressaten gehören und über diesen Kanal die Möglichkeit für Stellungnahmen im Sinne der Konsumenten haben.

6 Preisüberwachung – Gebührenerhebung und eigenes Budget

Ist-Zustand: Die Preisüberwachung erhebt heute keine Gebühren. Das Budget der Preisüberwachung ist Bestandteil des Budgets des GS-WBF und wird in diesem als Leistungsgruppe ausgewiesen.

Massnahme: Ergänzung Art. 26 Preisüberwachungsgesetz (PüG, SR 942.20)

^{3 (neu)} Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Erhebung von angemessenen Gebühren und Aufsichtsabgaben für Verfügungen, Anträge und Dienstleistungen des Preisüberwachers.

^{4 (neu)} Der Preisüberwacher verfügt über ein eigenes Budget.

Die Aufgaben des Preisüberwachers sollen, wo möglich und verwaltungsökonomisch sinnvoll, verursachergerecht gegenfinanziert werden. Im Finanzbereich betrifft dies einerseits die in Art. 4 Abs. 1 PüG vorgesehene Marktbeobachtung sowie die eigentliche Fallbearbeitung, welche einen Aufwand verursachen kann, der nicht im Voraus bestimmbar ist. Es bietet sich deshalb an – in Analogie zur Finma und zur RAB, aber beispielsweise im Strombereich auch zur EICOM[1] – den betroffenen

Banken (aktuell UBS) einerseits eine pauschale Aufsichtsabgabe für die Marktbeobachtungsaufgabe aufzuerlegen. Andererseits müsste die Möglichkeit vorgesehen werden, für die effektive Fallbearbeitung Abgaben nach Aufwand zu verrechnen. Anders sieht es bei den Preisen aus, welche durch eine politische Behörde festgelegt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wäre diesbezüglich ideal, den Aufwand mittels Pauschalabgaben den Kantonen (im Verhältnis zur Wohnbevölkerung) zu überwälzen.

Bei einer Abgabefinanzierung ist wichtig, dass die Abgabepflichtigen transparent nachvollziehen können, welchen Aufwand sie decken. Es drängt sich deshalb auf, das Budget des Preisüberwachers von demjenigen des GS WBF zu entkoppeln. Dadurch würde sichergestellt, dass das Kostendeckungsprinzip eingehalten bzw. in einfacher und transparenter Weise überprüft werden kann, dass den Abgabepflichtigen nicht zu viel verrechnet wird. Der Bezug einzelner (Querschnittsdienst-) Leistungen bei Dritten wäre selbstredend weiterhin möglich und sinnvoll.

Unter den aktuellen Gegebenheiten (847 Konsultationen) würden Abgaben in Höhe von rund 1.8 Mio. Franken (Gegenwert von 10 FTE) generiert werden. Hinzu käme die Pauschale für die Beobachtungstätigkeit im Finanzmarktbereich im Umfang von einer FTE (CHF 180'000).

in Franken	FP2026	FP2027	FP2028
Gebühreneinnahmen PUE für Aufgaben nach Art. 14 PüG	1'800'000	1'800'000	1'800'000
Gebühreneinnahmen PUE für Aufgaben nach Art. 4 Abs. 1 PüG im Finanzmarktbereich	180'000	180'000	180'000
Einnahmen Total	1'980'000	1'980'000	1'980'000